



# Plenarprotokoll

## 23. Sitzung

Donnerstag, 22. Februar 2018

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landestages über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017** .....

1530

Drucksache 19/423

Andrea Tschacher [CDU]..... 1530  
Wolfgang Baasch [SPD]..... 1532  
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1533  
Dennys Bornhöft [FDP]..... 1534  
Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 1535  
Flemming Meyer [SSW]..... 1536  
Daniel Günther, Ministerpräsident 1537

Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/423 federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an alle übrigen Landtagsausschüsse.....

1538

**Bericht über den Besitz und die Nutzung von Waffen in Schleswig-Holstein** .....

1538

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/474

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration..... 1538  
Lars Harms [SSW]..... 1540, 1551  
Tim Brockmann [CDU]..... 1542  
Kathrin Wagner-Bockey [SPD]..... 1543, 1548

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1544, 1551	Stephan Holowaty [FDP].....	1567
Jörg Hansen [FDP].....	1546	Volker Schnurrbusch [AfD].....	1568
Claus Schaffer [AfD].....	1547, 1549	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	1569
Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD].....	1548	Beschluss: Berichts-antrag Drucksache 19/505 und der Tagesordnungs-punkt insgesamt mit der Be-richterstattung der Landesregie-rung erledigt.....	1570
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	1550		
Jörg Nobis [AfD].....	1550		
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/474 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschlie-ßenden Beratung.....	1551	<b>Wasserstofftechnologien als Bau-stein der Energiewende und Wirt-schaftsentwicklung</b> .....	1570
<b>Bericht über die Unterrichtssituati-on weiterentwickeln</b> .....	1552	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/507 (neu)	
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/502 (neu)		<b>Strom aus erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein veredeln</b> .....	1570
<b>Weiterentwicklung der Bildungs-berichterstattung</b> .....	1552	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/548	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP Drucksache 19/547		Andreas Hein [CDU].....	1570
Martin Habersaat [SPD].....	1552, 1559	Thomas Hölck [SPD].....	1571
Tobias Loose [CDU].....	1553	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1573
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1554	Kay Richert [FDP].....	1574
Anita Klahn [FDP].....	1555	Jörg Nobis [AfD].....	1575, 1577
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	1557	Flemming Meyer [SSW].....	1576
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	1558	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie-rung.....	1578
Karin Prien, Ministerin für Bil-dung, Wissenschaft und Kultur	1561	Beschluss: 1. Ablehnung des Alterna-tivantrags Drucksache 19/548 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/507 (neu).....	1579
Beate Raudies [SPD].....	1562		
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/502 (neu) und des Alternativantrags Drucksache 19/547 an den Bildungsausschuss.	1563	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
<b>Europäisches Jahr 2018</b> .....	1563	a) <b>Zweite Lesung des Entwurfs ei-nes Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feier-tage</b> .....	1579
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/505		Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/11	
Karin Prien, Ministerin für Bil-dung, Wissenschaft und Kultur	1563		
Regina Poersch [SPD].....	1564		
Anette Röttger [CDU].....	1565		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1566		

Änderungsantrag der Fraktion der AfD		Werner Kalinka [CDU].....	1595
Drucksache 19/38		Wolfgang Baasch [SPD].....	1596
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtausschusses		Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1597
Drucksache 19/509		Dennys Bornhöft [FDP].....	1598
		Dr. Frank Brodehl [AfD].....	1600
		Flemming Meyer [SSW].....	1601
<b>b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (SFGT) .....</b>	<b>1579</b>	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	1602
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD		Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/510 und des Änderungsantrags Drucksache 19/549 an den Sozialausschuss.....	1604
Drucksache 19/501			
Kathrin Wagner-Bockey [SPD], Berichterstatterin.....	1580	<b>Runder Tisch zum Mindestmaß und Rücksetzen von Fischen .....</b>	1604
Tobias Koch [CDU].....	1580	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	
Özlem Ünsal [SPD].....	1582	Drucksache 19/512	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1584	Dennys Bornhöft [FDP].....	1604
Christopher Vogt [FDP].....	1585	Kerstin Metzner [SPD].....	1605
Claus Schaffer [AfD].....	1587	Klaus Jensen [CDU].....	1606
Lars Harms [SSW].....	1588	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1607
Tobias von Pein [SPD].....	1590	Volker Schnurrbusch [AfD].....	1608
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1590	Flemming Meyer [SSW].....	1609
Stephan Holowaty [FDP].....	1591	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	1610
Kay Richert [FDP].....	1592	Beschluss: Annahme.....	1610
Anette Röttger [CDU].....	1593	<b>Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.04.2017 bis 30.06.2017 .....</b>	1610
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	1594	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/506	
Beschluss: 1. Gesetzentwurf Drucksache 19/501 wurde von den Antragstellern zurückgezogen		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD], Berichterstatterin..	1610
2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 19/38		Beschluss: Kenntnisaufnahme des Berichts und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	1611
3. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/11 in der Fassung der Drucksache 19/509.....	1595		
<b>Altersvorsorge verbessern - Altersarmut bekämpfen .....</b>	<b>1595</b>		
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP			
Drucksache 19/510			
Änderungsantrag der Fraktion der SPD			
Drucksache 19/549			

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:05 Uhr****Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung. Bevor wir in den ersten Tagesordnungspunkt am heutigen Tag eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen, dass erkrankt sind: aus der SPD-Fraktion die Abgeordnete Sandra Redmann, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Marret Bohn und die Kollegin Aminata Touré sowie von der Landesregierung die Ministerin Monika Heinold. Wir wünschen allen von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Wir haben Gäste auf der Besuchertribüne. Das sind Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Kronshagen sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Regionalen Berufsbildungszentrum Technik aus Kiel. - Herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich sehe gerade, passend zum ersten Tagesordnungspunkt, auch den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Herrn Dr. Ulrich Hase. - Herzlich willkommen auch Ihnen hier im Landtag!

(Beifall)

Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 38 auf:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landestages über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017**

Drucksache 19/423

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Zunächst hat für die CDU-Fraktion die Abgeordnete Andrea Tschacher das Wort.

**Andrea Tschacher [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Professor Hase! Sehr geehrte Gäste! Von der Politik wird viel erwartet, und das ist gut und richtig so. Es ist unsere Aufgabe, auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren, Lösungen zu finden und diese auch umzusetzen. Dazu bedarf es aber auch Menschen, die auf Bedarfe und Situationen aufmerksam machen, die die erarbeiteten Lösungen umsetzen und aktiv gestalten. An dieser

(Andrea Tschacher)

Stelle möchte ich als Erstes den Dank an Professor Hase und natürlich auch an sein Team aussprechen.

(Beifall)

Der 7. Tätigkeitsbericht 2015 - 2017 formuliert Ziele, wo und inwieweit in unserer Gesellschaft weiterer Handlungsbedarf besteht. Er fasst wichtige Erlungenschaften für mehr Barrierefreiheit und Inklusion der letzten beiden Jahre zusammen. Der Bericht verdeutlicht, was in den vergangenen zwei Jahren geleistet und auch auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene erreicht werden konnte.

Die Broschüre „Jetzt handeln“ fasst zudem komprimiert die Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung zusammen und all das macht eines deutlich: Bestehende Hürden müssen beseitigt werden, auch die in den Köpfen! Angefangen von der Barrierefreiheit, die vielfach noch nicht an allen öffentlichen Orten gegeben ist, bis zur gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist zwar stabil; die Arbeitslosenzahlen sinken. Davon konnten auch Menschen mit Behinderung profitieren, allerdings im Durchschnitt deutlich weniger. Die Beweggründe sind dabei vielfältiger, als man annehmen mag.

Auf einen Fall, der in diesem Bericht geschildert wird, möchte ich exemplarisch eingehen und ihn ganz bewusst nennen. Eine Petentin ist auf einen Diätbegleithund als medizinisch verordnetes Hilfsmittel angewiesen. Sie berichtete, dass sie einer Einladung zu einem Vorstellungsgespräch nicht folgen konnte, da ihr die Mitnahme des Assistenzhundes verweigert wurde. Ihr wurde also in der Konsequenz die Chance auf Teilnahme am Bewerbungsverfahren verweigert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies zeigt uns, dass oftmals durch faktische Unwissenheit um dieses Thema Menschen mit Behinderung noch immer benachteiligt werden und genau das darf nicht passieren.

(Beifall)

Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung wahr- und ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hat hierbei auf die bestehenden Probleme hingewiesen. Nun ist es an uns, mögliche Lösungsansätze zu beraten und dort anzusetzen, wo der Bedarf besteht. Ich sage Ihnen an dieser Stelle sehr deutlich: Die Jamaika-Koalition hat hier schon mit der Arbeit begonnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben in den vergangenen acht Monaten unserer Regierungszeit erstens den Fonds für Barrierefreiheit mit 10 Millionen € auf den Weg gebracht und zweitens das erste Teilhabestärkungsgesetz so gut wie auf den Weg gebracht.

(Lachen Birte Pauls [SPD])

- Auch hier ist es uns als Jamaika-Koalition wichtig, Frau Pauls, dass wir diesen Weg der Umsetzung besonnen gehen. Auch deshalb werden wir prüfen, wie wir nochmals eine Verbesserung des Gesetzentwurfes erreichen können. Diese Zeit nehmen wir uns, und das ist gut so.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Drittens haben wir neue Weichen in der Koordination des Querschnittsthemas Inklusion gestellt; denn beim Thema Inklusion sind die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche angesprochen. Somit sind auch alle Ministerien inhaltlich verantwortlich. Deshalb sehen wir dieses Thema in der Koordination der Staatskanzlei bestmöglich verortet, ein Aspekt, der auch lobende Worte in diesem Bericht findet.

(Beifall CDU und FDP)

Sehr geehrter Professor Hase, wir bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen und Ihrem Team für die seit vielen Jahren geleistete Arbeit und Ihr persönliches Engagement für Menschen mit Behinderung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD, SSW und vereinzelt SPD)

Sie sind ein wichtiger und geachteter Kümmerer für Menschen mit Behinderung hier bei uns im Land.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal ein Lob für den Austausch mit Ihnen aussprechen. Wir als Jamaika-Koalition schätzen es sehr, dass wir auch kritisch miteinander sind und Sie uns auch immer wieder zeigen, dass wir noch etwas zu tun haben. Uns ist es wichtig, dass wir nicht nur Inklusion fordern, sondern dass wir politische Wege eröffnen, damit Inklusion auch gelebt werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch.



**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes und die Realisierung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Forderung nach Barrierefreiheit, die Teilhabe in allen Lebensbereichen sowie Wahlrechtsausschlüsse, Schutz vor Gewalt gegen Menschen mit Behinderung und Förderung von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen sind nur einige Stichworte, die die Gestaltung von Politik mit und für Menschen mit Behinderung deutlich machen. Diese Stichworte machen auch schlagwortartig deutlich, wie notwendig die Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein ist. Lieber Ulrich Hase, dir und deinem Team ein großes Dankeschön für die geleistete Arbeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Tätigkeitsbericht 2015 bis 2017 und die neue Darstellungsform sind sehr ansprechend, und die Überschrift „Jetzt handeln“ ist nicht nur sehr gut gewählt, sie ist auch eine klare Aufforderung an die Landespolitik und an alle anderen, die in Kommunen, Land und Bund Verantwortung tragen, sich den Herausforderungen der Teilhabe und der Inklusion auch aktiv zu stellen.

Unter der Überschrift „Jetzt handeln“ finden sich 48 klare und eindeutige Formulierungen für eine barrierefreiere und inklusive Gesellschaft. Vier dieser Handlungsempfehlungen will ich kurz ansprechen:

Erstens: Fortsetzung des Landesaktionsplanes! Alle Landesbehörden müssen sich der Fortschreibung des Landesaktionsplanes und der aktiven Umsetzung der Behindertenrechtskonvention stellen, und dies unter umfassender Einbeziehung und Beteiligung der Menschen mit Behinderung selbst. Auch hier gilt: Nicht ohne uns über uns. Dieses Motto sollte mittlerweile für uns alle Handlungsleitlinie sein.

Zweitens: Präventionskonzepte erstellen! Aufgrund der oft stark von Gewalt betroffenen Menschen mit Behinderung sind Präventionskonzepte notwendig und sollten verpflichtend für alle Einrichtungen der Behindertenhilfe gelten. Hier braucht es dringend landesweite Standards und eine stärkere öffentliche Wahrnehmung.

Drittens: Arbeitslosigkeit bekämpfen! Die Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit von Men-

schen mit Behinderung müssen weiter gesteigert werden. Dabei muss das Budget für Arbeit in ganz Schleswig-Holstein umsetzbar und ein selbstverständlicher individueller Anspruch sein. Die Ausbildungssituation gilt es zu verbessern. Dazu sollte der Übergang von Schule in den Beruf gezielt begleitet werden. Natürlich muss auch der öffentliche Dienst sich dieser Herausforderung stellen und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung attraktiver gestalten.

Viertens - diese Aufforderung von Ulrich Hase in seinem Bericht finde ich besonders wichtig; sie gibt sehr zu denken -: Wahlrechtsausschlüsse beenden! Knapp 3.000 Schleswig-Holsteiner werden oder wurden von der Bundestagswahl ausgeschlossen. Hier sollten wir Demokraten gemeinsam handeln und diesen Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention beenden.

(Beifalls SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Wahlrechtsausschlüsse sind diskriminierend und ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Menschenrecht, zu wählen und gewählt zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt nach dem Lesen des Tätigkeitsberichts die Feststellung, dass fehlende Barrierefreiheit das größte Hindernis in allen Lebensbereichen für ein gleichberechtigtes Leben ist. Die nicht existierende Gleichberechtigung behinderter Menschen belastet nicht nur unser gesellschaftliches Zusammenleben, sondern ist vor allem eine Belastung und eine individuelle Beleidigung und Stigmatisierung Betroffener.

(Beifall SPD)

Es bleibt die Feststellung: Mensch wird nicht behindert geboren. Der Behindertenrechtsaktivist Raul Krauthausen hat dies einmal so formuliert, ich zitiere:

„Ich wurde mit einem Körper geboren, der nicht der Norm entspricht und der in einer Welt, die für genormte Körper gebaut wurde, nicht ohne Hilfsmittel existieren kann. Der entscheidende Punkt ist nicht die Andersartigkeit meines Körpers - sondern die fehlende Barrierefreiheit. Die Gesellschaft entschied bisher, dass eine barrierefreie Umgebung nicht wichtig ist. Würden die mich behindernden Umstände durch Barrierefreiheit wegfallen, hätte das Thema Behinderung keine Relevanz mehr.“

So Raul Krauthausen mit einem - wie ich finde - sehr nachdenklich stimmenden Zitat, das aber

**(Wolfgang Baasch)**

Handlungsrichtlinie und Aufforderung zum Handeln sein sollte. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und beantrage, den Bericht an alle Ausschüsse zu überweisen.

(Beifall SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Baasch, die Idee, diesen Antrag als Signal an alle Ausschüsse zu überweisen, finde ich sehr gut. Ich unterstütze das, weil dieser Tätigkeitsbericht zeigt, dass Inklusion wirklich alle Themengebiete betrifft und nicht nur eine Frage ist, die im Sozialausschuss beraten werden sollte. Vielen Dank also für diese Anregung.

Meine Damen und Herren. Schon im Oktober vergangenen Jahres hat Uli Hase seinen 7. Tätigkeitsbericht für die Jahre 2015 bis 2017 vorgelegt, und ich freue mich, dass wir heute, an einem Donnerstag um 10 Uhr, in einem gesetzten Tagesordnungspunkt über diese spannende Lektüre beraten.

Für 20 Jahre engagiertes Handeln im Interesse von Menschen mit Behinderung möchte ich Uli Hase ganz persönlich danken. Gestern habe ich mich immer dem Dank aller anderen angeschlossen. Heute möchte ich den Dank selbst aussprechen und nicht Zeit sparen. - Das ist eine lange Zeit, und du hast sehr viel erreicht. Herzlichen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bewährten Team des Landesbeauftragten. Ohne Sie alle stünden wir in Schleswig-Holstein in Sachen Inklusion sehr viel schlechter da. Vielleicht an dieser Stelle auch einmal nicht nur ein Dank an Sie alle als Stellvertreter derjenigen, die sich besonders politisch einsetzen, sondern an die vielen anderen, die sich in Vereinen und Verbänden, bei sozialen Trägern und in Schulen um das Thema Inklusion bemühen und sich engagieren. Auch ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank hier im Haus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SSW und Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Der Bericht selbst ist auch inklusiv. Das ist neu, und es ist gut, dass er in Leichte Sprache und in Gebärdensprache übersetzt wurde. Aus meiner Sicht

gehört dies zu den wichtigsten Dingen, die wir erreichen müssen, nämlich, dass wir nicht übereinander reden, sondern dass wir miteinander reden, dass die Dinge, die Menschen mit Behinderung angehen, auch von den Menschen verstanden werden, die dies betrifft. Das ist das, was man modern nennt, und das ist das, was inklusiv ist. Wer, wenn nicht die betroffenen Menschen selber sollen lesen und hören können, was für sie schon erreicht worden ist und wo es nach wie vor Probleme gibt? Inklusion beim Wort nehmen und einfach gemeinsam gestalten, das sollte die Maxime unseres Handelns sein.

Ebenfalls neu ist die Beilage zum Bericht „Einfach handeln“. Man kann auch sagen, das ist ein Auftragsbuch an die Politik. Das nehmen wir ernst. Ich glaube, alle Fraktionen in diesem Haus haben das sehr aufmerksam gelesen und genau herausgepickt, welche Punkte uns betreffen, welche vielleicht die Regierung betreffen und welche auf anderen Ebenen geklärt werden müssen. Das ist eine sehr gute Idee. Wir Grüne nehmen dieses Angebot sehr gern an.

Was weniger neu ist, das sind die großen Themenschwerpunkte des Berichts: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskommission, Inklusion und Teilhabe, Diskriminierung, Kita, Bildung, Eingliederungshilfe und so weiter.

Frau Tschacher hat schon einige Themen angesprochen, die wir in der Jamaika-Koalition angehen wollen. Ich möchte noch auf ein Thema hinweisen, das mir immer wieder besonders auffällt. Ich bin ja für den Bereich Kita im GAK Bildung zuständig. Die Inklusion und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sind in unserer Gesellschaft wirklich noch sehr rückständig. Wenn ich zum Beispiel höre, dass man in der betreuten Grundschule ein Kind wegen einer Diabetes-Erkrankung nicht anmelden kann oder dass man am Ferienpass - auch das ist im Bericht erwähnt - nicht teilnehmen kann, weil man im Rollstuhl sitzt, dann ist das erbärmlich und ein ganz schlechtes Zeichen für unsere Gesellschaft. Daran müssen wir dringend arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SSW und vereinzelt SPD)

Ein ganz wichtiges Thema - das sagte ich eingangs bereits - ist die Teilhabe, also die Mitbestimmung, das Empowerment derjenigen, die von Inklusion besonders betroffen sind. Es geht um Grundrechte und nicht um Fürsorge. Es geht um Beteiligung und Empowerment, nicht um ein „ohne und über uns“. Deshalb muss die UN-Konvention mit Leben erfüllt werden, und deswegen muss das Bundesteilhabege-

**(Eka von Kalben)**

setz gut umgesetzt werden. Deshalb ist es auch richtig, dass wir uns dafür Zeit nehmen und uns den Regierungsentwurf im Ausschuss noch einmal sehr genau anschauen. Wir müssen dabei die ausführlich dargestellten Kritikpunkte der Beteiligten auch wirklich ernst nehmen. Es ist nicht drin, was drauf steht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr drin stehen wird.

Unser Bestreben ist es, ein gutes Gesetz zu machen, ein Gesetz für und mit den Menschen, um die es geht. Wir laden auch die Opposition ein, diesen Weg mit uns zu gehen. Verschanzen Sie sich nicht hinter der pauschalen Kritik, sondern werden Sie konstruktiv.

So weit, so gut oder auch so schlecht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einen Dank für mein ganz persönliches Highlight Ihrer Tätigkeit sagen. Ich durfte schon verschiedene Male in der Jury des Krach-Mach-tachs sein. Der Krach-Mach-Tach ist wirklich ein deutliches Signal im Rahmen der Kieler Woche.

(Wortmeldung Dennys Bornhöft [FDP])

- Willst Du eigentlich eine Frage stellen?

(Dennys Bornhöft [FDP]: Nein, nein! Jetzt nicht!)

- Ach so.

Laut und bunt machen die Menschen in Bands mit Musik ihr Anliegen deutlich. Ich darf dort in der Jury sein und mache das immer wahnsinnig gerne. Bleiben Sie laut, bleiben Sie hartnäckig! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, vereinzelt SPD und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat jetzt für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe natürlich nicht nur eine Frage, sondern möchte zum Tätigkeitsbericht auch gern noch eine Stellungnahme abgeben.

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Hase, zunächst möchte ich mich bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern bedanken, nicht nur für den äußerst ausführlichen Bericht, sondern vor allem für die Arbeit, die letzt-

lich die Grundlage dafür ist, hier einen so ausführlichen Bericht vorlegen zu können.

Als neuer Abgeordneter bin ich immer sehr dankbar für solche Berichte und lese interessiert vor allem die Schilderung der Einzelfälle, die bearbeitet werden. Mit jährlich rund 1.000 Anfragen ist dokumentiert, wie etabliert die Stelle des Landesbeauftragten ist. Sie weisen auch darauf hin, dass einige Fälle, die sich auf die Diskriminierung beziehen, auch in Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle des Landes bearbeitet werden.

Die anonymisierten Einzelfälle, die dargestellt werden, zeigen auf, wie teilweise aus vermeintlichen Kleinigkeiten große negative Folgewirkungen entstehen. Aus falsch verstandener Fürsorge hat eine Kommune bei ihren Ferienpass-Angeboten vermerkt, dass diese nicht für Kinder mit Schwerbehinderungen geeignet seien. Gemeint war hierbei, dass es für Rollstuhlfahrer zum Teil hätte schwierig sein können, an den Angeboten teilzunehmen. Formuliert jedoch wurde es so, als ob prinzipiell alle Kinder mit Beeinträchtigungen von einer Teilnahme an den Ferienfreizeiten per se ausgeschlossen wären.

Das Gespräch mit dem Landesbeauftragten hat dazu geführt, dass das Angebot von Aktivitäten mehr auf die Belange von Kindern mit Behinderung überprüft wird und die Formulierungen für etwaige Angebotseinschränkungen präziser werden.

Verwundert war ich beim Lesen des Falles mit der vorübergehenden Parkerlaubnis. Mehrere öffentliche Stellen wussten nicht, wer für das öffentlich zugängliche Beantragungsformular wirklich zuständig ist. Der Fall konnte noch nicht abschließend geklärt werden, ich hoffe aber, dass die betreffenden Behörden positiv damit umgehen und dies zu einem guten Abschluss gebracht werden kann.

Ein absolutes Unding wiederum ist der Fall - der wurde schon erwähnt - „Vorstellungsgespräch nur ohne Hund“, bei der sich eine Petentin, die aufgrund einer starken Zuckererkrankung auf einen Diätbegleithund angewiesen ist, beim Land bewerben wollte. Sie wurde mit dem Hund aber nicht in das Gebäude gelassen, weil Haustiere keinen Zutritt hätten. Wegen solch mangelnder Flexibilität oder falsch verstandener Überkorrektheit muss ich als Regierungsrat über meinen Berufsstand mehr als nur den Kopf schütteln. Da das Bewerbungsgespräch aufgrund der Hausordnung wegen eines Haustieres nicht stattfinden konnte, wurde der Petentin mit Ihrer Hilfe, Herr Professor Hase, also mit Hilfe des Landesbeauftragten, am Ende gerichtlich



**(Dennys Bornhöft)**

recht gegeben, und sie erhielt zumindest eine finanzielle Entschädigung.

Dieser Fall ist beispielhaft dafür, auf wie viele Arten und Weisen es Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt schwer gemacht wird. Benachteiligungen im Berufsleben sind für erwachsene Menschen mit Behinderungen eine der größten Hürden für ein selbstbestimmtes Leben. Hierauf wird von Betroffenen und ihren Verbänden auch hinlänglich hingewiesen. Die Regierung hat darauf, zum Beispiel mit dem Bundesteilhabegesetz, reagiert und das Instrument des Budgets für Arbeit auf Bundesebene verstetigt. Hiermit sollen Personen, die zum Beispiel in Maßnahmen bei Werkstätten für Menschen mit Behinderung tätig sind, in sozialversicherungspflichtige Jobs gebracht werden. Dieser Ansatz ist genau richtig.

Auf Seite 24 des Berichts wird darauf hingewiesen, dass trotz positiver konjunktureller Entwicklung weiterhin Menschen mit Behinderung deutlich häufiger ohne Arbeit sind und nicht im gleichen Maße am Arbeitsplatzzuwachs partizipieren wie der Rest der Bevölkerung. Dieser Umstand bestätigt, wie wichtig die bestehende Maßnahme der Ausgleichsabgabe ist und dass die Erhöhung der monatlichen Summen folgerichtig gewesen ist. Ein kleiner Hinweis hierzu: Die Zahlung der Ausgleichsabgabe ist dabei jedoch kein Ersatz für die Erfüllung der Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung bei den Unternehmen.

Solch ein Bericht, wie er uns nun vorliegt, ist auch immer Rückblick und Ausblick zugleich. Der Fonds für Barrierefreiheit, der auf Seite 28 erwähnt wird, ist bereits parlamentarisch angestoßen worden. Weiterhin wird die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung eine Daueraufgabe sein, da es noch einige Hürden gibt, bis wir in Schleswig-Holstein und in Deutschland in einer voll umfänglich inklusiven Gesellschaft angekommen sein werden.

Wir als Parlamentarier erhalten von Ihnen, Herr Hase, nicht nur Forderungen und mahnende Worte, sondern auch Rat und Tat. Hierfür bin ich besonders dankbar und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Nicht wenig von dem, was der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung in seinem Bericht schildert, kommt mir bekannt vor, und zwar deshalb, weil sowohl mein Vater als auch meine Mutter schwerbehindert sind. Beide haben dabei voll im Erwerbsleben gestanden. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sie mit ihrem Schicksal gehadert hätten, aber sehr wohl daran, dass sie immer drei Schritte machen mussten, wo andere nur einen brauchten, dass es teilweise massives Mobbing am Arbeitsplatz gab, und ich erinnere mich auch, dass es zwar gut gemeint, aber letztlich doch entwürdigend war, wenn in ihnen nicht zunächst der Kollege gesehen wurde, sondern ein Objekt der Fürsorge.

Gerade in Bezug auf den zuletzt genannten Punkt ist es gut, dass sich der Fokus in den letzten Jahren verschoben hat. Nicht mehr das Sorgenkind, sondern der Mensch steht im Mittelpunkt. Dieser Perspektivwechsel war seit Langem überfällig. Aber wir wissen auch, damit allein wird es nicht getan sein. Das spiegelt sich auch im Bericht unseres Landesbeauftragten wider; denn wenn man zwischen den Zeilen liest, geht es letztlich immer um die eine einfache Frage: Wird die Meinung der Betroffenen selbst wahr- und ernstgenommen, oder wird sie übergangen? Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist leider keine rhetorische Frage, auch nicht auf politischer Ebene.

Lassen Sie mich, um das zu belegen, aus dem Staatenbericht des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2015 zitieren. Dort heißt es bezüglich der Werkstätten für Behinderte - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -

„Der Ausschuss ist besorgt über ... Segregation auf dem Arbeitsmarkt ... und empfiehlt die schrittweise Abschaffung der Werkstätten für behinderte Menschen durch sofort durchsetzbare Ausstiegsstrategien ...“

Was löst eine solche Empfehlung bei denjenigen aus, die jeden Tag dort arbeiten gehen?

Ein weiteres Beispiel für die Nichteinbeziehung Betroffener, auch dieses Mal wieder aus eher unerwarteter Ecke: So empfiehlt das Deutsche Institut für Menschenrechte der Kultusministerkonferenz 2011 nicht mehr und nicht weniger als das Wahlrecht von Eltern behinderter Kinder, zwischen Regel- und Sonderschulbesuchung entscheiden zu können, zu beschneiden. Es heißt hier, dass das Elternwahlrecht den Aufbau eines inklusiven Bil-

**(Dr. Frank Brodehl)**

derungssystems verzögere und dass es nicht mit dem Recht auf inklusive Bildung in Einklang zu bringen sei. Das Wahlrecht der Eltern ist - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis - „nur übergangsweise vertretbar.“ Es wird weiter ausgeführt, wie man Eltern dahingehend beeinflussen kann, sich in jedem Fall gegen die Beschulung in einem Förderzentrum zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, zum Glück haben wir in Schleswig-Holstein mit Dr. Uli Hase einen Landesbeauftragten, der die Sache nicht bevormundend, sondern pragmatisch angeht. Auch das spiegelt sich in seinem Bericht wider. So führt er bezüglich des Elternwahlrechts unmissverständlich aus, dass - ich zitiere - „die Förderzentren wieder eine Stärkung erfahren sollen und die Betroffenen eine Wahlfreiheit zwischen Förderzentrum und dem allgemeinen Schulsystem erhalten sollen.“ Klare Worte, die aber leider angesichts der eben zitierten Aussage nicht für alle eine Selbstverständlichkeit sind.

Für uns als AfD-Fraktion kann ich aber festhalten, dass wir die Empfehlungen unseres Landesbeauftragten sehr ernst nehmen, und zwar aus gutem Grund; denn sowohl aus der alltäglichen Arbeit von Uli Hase selbst, als auch aus Empfehlungen geht klar hervor, dass es ihm immer wieder um den einzelnen und dessen Teilhabemöglichkeiten geht.

Meine Damen und Herren, um auf die Belange von Menschen mit Behinderung aufmerksam zu machen, sind nicht nur der Bericht, sondern auch Aktionen wie der eben bereits angesprochene Krach-Mach-Tach hilfreich. Manchmal muss und soll man laut sein, um gehört zu werden. Aber lassen Sie mich in diesem und auch anderem Zusammenhang sagen, dass ich es überaus bedenklich finde, wenn hier - wiederum gut gemeint, aber oft auch unbeachtet - Slogans wie der von der bunten Vielfalt Einzug halten. Ich sehe hier die Gefahr, dass Behinderung dadurch relativiert und das Leid, das häufig damit einhergeht, letztlich bagatellisiert wird. Lassen Sie uns hier sensibel bleiben und immer wieder fragen, ob den Interessen der Betroffenen hierbei noch angemessen Rechnung getragen wird.

In wenigen Wochen beginnen in Kiel die Special Olympics, die Sportwettkämpfe der geistig und mehrfach behinderten Sportler. Gut, dass der Kieler Bürgermeister sich dafür eingesetzt hat; denn die Spiele werden zeigen, dass das Zusammenleben und Zusammenfeiern von Menschen mit und ohne Behinderung funktionieren kann. Hoffen wir also, dass von der Großveranstaltung ein weithin sichtbares Signal ausgeht, und vielleicht kann der Bericht des Landesbeauftragten künftig von Mal zu Mal

knapper ausfallen. Aber wie dem auch sei, wir verstehen den Bericht als Aufforderung, und ich möchte mich bei Herrn Dr. Hase, bei Dir, Uli, und Deinem Team ganz herzlich im Namen der AfD-Fraktion für Deine wichtige Arbeit bedanken. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Kollege Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Natürlich sind Tätigkeitsberichte der Beauftragten weit mehr als reine Arbeitsnachweise, und doch bin ich immer wieder beeindruckt, wie viel unsere Beauftragten mit ihren vergleichsweise kleinen Teams leisten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird auch durch den vorliegenden Tätigkeitsbericht von Herrn Dr. Hase deutlich. Allein mit Blick auf die Landesebene wurden unzählige Stellungnahmen abgegeben, Veranstaltungen durchgeführt und in unterschiedlichsten Gremien mitgearbeitet. Natürlich wurden auch im direkten Einsatz für Menschen mit Behinderung vielfältige Themen behandelt. Hierzu zählen unter anderem die Integration in den Arbeitsmarkt, der Abbau von Barrieren und der erleichterte Zugang zu Bildungsangeboten. - Für diese Arbeit und für diesen großen Einsatz möchte ich Dir, Uli Hase, und Deinem Team von ganzem Herzen danken. Ihr macht eine tolle Arbeit!

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vermutlich ist niemandem entgangen, dass das Bundesteilhabegesetz und seine Ausführungen hier im Lande das bestimmende Thema der vergangenen Monate war. Hiermit sind leider bis heute viele Unsicherheiten und Ängste verbunden. Deshalb halte ich es für sinnvoll und absolut angemessen, diese Debatte separat und in der gebotenen Gründlichkeit zu führen. Für den SSW möchte ich hier aber noch einmal grundsätzlich betonen, dass dadurch kein Mensch mit Behinderung schlechter gestellt werden darf als vorher.

(Beifall SSW und SPD)

Hier gibt es gerade mit Blick auf das Teilhabestärkungsgesetz noch erheblichen Nachbesserungsbe-

**(Flemming Meyer)**

darf. Wenn ich mir die vielen unterschiedlichen Tätigkeitsfelder des Beauftragten anschau, muss ich eines deutlich sagen: Wenn es um das Recht auf Selbstbestimmung und die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geht, gibt es noch sehr viele Baustellen. Theoretisch haben natürlich alle die gleichen Rechte. Aber ein Mensch mit Handicap kommt bei uns im Land längst nicht immer zu seinem Recht auf gute Bildung, zu seinem Recht auf Arbeit.

Deshalb ist es für den SSW so wichtig, dass niemand bevormundet wird. Deshalb ist es für uns so wichtig, dass keinem Betroffenen die Chance auf Teilhabe verbaut wird. Dies sicherzustellen, ist nicht nur eine wesentliche Aufgabe der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, sondern eine Aufgabe der Gesellschaft insgesamt. Es ist aber zum Glück so, dass wir hier nicht auf der Stelle treten. Uli Hase weist im Bericht mehrfach darauf hin, dass es klar erkennbare Fortschritte gibt. Das gilt zum Beispiel für die Barrierefreiheit mit all ihren Facetten. Hier stimmt mich nicht zuletzt der Fonds, den CDU, Grüne und FDP angeregt haben, sehr optimistisch, und auch in Sachen Weiterentwicklung des Landesaktionsplanes begrüßen wir die Verlagerung der Zuständigkeit in die Staatskanzlei.

Das Wichtigste bei all dem ist und bleibt aber, dass Menschen mit Behinderung und ihre Vertretung wirklich beteiligt werden. Das scheint längst nicht überall der Fall zu sein. Diese Tatsache ist im Übrigen auch der Grund dafür, dass wir die Unterstützung des Zentrums selbstbestimmtes Leben im Landeshaushalt beantragt haben.

Wenn es um Politik für und mit Menschen mit Behinderung geht, muss aus Sicht des SSW eines unmissverständlich klar sein. Übergeordnetes Ziel ist das völlig selbstverständliche Zusammenleben in Vielfalt. Deshalb müssen sich alle für einen angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz von Frauen und Männern mit Behinderung einsetzen.

(Beifall SSW und SPD)

Vor allem wir politisch Verantwortlichen müssen weiter daran arbeiten, möglichst viele Menschen zu erreichen und sie dazu bewegen, sich mit diesem Thema zu befassen. Nur so kommen wir zu dem Bewusstseinswandel, der für eine wirklich inklusive Gesellschaft nötig ist, eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung eben nicht assimiliert werden, sondern in ihrer Vielfältigkeit als Bereicherung gesehen werden. Dieser Prozess ist nicht immer einfach und wird auch noch eine ganze Weile

dauern. Aber nur so, meine Damen und Herren, kann Inklusion wirklich gelingen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich erteile nun für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther, Ministerpräsident:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lieber Uli Hase! Gleichberechtigte Teilhabe ist ein Menschenrecht. Doch gleiche Teilhabe aller Menschen an dieser Gesellschaft ist bei Weitem noch nicht selbstverständlich. Menschen mit Behinderung ist sie häufig noch verwehrt. Unsere Aufgabe ist es, ihr Recht auf Teilhabe umzusetzen, und das ist eine gemeinsame Aufgabe von Parlament und Regierung.

Die breite Zustimmung für den Fonds für Barrierefreiheit in diesem Landtag hat gezeigt: Wir stehen zu diesem Ziel.

Insgesamt 10 Millionen € soll das Land in den kommenden fünf Jahren mehr für Barrierefreiheit zur Verfügung stellen. Die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben ist auch die Absicht der UN-Behindertenrechtskonvention. Die zentrale Leitidee der Konvention ist die Inklusion. Inklusion setzt eine Gesellschaft voraus, die sich für jeden Menschen öffnet, in der keine Grenze gezogen wird zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, sondern die jedem Menschen ganz selbstverständlich Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht, eine Gesellschaft, die Vielfalt anerkennt und wertschätzt. Bei vielen Terminen im Land konnte ich das bereits erleben, zum Beispiel beim inklusiven Karneval im Kieler Schloss in der letzten Woche. Die Freude dort kannte keine Barrieren. Genauso ist es bei dem Verein Marie-Christian-Heime. Auf deren Waldhof leben Menschen mit und ohne Behinderung, Seite an Seite in einem ganz selbstverständlichen Miteinander.

Seit Ende 2014 ist die Inklusion in unserer Landesverfassung verankert. Damit ist ein Anspruch formuliert. Das Ziel ist jedoch noch nicht überall erreicht. Die Inklusion ist ein langer Prozess, den müssen wir mit konkreten Projekten begleiten und den passenden Gesetzen koordinieren. Damit das gelingt, haben wir die zentrale Koordinierung für

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bewusst in die Staatskanzlei geholt. In Schleswig-Holstein müssen wir jetzt die bestehenden Richtlinien und Gesetze sorgfältig umsetzen. Dabei ist es wichtig, die Ideen und Wünsche der Menschen mit Behinderung zu hören und gemeinsam zu entscheiden.

Deshalb bin ich froh, dass wir mit Uli Hase einen kompetenten Vertreter für Menschen mit Behinderung mit an Bord haben. Sein Tätigkeitsbericht zeigt seinen umfassenden Einsatz für eine inklusive Gesellschaft.

Erst in der letzten Woche, lieber Uli, haben wir zusammengesessen und miteinander gesprochen. Ich bin für Deine wichtige Arbeit, aber auch für die Deiner Kolleginnen und Kollegen, ausgesprochen dankbar. Vielen Dank, wir sind wirklich froh und glücklich, dass wir euch haben.

(Beifall)

Mit Ihrer und Deiner Hilfe werden wir den Landesaktionsplan umsetzen, evaluieren und fortschreiben. Denn dieser Landesaktionsplan ist unsere sozialpolitische Richtschnur für die Weiterentwicklung der Landespolitik von und für Menschen mit Behinderung und unsere Anleitung für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schleswig-Holstein.

Mein Wunsch bei der Fortschreibung des Landesaktionsplans ist es, die Inklusionsschritte noch besser sichtbar zu machen und, wo es geht, auch besser messbar. Ich weiß, lieber Uli Hase, dass Du genau dieses Ziel mitverfolgst.

Auch das Bundesteilhabegesetz werden wir in Schleswig-Holstein vernünftig umsetzen; denn, meine Damen und Herren, 550.000 Menschen in Schleswig-Holstein sind darauf angewiesen, dass wir die Inklusion vernünftig hinbekommen.

Jeder fünfte Mensch in diesem Land zählt darauf, dass sich unsere Gesellschaft öffnet, dass wir die Grenzen in unseren Köpfen überwinden, dass wir über Inklusion nicht mehr reden müssen, weil sie selbstverständlich geworden ist. Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg, doch wir unternehmen jetzt wichtige Schritte in die richtige Richtung. Gemeinsam machen wir Schleswig-Holstein zu einem Land des Miteinanders.

(Beifall)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 19/423 in alle Ausschüsse zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, habe ich einen Nachtrag bei den Erkrankungen zu machen. Auch der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel von der SPD-Fraktion ist erkrankt. Ich wünsche ihm natürlich ebenfalls gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

**Bericht über den Besitz und die Nutzung von Waffen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/474

Ich erteile zur Berichterstattung dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Herrn Hans-Joachim Grote, das Wort.

(Minister Hans-Joachim Grote blättert in seinen Unterlagen)

**Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, man muss das richtige Blatt gleich greifen.

Waffenbesitz ist in Deutschland die absolute Ausnahme. Wer erlaubnispflichtige Schusswaffen erwerben und besitzen möchte, muss das Vertrauen verdienen, damit zu jeder Zeit und in jeder Hinsicht ordnungsgemäß umzugehen.

Das Waffengesetz sieht eine umfassende Überprüfung der Personen vor, die Umgang mit Schusswaffen haben und haben wollen. Die 38.000 Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer im Land haben dafür ihre Zuverlässigkeit und persönliche Eignung unter Beweis zu stellen und sich einer Überprüfung zu unterziehen. Aus dem vorliegenden Bericht der Landesregierung geht hervor, dass derzeit 186.000 Schusswaffen im Land registriert sind.

Diese Zahl mag auf den ersten Blick hoch erscheinen. Tatsächlich sind das jedoch weniger als 4 % aller Schusswaffen, die derzeit in Deutschland registriert sind. Zugleich entspricht dieser Anteil in



**(Minister Hans-Joachim Grote)**

etwa dem Bevölkerungsanteil Schleswig-Holsteins, den auch der Königsteiner Schlüssel wiedergibt.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass jede Schusswaffe ein potentiell Sicherheitsrisiko mit sich bringt. Wir erinnern uns noch sehr genau an die tragischen Ereignisse in Winnenden und in Wendlingen im Jahre 2009. Als Reaktion darauf hat der Gesetzgeber die Aufbewahrungsvorschriften nachhaltig verschärft. Die Waffenbehörden haben seitdem das Recht, auch verdachtsunabhängig die sichere Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition zu kontrollieren. Bekanntlich lag eine der Ursachen des furchtbaren Amoklaufes von Winnenden und Wendlingen darin, dass Waffen nicht ordnungsgemäß verwahrt worden sind.

Erst vor wenigen Tagen erschütterte ein weiterer Amoklauf in den USA die Medien und uns alle. Allerdings liegen die Verhältnisse bei uns - das kann man wirklich sagen - völlig anders. Zudem hat der Gesetzgeber nach Winnenden reagiert und die Regularien für Waffenbesitz verschärft, sowohl hinsichtlich ihres Erwerbs als auch hinsichtlich der Lagerung.

Ein wirksamer Schutz vor Waffenmissbrauch kann nur unter bestimmten Bedingungen erreicht werden. Daher müssen sich die Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer jederzeit dessen bewusst sein, dass eine sichere Aufbewahrung notwendig ist, um Missbrauch mit diesen Waffen zu verhindern. Dazu bedarf es einer verdachtsunabhängigen Aufbewahrungskontrolle. Der Sinn und Zweck der damaligen Gesetzesänderung war es schließlich, die Einhaltung der geltenden Aufbewahrungsvorschriften stichprobenartig überprüfen zu können. Der Bericht zeigt eindeutig - die Zahlen liegen Ihnen vor -: Hier müssen einige Waffenbehörden deutlich mehr tun.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Fallzahlen im einstelligen Bereich bei verdachtsunabhängigen Kontrollen reichen als Stichproben definitiv nicht aus, meine Damen und Herren.

Gleichzeitig geht es nicht darum, alle Waffenbesitzer lückenlos kontrollieren zu wollen oder kontrollieren zu müssen. Das hatte der Bundesgesetzgeber nicht im Blick. Die Waffenbehörden haben ein Kontrollrecht, wohlgerne keine Kontrollpflicht; denn vollständige Sicherheit können auch mehr Kontrollen nicht gewährleisten, sie sind aber aus unserer Sicht dringend erforderlich.

Fallzahlen aus 2017 reichen allerdings für Rückschlüsse derzeit nicht aus; denn einer der Gründe

für diesen Mangel an Zahlen ist die Umstellung des nationalen Waffenregisters auf die digitale Form und auf einen einheitlichen Standard, der sich neudeutsch XWaffe nennt. Um die Zahlen per Knopfdruck auswerfen zu können, haben die Behörden, das muss man konstatieren, in den letzten Jahren massiv in Zeit, in Technik und in Personal investiert, um auch diese Daten speichern zu können.

Das war, wie ich finde, eine lohnende Investition, denn nun können Sicherheits- und Polizeibehörden Personenabfragen deutlich zuverlässiger, deutlich genauer durchführen. Damit sind sowohl die Erfassung als auch die Nachprüfbarkeit verbessert worden.

Ein weiterer Schritt zu mehr Sicherheit ist, illegale Waffen, die wir derzeit noch im Umlauf haben, mittels einer Waffenamnestie einzuziehen. Noch bis zum 1. Juli dieses Jahres gibt es in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, illegale Waffen und erstmals auch Munition abzugeben. Nach bisherigem Stand sind so schon mehrere hundert Waffen aus dem Verkehr gezogen oder abgegeben worden.

Meine Damen und Herren, die allermeisten Waffenbesitzer kommen ihren Pflichten nach dem Waffengesetz ordnungsgemäß nach. Jäger, Sportschützen und auch Waffensammler sollten nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

(Beifall CDU, FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die lebhafteste Diskussion hat eindeutig gezeigt: Es geht nie um die Diskriminierung, darum, jemanden in eine bestimmte Ecke zu stellen, sondern darum, gemeinsam eine Lösung für unser Land zu finden. Insofern finde ich die Diskussion, die wir führen, äußerst konstruktiv.

Man kann zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen, wenn man sich die Frage betrachtet, was eigentlich vermeintliche Schreckschusswaffen sind. Was sind Reizstoff- oder Signalwaffen? - Auch diese sogenannten SRS-Waffen stellen eine erhebliche Gefährdung dar, die wir derzeit mit Kontrollen durch die Waffenbehörden nicht erreichen können. Insofern sollten wir uns durchaus die Frage stellen, wie wir demnächst mit dem Führen von SRS-Waffen umgehen wollen. Daher sollten wir in aller Ruhe auch über die Möglichkeit diskutieren, die Berechtigung des Führens dieser Waffen momentan bequem online von zu Hause aus zu beantragen. Ich möchte dabei nicht an der Frage der Beantragung etwas ändern, aber wir sollten dieses bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit mit prüfen.



**(Minister Hans-Joachim Grote)**

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Der Bericht liegt Ihnen allen vor. Ich freue mich auf eine weiterhin konstruktive Beratung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute und 53 Sekunden überschritten. Diese Redezeit steht natürlich zusätzlich zu den vereinbarten 5 Minuten den Rednern der Fraktionen zur Verfügung.

Zunächst erteile ich für die Antragsteller dem Abgeordneten Lars Harms vom SSW das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Deutschland liegt das Gewaltmonopol in Bezug auf Waffen beim Staat. Diese Tatsache finden wir als SSW ausdrücklich unterstützenswert. Auch vor dem Hintergrund dessen, was gerade in Amerika diskutiert wird, ist es wichtig festzustellen, dass wir in einem Staat leben, in dem solche Dinge vernünftig geregelt sind.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig richtig, auch bei uns im Land regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Die Verantwortung liegt dabei beim Bund, der den gesetzlichen Rahmen vorgibt, beim Land, das sozusagen die Aufsichtsbehörde oder Koordinationsbehörde darstellt, und bei den Kreisen und kreisfreien Städten, die für die Durchführung der Kontrollen über Sicherung und Nutzung der Waffen stehen.

Dieser Verantwortung gilt es, gerecht zu werden. Dabei geht es überhaupt nicht darum, Waffenbesitzer grundsätzlich zu tadeln. Die meisten machen das alles vernünftig und sind keine schießwütigen Wilden, sondern ganz normale Jäger, Sportschützen oder Waffensammler. Da ist es überhaupt gar kein Problem. Es geht vor allem darum, unsere gesetzlichen Regelungen, die ihren Grund haben, voll und ganz zur Wirkung kommen zu lassen. Vor allem geht es auch darum, Missbrauch von Waffen zu verhindern. Dieser Missbrauch geschieht nicht unbedingt durch die Waffenbesitzer selbst, sondern möglicherweise durch Personen, die unbefugt an diese Waffen herankommen können.

Seit dem Jahr 2009 müssen deshalb Waffen sicher verwahrt werden. Dabei soll vor allem der Zugang durch Dritte unterbunden werden. So hat es die da-

malige Bundesregierung beschlossen, und diese Regelung beinhaltet eben auch die entsprechenden Kontrollen - in der Tat aber nur das Recht zur Kontrolle, nicht die Pflicht. Vor allem die verdachtsunabhängigen Kontrollen standen damals wie heute im Fokus der politischen Debatte. Die vorliegenden gesetzlichen Regelungen nützen wenig, wenn ihre Einhaltung nicht wirklich überprüft wird.

Ich glaube nicht, dass es in diesem Zusammenhang grundlegende Änderungen des Gesetzes braucht. Darüber kann man natürlich diskutieren, aber eigentlich haben wir die Grundlagen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe und vor allem die des zuständigen Ministeriums, dafür Sorge zu tragen, dass es in Schleswig-Holstein zu einem angemessenen Maß an Kontrollen kommt. Dies meine ich ganz losgelöst von der formalen Zuständigkeit. Das Land hat in meinen Augen eine Verantwortung dafür, die Überprüfung der Verwahrung und des sicheren Umgangs im Blick zu haben.

Wenn man die Zahlen in dem von uns angeforderten Bericht analysiert, wird sehr schnell klar, dass vor allem in Bezug auf die verdachtsunabhängigen Kontrollen der Waffenbesitzer erhebliche Unterschiede bestehen. Im Kreis Ostholstein wurden beispielsweise vom Dezember 2016 bis Dezember 2017 335 verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt. Das ist fast an jedem Tag eine. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde wurde im gleichen Zeitraum nur eine einzige Kontrolle durchgeführt. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde leben aber nahezu doppelt so viele Waffenbesitzer wie im Kreis Ostholstein.

Eine solche Situation sollte sich das Land und eigentlich auch der Innenminister nicht leisten. Von daher erwarten wir, dass der Minister nochmals das Gespräch mit Landräten und Oberbürgermeistern sucht. Das Ziel dabei sollte ein ausgewogenes Maß an verdachtsunabhängigen Kontrollen in allen Regionen des Landes sein.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Göttisch?

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich, gern.

**Hauke Göttisch [CDU]:** Herr Harms, ist Ihnen bekannt, dass bei einer Waffenkontrolle bisher eine Gebühr von circa 50 € entstand, die der Kontrolleur beim entsprechenden

**(Lars Harms)**

Waffenbesitzer erheben musste? Daraufhin hat unser Minister kurzfristig diesen Erlass geändert. Jetzt kann von 0 € bis X € etwas genommen werden, sodass es kostenlos sein kann. Wenn jemand seine Waffen ordnungsgemäß verwahrt, ist es mehr als recht und billig, dass der Landrat entscheiden kann, die Kontrolle kostenlos zu machen. Deswegen sind wohl auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde so wenige Kontrollen durchgeführt worden.

- Ich glaube nicht, dass es daran gelegen hat. Bisher waren es zwischen 50 € und 120 €. Der Minister hat jetzt veranlasst, dass es Gebühren von 0 € bis 120 € geben kann. Das ist eine richtige Entscheidung. Es ist in Ordnung, dass die Möglichkeit eröffnet wird, es gebührenfrei zu machen, weil andere Kontrollen auch gebührenfrei sind. Wenn ich mit dem Auto kontrolliert werde, so ist das gebührenfrei. Das ist überhaupt keine Frage.

Es geht aber doch darum, wo und wie oft kontrolliert wird. Die Tatsache, dass Gebühren erhoben werden konnten, ist eigentlich ein Indiz dafür, dass ein Kreis keine Sorge haben musste, dass er dafür über Gebühr etwas zu zahlen hat, weil er ja die Gebühren einnehmen kann. Dass wir sagen, jetzt könnt ihr es sogar umsonst machen, wäre eigentlich ein Grund für den Kreis zu sagen: Wenn ich es jetzt umsonst machen muss, lasse ich es mit den Kontrollen lieber, weil ich sonst meine Leute selbst bezahlen muss. - Ich finde die Entscheidung trotzdem gut. Sie ist aber keine Erklärung dafür, dass man keine Kontrollen gemacht hat, als es früher verpflichtende Gebühren gegeben hat.

Deswegen noch einmal: Es ist wichtig, dass einer Kommune klar ist, dass es auch eine Verantwortung gibt, diese Kontrollen durchzuführen. Wir machen es im Lebensmittelbereich bis ins Tiefste und Kleinste. Wenn man es als Ordnungsbehörde in dem Bereich macht, muss man auch in der Lage sein, Waffenkontrollen durchzuführen.

(Beifall SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Harms, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern, klar.

**Hauke Göttisch [CDU]:** Nur eine Anmerkung dazu. Wir sind uns also einig, dass Waffenkontrollen kostenlos durchgeführt werden sollen? - Wenn die Kreise 50 € bis 120 € nehmen müssen, wird der Aufwand für die Behörde größer, nämlich mit Zahlungsanweisungen und Ähnlichem das Geld zu bekommen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Um auch darauf zu antworten: Ich finde es in Ordnung, dass der Herr Minister es hinbekommen hat, dass es sowohl eine Null-Gebühr als auch eine Gebühr bis zu 120 € geben kann und die Kommunen die Freiheit haben, dort selbst zu entscheiden, ob, wie und unter welchen Bedingungen sie die Gebühren erheben.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Kathrin Wagner-Bockey [SPD])

Wichtig aber ist: Wir müssen flächendeckend und nach gleichen Kriterien Kontrollen haben.

(Beifall SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

Um es dann auch abzuschließen: Wir brauchen diese Lösungswege. Ich glaube, dass es da hilft, wenn wir von Landesseite moderierend tätig werden, man die Kommunen einlädt und sagt: Wie kriegen wir es am besten hin? Welche Erfahrungen hat zum Beispiel der Kreis Ostholstein im Gegensatz zu dem, was in anderen Kreisen gelaufen ist, mit seinen Kontrollen gemacht? - Vielleicht kann man da voneinander lernen.

Denn Fakt ist: Die Kontrollen vor Ort sind unerlässlich. Nur so kann die Behörde auch tatsächlich nachweisen, dass die Regelungen eingehalten werden und dass eben nicht ein psychisch Kranker, ein Reichsbürger oder eine andere nicht geeignete Person in den Besitz einer Waffe kommen kann. Ein Foto der Rechnung vom Waffenschrank oder auch von den verstauten Waffen kann eben nicht das Maß an Sicherheit bieten, wie es die Vor-Ort-Überprüfung kann. Die verdachtsunabhängige Kontrolle ist und bleibt schlichtweg die wichtigste Aufgabe, und der Schutz für alle Menschen im Land sollte vor diesem Hintergrund auch in Zukunft die vornehmste Aufgabe der Ordnungsbehörden sein.

Für uns als SSW steht zudem weiterhin fest, dass auch das Land ein gewisses Maß an Mitverantwortung trägt, dafür Sorge zu tragen, die große Lücke bei den durchgeführten Kontrollen zu schließen. Um eine einheitliche Regelung hinzubekommen, müssen wir selbst handeln. So viel Koordination

(Lars Harms)

durch das Land dürfen wir auch erwarten. - Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Tim Brockmann.

**Tim Brockmann [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Minister ganz herzlich für den schriftlichen Bericht, aber auch für seine heutigen mündlichen Ergänzungen danken. Ich halte es für wichtig, dass wir uns immer wieder mit dem Besitz und dem Umgang mit Waffen in unserem Land beschäftigen. Waffen jeder Art sind kein Spielzeug. Sie sind eine Gefahr für Leib und Leben. Ihr Besitz muss daher die Ausnahme bleiben. Ich glaube, deshalb ist es gut, dass der Waffenbesitz in Deutschland streng reglementiert ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wer eine Waffe aus welchen Gründen auch immer besitzen möchte, muss über die erforderliche Zuverlässigkeit und die persönliche Eignung verfügen. Wie aus dem Bericht der Landesregierung hervorgeht - Herr Grote sprach die Zahlen an -, sind in Schleswig-Holstein knapp 38.000 Waffenbesitzer mit mehr als 186.000 Waffen registriert. Im Durchschnitt besitzt also jeder Waffenbesitzer 4,9 Waffen. Sind das nun womöglich viele Waffen? Um welche Art von Waffen handelt es sich? Sind das zu viele Waffen? - Hierzu gibt der Bericht leider noch keine konkrete Antwort. Ich betone an dieser Stelle, „er gibt leider noch keine konkrete Antwort“, da für eine Vielzahl der Waffen, die im nationalen Waffenregister gespeichert sind, der jeweilige Bedürfnisgrund zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht gespeichert wurde. Aber es stand auch im Bericht, dass es in diesem Jahr nachgeholt wird, sodass künftig eine qualifizierte Bewertung des Waffenbestandes möglich sein soll.

Zwei weitere Aspekte aus dem Bericht lassen allerdings aufhorchen und sollten umfassend diskutiert werden. Zum einen ist da der erhebliche Anstieg an Kleinen Waffenscheinen. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdoppelt. Hier drängt sich natürlich die Frage nach dem Warum auf: Warum beantragen immer mehr Menschen einen Kleinen Waffenschein? Haben sie womöglich

das Vertrauen in den Staat, dass er ihre Sicherheit gewährleistet, verloren? - Einer solchen Entwicklung müssen wir uns entgegenstellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass mehr Waffen in der Gesellschaft zudem nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern unsere Gesellschaft eher gefährden.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das! - Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Waffenbesitzer gefährden sich eher selbst, wie die Ereignisse in der Silvesternacht in Wahlstedt zeigen, als ein 38-Jähriger von der Polizei angeschossen wurde, nachdem er mit einer Schreckschusspistole hantiert hatte. Für die Polizisten war es aus der Entfernung nicht ersichtlich, ob es sich nur - in Anführungszeichen - um eine Schreckschusspistole handelte. Das Beispiel zeigt deutlich, welche Gefahren von solchen Waffen für alle Beteiligten ausgehen. Statt Sicherheit zu schaffen, wird lediglich Sicherheit vorgegaukelt und die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten unnötig erschwert.

Deshalb halte ich die Initiative des Innenministeriums, den Zugang zum Kleinen Waffenschein zu erschweren, auch für richtig. Den Kleinen Waffenschein einfach über das Internet zu beantragen, ist schlicht der falsche Weg. Herr Grote, Sie haben es ausgeführt. Ich hoffe, Sie werden mit Ihrer Initiative auch Erfolg an der Stelle haben.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Aspekt - der wurde auch schon von Lars Harms angesprochen - ist die geringe Kontrollichte der Waffenbehörden. Im gesamten Land wurden 704 verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt. Somit wurde gerade einmal bei 1,8 % der Waffenbesitzer kontrolliert, ob sie ihre Waffen ordnungsgemäß aufbewahren. Hier kann von einer stichprobenartigen Kontrolle, wie sie das Gesetz vorsieht, nicht gesprochen werden.

Was allerdings noch kritischer gesehen werden muss - da wiederhole ich das, was Lars Harms auch schon sagte -, ist, dass von 704 Kontrollen 589 in den Kreisen Ostholstein, Dithmarschen und der Stadt Kiel durchgeführt wurden. Das sind 84 % aller Kontrollen. Für die Städte Lübeck, Neumünster, die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Nordfriesland, Plön, Stormarn und Steinburg reicht jeweils eine Hand, um die Kontrollen abzuzählen. Hier ist noch Luft nach oben.

(Tim Brockmann)

(Beifall SSW, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennis Bornhöft [FDP])

Offensichtlich ist dies in einigen Kreisen auch erkannt worden. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde will die Überwachung intensivieren. Ich denke, das ist ein guter Weg in die richtige Richtung.

Kritiker werden dem entgegenhalten, dass es keine Kontrollpflicht gebe. - Ja, das ist richtig. Es besteht nur ein Kontrollrecht der Behörden. Aber es handelt sich um Waffen, die sind kein Spielzeug, sondern es sind Waffen, die potenziell tödlich sind. Die sollte man entsprechend kontrollieren.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies rechtfertigt aus meiner Sicht häufige und intensive Kontrollen. Eine lückenlose Kontrolle hatte der Bundesgesetzgeber allerdings nicht, wie der Minister ausführte, im Blick, zumal auch eine lückenlose Kontrolle nicht zu absoluter Sicherheit führen kann, denn es kann vor Ort nur kontrolliert werden, ob die rechtmäßige Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition erfolgte, der Umgang mit der Waffe allerdings nicht. In die Köpfe kann man schwer hineinschauen.

Meine Damen und Herren, ich halte es für sinnvoll, den Bericht noch einmal im Innen- und Rechtsausschuss aufzurufen. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Gespräche mit den Kommunen verlaufen sind, um die Kontrolldichte zu intensivieren. Wir sollten auch noch einmal hinterfragen, wieso es zu dem dramatischen Anstieg der Kleinen Waffenscheine gekommen ist. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Wagner-Bockey.

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu meiner Rede eine kurze Vorbemerkung machen: Besitzer von Waffen gehen nicht per se verantwortungslos mit ihren Waffen um, und sie stellen natürlich auch nicht automatisch eine Gefahr für die Gesellschaft dar. Deshalb sind

die Zielrichtung meiner Rede weder Sicherheitsdienste noch Jäger noch Sportschützen.

Der Bericht der Landesregierung unterscheidet zwei Bereiche der Erlaubniserteilung und des Waffenbesitzes. Wenn wir uns ansehen, wie viele private Waffenbesitzer in Schleswig-Holstein derzeit registriert sind, ist die Tendenz im Vergleich zu 2015 sogar leicht abnehmend. Herr Grote, Sie hatten es erläutert, und ich schließe mich Ihrer Einschätzung an, dass die absoluten Zahlen an Waffenbesitzern und Schusswaffen in Schleswig-Holstein zunächst einmal nicht besorgniserregend sind.

Gegenläufige Tendenzen zu den abnehmenden Waffenbesitzern weisen die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Dithmarschen und Herzogtum Lauenburg auf. Dafür gibt es sicherlich spezifische Gründe, die ich an dieser Stelle nicht näher bewerten oder beleuchten will. Laut Waffengesetz ist es Aufgabe der zuständigen Kreisbehörden, die sichere Aufbewahrung von Waffen zu überprüfen. Hier sind anlassbezogene und verdachtsunabhängige Kontrollen möglich. Der vorliegende Bericht zeigt sehr deutlich, dass die Kreise hier unterschiedlich vorgehen. Das wurde von allen Vorrednern bereits bemerkt.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass im Kreis Dithmarschen beispielsweise 143 verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt wurden, im Kreis Herzogtum Lauenburg, um das konkrete Beispiel zu nennen, nur zehn - und das bei mehr als 1.500 neu angemeldeten Waffen. Ich denke schon, dass der Bericht hier noch einige Fragen offenlässt und einige Beleuchtungsmöglichkeiten gibt.

Ziel muss es in unseren Augen sein, landesweit mehr verdachtsunabhängige Kontrollen über die sichere Aufbewahrung von Schusswaffen durchzuführen. Wir gehen damit sicher, dass Waffenbesitzer ordentlich mit ihrer Verantwortung umgehen. Es ist schon Verantwortung des Staates, hier auch vernünftige Überprüfungen durchzuführen.

(Beifall SPD und SSW)

Wirklich besorgniserregend ist der bundesweite Anstieg von Anträgen für den sogenannten Kleinen Waffenschein. Ich glaube, man kann den Zeitpunkt, als die Neubeantragung von Kleinen Waffenscheinen strukturell in die Höhe sprang, ganz deutlich festmachen: Nach der Silvesternacht von Köln 2015 ist der Verkauf von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen sprunghaft in die Höhe geschellt. Ein Ende ist nicht abzusehen. Ich glaube, es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man sagt, dass die Nacht von Köln damals schon unsere Gesell-



**(Kathrin Wagner-Bockey)**

schaft und die Sicht der Gesellschaft auf die Probleme verändert hat. Ich finde, man sollte so ehrlich sein, das deutlich und klar zu benennen. Das subjektive Sicherheitsgefühl hat abgenommen, obwohl die objektive Sicherheitslage in Deutschland über die Jahre hinweg ausgesprochen gut ist.

(Beifall SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir leben in einem der sichersten Länder der Welt, und zwar auch deshalb, weil wir ein gutes Waffengesetz und gute Kontrollmechanismen haben. Die müssen wir uns auch erhalten. Herr Grote, meine Fraktion steht da komplett an Ihrer Seite. Wir müssen aktuelle Veränderungen im Blick haben. Der Kleine Waffenschein ist in der Tat etwas, das man sich genauer angucken muss, sowohl was die Erlaubnis als auch was die Überprüfung betrifft.

Es gibt in unserer Gesellschaft ein Problem aufgrund von Skandalisierung und Fake News, und das gepaart mit einem Gefühl der Überforderung in einer immer komplizierteren Welt. Das führt zu einem Wunsch nach Kontrolle und simplen Lösungen. Vielen scheint die simple Lösung zu sein, eine Schreckschuss- oder Gaswaffe anzuschaffen.

Der Kollege Brockmann von der CDU hat verschiedene Aspekte genannt, warum auch Schreckschuss- und Gaswaffen durchaus problematisch sind. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wer so ein Ding aus der Handtasche fummeln will, um sich zu verteidigen, liegt schon am Boden, bevor er die Handtasche überhaupt aufgemacht hat. Diese Art von Waffen und der Umgang mit ihnen nützen niemandem.

Dazu kommen weitere Aspekte: Nachweislich steigt bei denjenigen, die Waffen tragen oder erleben, dass andere Waffen mit sich herumschleppen, die Eskalationsgefahr in unübersichtlichen Situationen. Polizeieinsätze werden erschwert, niemand kann erkennen, ob der Träger einer Schusswaffe mit einer scharfen Waffe hantiert oder nicht. Es ist auch relativ egal, wie weit man davon weg steht. Diese Dinger sehen so täuschend echt aus, dass Sie auch auf nahe Distanz nicht erkennen können, ob die Waffe scharf geladen ist oder nicht.

(Unruhe)

Aus meiner Erfahrung als Polizistin darf ich Ihnen sagen: Ich kenne keinen Kollegen, der im Einsatz dienstlich und ernsthaft seine eigene Waffe gern nutzt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine Situation, die wir zu verhindern versuchen sollten. Das bedeutet, dass wir scharfe Regulierungen des Waffengesetzes brauchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt in dieser ganzen Geschichte einen weiteren Aspekt: Eine Schreckschusswaffe kann tödlich wirken. Man kann damit jemanden töten, je nachdem, aus welcher Distanz man sie abfeuert. Diese Gefahren werden oft unterschätzt, oder sie sind manchmal gar nicht bekannt. In diesem Zusammenhang ist es schon ein Problem, dass es einen wie auch immer gearteten Sachkundenachweis über die Gefährlichkeit dieser Waffen bisher in keiner Form gibt, der wird nicht gefordert. Alle Waffen sind erlaubnisfrei zu kaufen, niemand muss erklären, dass er weiß, welche Gefahren die Waffen tatsächlich mit sich bringen.

Wenn Sie bei einer polizeilichen Durchsuchung in der Flurkommode eine geladene Gaspistole finden und im Kinderzimmer unterm Bett die Spielzeugpistole, dann wissen Sie, worüber wir uns Sorgen machen müssen.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich erkläre für meine Fraktion aus vollem Herzen: Je weniger Waffen es in einem Land gibt, desto sicherer leben die Bürger. Ich halte es - da sind wir uns wohl alle einig - für einen absoluten Wahnwitz, Lehrer bewaffnen zu wollen. Wir brauchen vielmehr bessere Aufklärung und mehr Kontrollen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP] - Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bevor ich zum nächsten Redner komme, möchte ich Sie bitten, dass Sie die Gespräche, die sich bei diesem Redebeitrag zunehmend entwickelt haben, etwas eindämmen und den Rednern hier vorn Ihre Aufmerksamkeit widmen. - Wir kommen jetzt zum nächsten Redner, und das ist der Kollege Burkhard Peters für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Grote, vielen Dank für diesen sehr besonnenen Bericht. Liebe SSW-Kollegen, auch euch großen Dank da-



**(Burkhard Peters)**

für, dass ihr dieses Thema schon seit Jahren so hartnäckig verfolgt.

Wir Grünen sind in punkto Waffen schon sehr strikt. Schusswaffen in privater Hand sind für uns grundsätzlich ein Übel. Es sollte so wenig wie möglich davon geben. Auch für die Bereiche Jagd und Schießsport gehören die Berechtigung zum Führen, der Besitz und vor allem die sichere Aufbewahrung ordentlich überprüft.

Deutschland ist ein Land, in dem legaler Schusswaffenbesitz nach dem grauenhaften Amoklauf von Winnenden 2009 verschärft worden ist, vor allem im Vergleich zu den USA. Das haben Sie schon erwähnt, Herr Grote. In den USA sterben jährlich 16.000 Menschen durch Schusswaffeneinsatz - in einem Land, das grundsätzlich in Frieden lebt. Ursache ist eindeutig der Umstand, dass man in vielen US-Bundesstaaten leichter eine Schusswaffe kaufen kann als eine Flasche Whiskey.

Meine Damen und Herren, mehr Waffen, mehr Tote. Angesichts dieses Zusammenhangs auch für Deutschland eine Erleichterung und Liberalisierung des Erwerbs und Besitzes von Schusswaffen zu fordern, meine Dame und meine Herren von der AfD, halte ich für gänzlich abwegig.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wer ernsthaft behauptet, ein leichter Zugang zu Schusswaffen erhöhe die individuelle und gesellschaftliche Sicherheit, befindet sich auf dem Holzweg. Das Gegenteil ist der Fall, wie das Beispiel der USA zeigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Jörg Nobis [AfD]: Wer fordert das denn?)

Der vorliegende Bericht belegt an zwei Stellen, dass es seitens der Waffenbehörden im Land Defizite bei der Kontrolle gibt. Das wurde schon ausführlich ausgeführt. Das erste Problem - das wurde noch nicht so ventiliert - ist: Seit 2009 sind die Kreise verpflichtet, Nachweise der Waffenbesitzerinnen und -besitzer über die sichere Aufbewahrung von Waffen und Munition abzufragen. Passiert ist wenig. Dabei ist es aus unserer Sicht doch das Mindeste, wenigstens durch Fotos und Typenunterlagen der Schränke die Aufbewahrung der Waffen zu dokumentieren. Man kann von den Waffenbesitzern doch verlangen, dass sie wenigstens das erbringen; aber auch das passiert zu wenig. Gut ist, dass das Innenministerium den kommunalen Verwaltungen

jetzt eine Frist zur Erledigung bis zum 31. März 2018 gesetzt hat.

Das zweite Problem ist das Kontrolldefizit der Waffenaufbewahrung nach Vorschrift - und das ausgerechnet in den Kreisen, in denen es die meisten Waffen pro 1.000 Einwohnern gibt. Plön, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg haben die höchste Waffendichte, und da werden kaum verdachtsunabhängige Aufbewahrungskontrollen durchgeführt.

Dass es auch anders geht, zeigt der Kreis Ostholstein. Auch Kiel mit nur 31 Waffen auf 1.000 Kielerinnen und Kieler leistet sich 111 Kontrollen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Gut, dass das Innenministerium jetzt angeordnet hat, die Kontrollzahlen jährlich zu melden, um Druck auf die Kommunen auszuüben.

Der Bericht zeigt ein drittes großes Problem: der sogenannte Kleine Waffenschein. Offenbar haben regelmäßig verbreitete Schauergeschichten über ein angeblich massiv verschlechtertes Sicherheitsniveau in der Bundesrepublik dafür gesorgt, dass sich immer mehr Menschen mit Schreckschuss- und Reizstoffwaffen eindecken. Seit 2015 hat sich die Zahl der Menschen im Land, die sich so versuchen zu wappnen, mehr als verdoppelt.

Ich stimme mit Torsten Jäger von der Gewerkschaft der Polizei überein, dass diese Individualaufrüstung mehr Gefahren als Schutz mit sich bringt. Es kann nicht sein, dass man den Kleinen Waffenschein mal eben über das Internet bei den Behörden beantragen kann. Ich begrüße sehr, dass sich das Innenministerium auf Bundesebene dafür einsetzt, dass eine Beantragung nur mit persönlicher Vorsprache bei der Waffenbehörde möglich ist. Ich halte es für absolut notwendig, dass wir die Möglichkeit der Online-Beantragung bis dahin aussetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Heiner Rickers [CDU])

Meine Damen und Herren, absolut kein Verständnis habe ich dafür, dass die Kollegin Frau von Sayn-Wittgenstein passend zur Parteilinie über Facebook dazu aufruft, sich noch schnell mit einem Kleinen Waffenschein über Online-Antrag zu versorgen. Die Kommentare darunter - allesamt von Ihnen unwidersprochen und nicht gelöscht - sprechen Bände. Da sagt zum Beispiel ein Heino Kiel:

„Dass Deutsche sehr schwierig an Waffen kommen, ist klar. Denn die Regierung hat Angst, wenn Deutsche Waffen in die Finger bekommen, sodass diese mal aufräumen und abrechnen können mit der Regierung.“

**(Burkhard Peters)**

In einem weiteren Post sagt derselbe Herr:

„Bewaffnet euch, liebe Deutsche!“

Ich kann nur hoffen, dass die Zuverlässigkeit der dort postenden Waffenbesitzer gründlich überprüft wurde. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Zu seinem ersten Redebeitrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat nun der Abgeordnete Jörg Hansen von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall)

**Jörg Hansen [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für den warmen Applaus. Das tut gut; aber wir haben ein ernstes Thema am Wickel. Mit Blick auf die schrecklichen Vorkommnisse in Amerika behandeln wir heute ein Thema, wie es aktueller nicht sein könnte. Ich danke Herrn Minister Grote für die Zahlen, die allerdings auch Fragen aufwerfen.

Zunächst war ich etwas überrascht über die Kleintheit der Anfrage. Schaut man sich die Zahlen jedoch genau an, kann es im Kern doch nur um folgende Aspekte gehen: Erstens. Wie viele Waffen sind im Umlauf, und wie viele davon sind registriert? Zweitens. Sind die Besitzer geeignet? Drittens. Gehen von diesen Zahlen Gefahren aus?

Für mich war zunächst aufschlussreich, wie viele Waffen im Umlauf sind. Dieses Mengengerüst ist wichtig dafür, ein Gespür für die Situation zu bekommen. Die Anzahl ist für sich gesehen beeindruckend, und das vor dem Hintergrund, dass wir eben keine amerikanischen Verhältnisse haben - zum Glück. Der Besitz und das Führen von Waffen sind in Deutschland an strenge Regeln gebunden, und das ist auch gut so. Das stellt nämlich sicher, dass nicht jeder Waffenbesitzer unter Generalverdacht gestellt wird. Das Mengengerüst zeigt aber auch, dass es richtig und wichtig ist, sowohl die Besitzer als auch die Aufbewahrung von Waffen unter Kontrolle zu stellen.

Die Beantragung eines Waffenscheins oder einer Waffenbesitzkarte ist gesetzlich ebenso normiert wie die Aufbewahrung von Waffen. Dies scheint zunächst vom Verfahren her keinen Handlungsbedarf zu begründen. Allerdings sollten wir auch hier genauer hinschauen. So ergeben sich in der Praxis

durchaus Fragen und Probleme. Will etwa eine Privatperson eine Waffe - zum Beispiel ein Erbstück - entsorgen, ist es im Regelfall so, dass sie oder er zur Polizeidienststelle kommt und die Waffe dort abgibt. Die Kommune wird die Waffe in Empfang nehmen und anschließend dem Landeskriminalamt zur Entsorgung geben. Das führt in Einzelfällen, zum Beispiel in Lübeck, zwar zu Kapazitätsproblemen, die Zahlen belegen aber, dass das Verfahren grundsätzlich greift.

Zu praktischen Problemen kommt man aber auch bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit von Waffenbesitzern. Ich möchte das exemplarisch am Beispiel der sogenannten Reichsbürger verdeutlichen. Reichsbürger sind kein eingetragener Verein, und nicht immer ist offensichtlich, ob jemand unsere staatliche Ordnung ablehnt. Gefährlich wird es aber, wenn sie zu erkennen geben, dass sie erstens die Bundesrepublik Deutschland gar nicht akzeptieren oder nicht anerkennen, zweitens die Polizei oder die Ordnungsbehörden als Teil der Obrigkeit nicht akzeptieren und drittens - das ist der dramatische Punkt - als Besitzer einer Waffe registriert werden. Dieses teuflische Gemisch führte in Süddeutschland zur Tötung eines Polizeibeamten durch einen Reichsbürger.

Wie sensibel die Behörden mittlerweile damit umgehen, zeigt der intensive Austausch von Erkenntnissen zwischen der Ordnungsbehörde beziehungsweise Waffenbehörde und der Polizei. Dieser Austausch ist durch das Landesverwaltungsgesetz sowie durch den Datenschutz abgedeckt. Auch hier geht es nicht um eine Pauschalverurteilung, sondern um eine konkret begründete Gefahr. Kein Mensch möchte eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter eines Ordnungsdienstes bei einer Kontrolle ins offene Messer laufen lassen. Dass wir das verhindern, muss unser Ziel sein, beziehungsweise wir müssen das verhindern.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir sind also insgesamt besser geworden, obwohl die Kontrolldichte noch Handlungsbedarf erfordert.

All diese Fragen betreffen zunächst den legalen Waffenbesitz. Viel beunruhigender ist jedoch eine andere Frage: Wie hoch ist das Dunkelfeld? Denn das Internet hat auch dunkle Seiten; ich erinnere da nur an den Erwerb einer Waffe bei dem Münchener Anschlag. Wir dürfen diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, denn Verbrecher werden sich nicht um einen legalen Waffenbesitz bemühen und sich den gesetzlichen Kontrollmechanismen aussetzen, solange die Verfügbarkeit von illegalen Waf-

**(Jörg Hansen)**

fen verhältnismäßig einfach ist. Dazu nutzen Verbrecher mehr und mehr ihre Vernetzung beziehungsweise das Internet.

Ich unterstütze daher auch die Bestrebungen der Sicherheitsbehörden in Deutschland, sich diesem Treiben durch eine bessere bundesweite Vernetzung entgegenzustellen. Mit Blick auf die Situation in den USA können wir jedoch froh über das hier herrschende Waffenrecht sein. Unsere Kontrollmechanismen greifen - auch wenn sie noch intensiviert werden könnten beziehungsweise müssen. Denn: Reichen diese Kontrollmechanismen aus, und sind sie landeseinheitlich wirksam? Diese Themen sollten und müssen wir im Ausschuss ausführlicher diskutieren. Die Begründung liefere ich jetzt: Die Menschen sollen sich nicht nur sicher fühlen, sondern sie müssen auch sicher sein. Ich beantrage Ausschussüberweisung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Grauenvolle Nachrichten von Amokläufen an US-amerikanischen Schulen, aber auch an deutschen Schulen in zurückliegenden Jahren beherrschen schnell die öffentliche Diskussion um Schusswaffen im Privatbesitz. Ebenso schnell werden nicht nur in den USA Forderungen nach Verschärfungen des Waffenrechts laut, auch bei uns in Deutschland wird diese Diskussion öffentlich geführt. Es ist auch gut und richtig, dass wir diese Diskussion hier führen, denn das gibt uns allen die Möglichkeit, diese Diskussion mit etwas Abstand und der gebotenen Sachlichkeit inhaltlich zu gestalten.

Der Bericht der Landesregierung über den Besitz und die Nutzung von Waffen in Schleswig-Holstein zeigt dabei auf, dass die bloßen Zahlen über Besitzer und die Anzahl der in Privatbesitz befindlichen Schusswaffen zunächst keine Merkmale aufweisen, die eine öffentliche Debatte befeuern könnten. Schleswig-Holstein ist ein Flächenland, ein Agrarland und letztlich auch ein Land, in dem unter Berücksichtigung von Umwelt- und Tierschutzaspekten die Jagdausübung hochprofessionell betrieben wird. Waffenbesitz ist hier normal und auch notwendig.

Drei aus meiner Sicht wesentliche Aspekte möchte ich aber doch herausheben, die sich aus dem Bericht direkt, aber auch aus dem ergeben, was eben nicht aus dem Bericht herauszulesen war.

Erstens - es klang schon an -: Die Informationstiefe der behördlich erfassten Zahlen zum Waffenbesitz ist nach meiner Auffassung zu gering. Das Nationale Waffenregister - NWR - wurde am 1. Januar 2013 in Betrieb genommen, und heute, im Jahr 2018, sind für Schleswig-Holstein noch immer keine Angaben möglich, die eine Aufschlüsselung zwischen Jagdwaffenbesitzern und Sportwaffenbesitzern dezidiert möglich machen. Das ist, gelinde gesagt, enttäuschend. Ebenso die nicht herzustellende Verknüpfung zwischen Informationen aus dem NWR und polizeilichen Erkenntnissen zu Straftaten mit und ohne Verwendung von Waffen sowie eine nicht mögliche Rückkoppelung von Informationen über Straftaten von Waffenbesitzern stellen aus meiner Sicht eklatante Schwachstellen im System dar.

Zweitens. Der Bericht zeigt - auch das klang schon an - gravierende Schwankungen in der Kontrollichte der Behörden auf. Kreise mit hoher Anzahl von Waffenbesitzern weisen enorm niedrige Kontrollzahlen auf, während in anderen Kreisen und Städten mit geringeren Waffenbesitzerzahlen vergleichsweise viele Kontrollen durchgeführt wurden. Wir sprachen es hier bereits an. Hier muss insgesamt die Kontrollichte erhöht werden, und sie muss sich vor allem an der Zahl der Waffenbesitzer in den Kreisen orientieren. Kontrollen der Ordnungsbehörden sind wichtige Instrumente. Sie fördern nämlich auch zutage, dass in Schleswig-Holstein die übergroße Mehrheit der Waffenbesitzer verantwortungsbewusst und sicher mit Schusswaffen umzugehen weiß.

Drittens. Der Anstieg von knapp 10.000 bewilligten Kleinen Waffenscheinen in 2015 auf mehr als 20.000 Kleine Waffenscheine in 2017 muss Besorgnis auslösen. Die Verdoppelung der beantragten Kleinen Waffenscheine in Schleswig-Holstein ist zweifelsohne ein Alarmsignal. Es zeigt an, dass in unserer Gesellschaft zunehmend ein Gefühl der Unsicherheit um sich greift.

Befördert wird dies durch mehrere Faktoren, etwa durch den Anstieg bei Körperverletzungsdelikten, die im Vergleich zu 2016 um rund 13 % zugenommen haben. Auch die zu geringe Polizeipräsenz im öffentlichen Raum - Folge des Personalabbaus der Küstenkoalition - trägt zum wachsenden Unsicherheitsgefühl der Bürger bei. Eine offensichtlich

(Claus Schaffer)

überlastete Justiz und unverhältnismäßig milde Urteile in Strafprozessen tun ein Übriges.

Die Verdopplung der Zahl der Kleinen Waffenscheine allein darauf zurückzuführen, dass diese auch online beantragt werden können, geht an der Realität vorbei.

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Wer so argumentiert, möchte von den tatsächlichen Ursachen nur ablenken.

Meine Damen und Herren, nennen wir das Kind doch beim Namen. Eine Gesellschaft, die danach strebt, sich zu bewaffnen, um sich vor Kriminalität zu schützen, hat das Vertrauen in den Staat verloren. Wenn Männer und Frauen sich bewaffnen, weil sie sich auf unseren Straßen nicht mehr sicher fühlen, dann haben diese Menschen auch das Vertrauen in die Polizei verloren. Wenn diese Gesellschaft dem Staat nicht mehr zutraut, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, dann sind wir auf einem Weg, der zu weiterer Selbstbewaffnung und irgendwann zur Selbstjustiz führen wird. Diesen Weg dürfen wir nicht weitergehen.

(Beifall AfD)

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und nirgendwo anders. Der Staat muss seinerseits aber alles tun, um die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das ist aus meiner Sicht die wesentliche Aussage im Bericht der Landesregierung. Die Verstärkung von Polizei und Justiz, die konsequente Anwendung bestehenden Rechts führen ganz unmittelbar zu mehr Sicherheit auf den Straßen und Plätzen Schleswig-Holsteins. Ein Mehr an Sicherheit - wohlgemerkt: nicht das erzeugte Bild von Sicherheit - wird von ganz allein in der Gesellschaft den Bedarf an eigener Bewaffnung zurückgehen lassen. Eine Verschärfung des Waffenrechts ist nicht erforderlich. Die Gründe wurden hier vielfach genannt. Aber auch eine Liberalisierung des Waffenrechts lehnen wir hier strikt ab. Es mag hier sicherlich auch Einzelmeinungen geben. Aber es gibt keinen Grund, noch mehr Waffen in den Privatbesitz zu geben. Diese Bestrebungen werden auch wir hier nicht mittragen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein aus der AfD-Fraktion.

**Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon bezeichnend, dass man für den Aufruf zu legalem Handeln angegriffen wird. Nichts entlarvt die Haltung der regierenden Parteien und der Opposition mehr als dieser Angriff vom Kollegen Peters. Er hat interessanterweise in seinem Vortrag die Jahreszahl 2015 genannt. Ja, richtig, seit 2015 hat sich in unserem Land etwas verändert. Ich denke an die Silvestervorkommnisse in Köln in 2016 und daran, dass in Berlin Frauen dieses Silvester in geschützten Zelten verbringen mussten. Die Sicherheit oder das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum hat nachgelassen. Das erklärt manches, und das erklärt auch meine Einstellung zum Kleinen Waffenschein. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Kollegin Wagner-Bockey aus der SPD-Fraktion.

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Frau Sayn-Wittgenstein, das finde ich sehr interessant. Was haben Sie denn für eine Einstellung zum Kleinen Waffenschein?

(Zuruf)

- Eben! - Finden Sie den toll? Finden Sie ihn hilfreich? Können Sie der Argumentation von Herrn Brockmann und mir folgen, oder nicht? Das sind ja interessante Fragen in dem Zusammenhang.

Aber ich würde gern noch kurz auf Herrn Schaffer eingehen.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Frau Wagner-Bockey, die Kollegin von Sayn-Wittgenstein hat sich zu einer Zwischenfrage oder -bemerkung gemeldet.

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Na, dann bitte.

**Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein**

[AfD]: Kollegin Wagner-Bockey, ist Ihnen entgangen, dass wir zurzeit in der Bundesrepublik Frauendemonstrationen haben, weil sich Frauen unsicher fühlen?

(Unruhe und Zurufe)

Frau von Sayn-Wittgenstein, darauf - -



**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Entschuldigung, Frau Wagner-Bockey. - Zunächst einmal möchte ich feststellen, Kollegin von Sayn-Wittgenstein, dass man, wenn man eine Zwischenbemerkung macht oder eine Zwischenfrage stellt, stehen bleibt und die Antwort abwartet. Das tun Sie jetzt. Dann sind Sie, Frau Wagner-Bockey, jetzt dran, um darauf einzugehen.

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Frau von Sayn-Wittgenstein, das ist mir nicht entgangen. Aber vielleicht ist Ihnen entgangen, dass ich vorhin in meiner Rede auf das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl in Deutschland durchaus Bezug genommen habe, dass ich die Probleme beschrieben und gesagt habe, dass sie teilweise ein Paradoxon ergeben, weil die subjektive und objektive Sicherheitslage in Deutschland in ganz hohem Maße nicht übereinstimmen;

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn - ich sage es mit Überzeugung noch einmal - wir leben in einem der sichersten Länder der Welt.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Gerade auch als Frauen leben wir in einem sehr, sehr sicheren Land. Ich bin stolz darauf, dass wir alle mit unseren gemäßigten Einstellungen und mit unserer Vernunftbegabung immer wieder darauf hinwirken, dass das auch so bleibt. Der Populismus, mit dem Sie sich auf Facebook an die Menschen wenden, ist genau das, was wir in diesem Land nicht gebrauchen können.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Natürlich gibt es Aufrufe zu legalem Handeln, die trotzdem geistige Brandstifterei sind.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, liebe Frau Doris von Sayn-Wittgenstein, ist in der Tat etwas, was ich Ihnen an dieser Stelle immer wieder strukturell vorwerfen werde.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zu Herrn Schaffer möchte ich am Ende noch einen Satz sagen. Ich finde es etwas befremdlich, dass Sie von Personalabbau durch die Küstenkoalition sprechen, der so definitiv nicht stattgefunden hat. Es ist doch auch überhaupt kein Geheimnis, dass der der-

zeitige Personalabbau eine Fortführung dessen ist, was schon länger geplant ist. Das begrüßen wir und finden wir auch sehr hilfreich.

(Beifall SPD - Kathrin Wagner-Bockey [SPD] verlässt das Rednerpult)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Frau Kollegin Wagner-Bockey, Sie gestatten anscheinend keine Zwischenfrage des Kollegen Schaffer.

(Kathrin Wagner-Bockey [SPD] kehrt zum Rednerpult zurück)

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Ach so, Entschuldigung, das habe ich falsch verstanden.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Nein, Entschuldigung, wir müssen hier einmal ein bisschen Ordnung hineinbekommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie haben Ihren Beitrag beendet und das Rednerpult verlassen - Punkt. - Nun hat sich zu einem Dreiminutenbetrag der Abgeordnete Schaffer aus der AfD-Fraktion gemeldet. Er hat somit das Wort.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Ich werde tatsächlich keine drei Minuten brauchen. - Frau Wagner-Bockey, während der Regierungszeit der Küstenkoalition hat das Innenministerium beschlossen, zusätzlich zu bereits 160 bestehenden Fehlstellen bei der Landespolizei weitere 122 Stellen zu kürzen. Diese Kürzung ist erst zurückgenommen worden, nachdem es öffentlichen Druck gab. - Vielen Dank.

(Zuruf Kathrin Wagner-Bockey [SPD] - Unruhe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

So, jetzt konzentrieren wir uns. Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich der Abgeordnete Kai Dolgner aus der SPD-Fraktion gemeldet. - Falls es weitere Wortmeldungen gegeben hat, bitte ich, das noch einmal anzuzeigen. Das war jetzt gerade ein bisschen unklar. - Herr Dolgner, Sie sind dran.



**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben haben wir ein schönes Beispiel dafür gesehen, wie die AfD arbeitet: Erst wird eine Behauptung in den Raum gestellt. Wenn sie dann widerlegt wird, relativiert man das, indem man sagt, man hätte ja etwas vorgehabt. Nun muss man auch dazu sagen, dass das ein Teil der Konsolidierungsvereinbarungen war. Jedoch haben die Fachpolitiker sowohl unter Schwarz-Gelb - es wurde immer aus dem Nähkästchen geplaudert: Herr Koch wollte das ganz gern - als auch von der Küstenkoalition eine Umsetzung verhindert, weil es nicht sach- und fachgerecht gewesen wäre. Es gehört einfach dazu, wenn man schlechte Zeiten hat und andere sich im Rahmen einer entsprechenden Vereinbarung auf dem Konsolidierungspfad bewegen, dass man fachlich entscheiden muss, was man macht. Fakt ist, dass keine einzige Polizeistelle abgebaut wurde.

(Beifall SPD und SSW)

Deshalb kann das auch nicht Ursache für das subjektive Empfinden gewesen sein, was Sie behauptet haben. Es ist völlig egal, ob so etwas geplant gewesen ist oder nicht. Es wurde keine Polizeistelle abgebaut, sondern es wurden Polizeistellen geschaffen.

Ich könnte jetzt länger ausführen, was das subjektive Sicherheitsempfinden in diesem Land gefährdet. Das sind nämlich die Scharfmacher. Das sind die Leute, die ernsthaft erzählen, alle sollten sich am besten bewaffnen, und die damit genau das Gegenteil erreichen. Ein Blick in die USA zeigt doch schlicht und ergreifend: Eine eigene Waffe erhöht die Sicherheit nicht, nein, sie gefährdet die Sicherheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, FDP und AfD)

Sie brauchen sich nur das Thema Suizidrat anzugucken. Wenn eine Waffe im Haus ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein erfolgreicher Suizid durchgeführt wird, um einen erheblichen Faktor höher. Und ja - damals wurde das noch nicht alles so durch die Medien getragen -, an meiner Schule hat sich, während ich eine Klausur geschrieben habe, ein Schüler, nachdem er den Lehrer bedroht hatte, im Unterricht mit einer nicht gesicherten Waffe seines Vaters erschossen. Der Grund war die Nichtsicherung einer legalen Waffe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie das Vorhandensein von Waffen das Sicherheitsbedürfnis vielleicht

befriedigt, aber die objektive Sicherheit verringert. Das ist das Problem. Wenn man das ernsthaft angehen möchte, dann muss man ernsthaft darüber diskutieren, statt solche Sachen zu machen, wie eine Behauptung aufzustellen, und dann, wenn man damit nicht durchkommt, zurückzugehen, Hauptsache, es wird der Eindruck erweckt, die etablierten Kräfte sind irgendwie schuld daran, dass sich die Menschen nicht mehr sicher fühlen.

Ich könnte jetzt auch viel zu dieser Zeltgeschichte sagen. Das gibt es übrigens auf dem Oktoberfest schon die ganze Zeit über. Das hat nie jemanden aufgeregt, bis irgendwelche Populisten auf die Idee kamen, das im Internet zu posten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Jörg Nobis aus der AfD-Fraktion.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Versachlichung der Debatte:

(Lachen)

- Ja, das muss sein. - Herr Burkhard Peters, das war wirklich postfaktisch. Niemand in der AfD hat wirklich eine Liberalisierung des Waffenrechts gefordert. Im Grundsatzprogramm der AfD steht einfach, dass wir uns als AfD einer Verschärfung des Waffenrechts widersetzen. Wir haben in Deutschland eins der striktesten Waffenrechte überhaupt. Betroffen sind davon Sportschützen, Jäger und andere, die legale Waffen haben. Mit legalen Waffen wird die geringste Anzahl an Verbrechen verübt. Wirkliche Verbrechen werden mit illegalen Waffen verübt. Terroristenanschläge erfolgen mit AKs, mit Kriegswaffen. Diese werden durch dieses Waffenrecht sowieso nicht erfasst. Sie werden kreuz und quer im Kofferraum durch Deutschland gefahren, kommen so über die Grenze und landen direkt in Paris. Sie konnten im Fernsehen sehen, wie die Waffenwege von Kriegswaffen sind und wie diese aus Bosnien-Herzegowina und aus Ex-Jugoslawien durch Deutschland unkontrolliert bis nach Paris gelangten. Dies ist zum Teil in Bayern aufgefallen. Dort wurden sie auch „hopsgenommen“. Das heißt, das können Sie damit nicht verhindern.

Es geht nicht, hier das Waffenrecht noch restriktiver zu machen. Wir haben ein sehr restriktives und

(Jörg Nobis)

ein sehr gutes Waffenrecht. Wir wollen daran nichts liberalisieren. Wir wollen es nicht ändern, aber wir müssen es auch nicht weiter verschärfen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms für den SSW.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Nobis, bei unseren Diskussionen über die gesetzlichen Grundlagen geht es nicht darum, ob wir in irgendeiner Art und Weise illegale Waffen kontrollieren wollen oder nicht. Es ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden, natürlich dafür Sorge zu tragen, dass wir in diesem Bereich so viel Sicherheit bekommen wie nur irgend möglich. Das ist aber nicht die Diskussion. Das ist wieder ein typisches Beispiel dafür, wie Sie das machen: Thema verfehlt, Thema nicht hingekriegt. Dann wechsle ich das Thema und sage: Alles ist doof wegen der illegalen Waffen.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Über illegale Waffen diskutieren wir heute nicht. Schauen Sie sich den Bericht an. Da steht nichts von den illegalen Waffen drin. Hier geht es darum, ob legale Waffen in irgendeiner Weise ein Problem auslösen können, wenn sie in die falschen Hände kommen, und darum, ob man dies vielleicht kontrollieren soll. Sie haben eben wunderbar gesagt, Ihre Partei möchte keine Verschärfung des Waffenrechts. Das haben Sie eben gerade gesagt.

Ich bin der Auffassung, wir müssen eine Verschärfung durchführen, und zwar gerade in den Fällen, bei denen es heißt: Du kannst im Internet ganz einfach eine Schreckschusswaffe oder etwas Ähnliches beantragen. Dann kriegst du diese ohne Kontrolle und ohne dass du weißt, wie sie funktioniert.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Dass wir dies schärfer kontrollieren, dass wir darauf achten, dass auch Menschen, die auf einmal solche Waffen haben, sich selbst gefährden, und dass wir dafür Sorge tragen, dass dies nicht geschehen kann, das ist unsere politische Aufgabe. Dafür haben wir zu sorgen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist erbärmlich, lieber Kollege Nobis, dass Sie so etwas nicht sehen und die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht schützen wollen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Nun hat das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag der Kollege Burkhard Peters vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jörg Nobis [AfD]: Haben Sie noch etwas gefunden?)

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

- Ja. - Sehr geehrter Herr Präsident! Schön, dass es solche Dinge gibt, nicht wahr? - Den Herrn Poggenburg hatten wir schon öfter. Er forderte 2016: Beendigung der „Gängelung des mündigen Bürgers“: „AfD fordert Lockerung der Waffengesetze ... Den kleinen Waffenschein abschaffen und den Waffenbesitz für ‚mündige Bürger‘ erleichtern - das fordert die frisch in den Landtag Sachsen-Anhalts eingezogene AfD. Der Landesvorsitzende André Poggenburg sorgt sich um ‚wehrlose Bürger‘.“ - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe AfD und CDU - Unruhe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Es wäre sehr freundlich, wenn man jetzt der Abstimmung folgen könnte und keine bilateralen Zwischenrufgespräche führt.

Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist beantragt worden, den Bericht mit der Drucksache 19/474 zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen und wird so gemacht.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, begrüßen wir Gäste auf der Besuchertribüne, die dort schon eine ganze Zeit sitzen und dies mitbekommen haben. Wir begrüßen Schülerinnen und Schüler der Carl-Maria-von-Weber-Schule aus Eutin und Schülerinnen und Schüler aus der Landes-

**(Vizepräsident Rasmus Andresen)**

berufsschule Bad Malente aus dem Bereich Tourismus. - Herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**Bericht über die Unterrichtssituation weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/502 (neu)

**Weiterentwicklung der Bildungsberichterstattung**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP

Drucksache 19/547

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im „Pinneberger Tageblatt“ vom 13. November 2017 wird der Ministerpräsident wie folgt zitiert:

„Insgesamt beträgt die Unterrichtsversorgung der Gymnasien im aktuellen Schuljahr 99 %, das heißt, dass die Planstellen zu fast 100 % besetzt sind.“

Doch nein, das heißt es nicht. Ich halte es aber für wichtig, in Regierung und Opposition mit den gleichen Definitionen zu arbeiten. Deshalb zur Frage der Unterrichtsversorgung: Der Grad der Unterrichtsversorgung wird errechnet, indem auf der einen Seite die Stunden addiert werden, die die Schulen laut Kontingenzstundentafel anbieten müssen und die sie für Leistungszeiten et cetera brauchen. Auf der anderen Seite wird betrachtet, wie viele Stellen den Schulen dafür zur Verfügung gestellt werden. Wenn das identisch ist, dann sprechen wir von 100 % Unterrichtsversorgung, und die hatten wir in der Vergangenheit betrüblicherweise nicht.

Es war die Bildungsministerin Waltraud Wende, die am 16. November 2012 dem Landtag hier eine ehrliche Bilanz zur Unterrichtsversorgung vorge-

legt hat. 1.250 Planstellen für Lehrkräfte und 350 Erzieherstellen im sonderpädagogischen Bereich fehlten. Seitdem haben sich die Bildungsministerinnen Waltraud Wende, Britta Ernst und Karin Prien bemüht, diese Lücke zu schließen; übrigens immer mit den Grünen als Koalitionspartner und immer mit der Finanzministerin Monika Heinold. Dies sage ich nur prophylaktisch, falls wieder jemand vom „schweren Erbe“ sprechen möchte.

Die CDU hatte im Landtagswahlkampf übrigens nicht weniger versprochen, als dem Unterrichtsausfall endlich ein Ende zu setzen und eine Unterrichtsgarantie zu geben. Eine Unterrichtsgarantie ist noch einmal etwas völlig anderes als eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung. Das ist auch so ein Fall, bei dem die Größe des Versprechens sich umgekehrt proportional zu seiner Halbwertszeit verhält.

Knapp 24.000 Unterrichtsstunden werden in Schleswig-Holstein an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in jeder Woche durch Personen abgedeckt, die kein zweites Staatsexamen haben und sich auch nicht auf dem Ausbildungsweg dorthin befinden. Und die Tendenz ist steigend, berichten uns Schulen und Bezirkspersonalräte. Dabei geht es nicht um Seiten- und Quereinsteiger, denn Seiten- und Quereinsteiger befinden sich ja auf einem Qualifizierungspfad. Es geht um Menschen, die mit viel Engagement, aber eben ohne auf einem solchen Qualifizierungspfad zu sein, unterrichten. Das sind übrigens Menschen, denen CDU, FDP und Grüne keine regelhafte Unterstützung zukommen lassen wollen. Jedenfalls haben Sie unseren entsprechenden Haushaltsantrag gestern abgelehnt.

Die Zahlen, die ich eben genannt habe, stammen aus der Beantwortung Kleiner Anfragen aus dem Bildungsministerium. Daraus habe ich übrigens auch entnommen, dass knapp 17.000 Stunden in jeder Woche von Menschen unterrichtet werden, die überhaupt kein Lehramtsstudium absolviert haben. Die anderen sind teilweise Bachelor-Absolventen oder Seniorlehrkräfte. Das entspricht über 600 Stellen und vermutlich um die 1.000 Menschen; 1.000 Menschen, deren Existenz die Ministerin am Sonntag in der NDR-Diskussion mit der GEW-Vorsitzenden Astrid Henke verleugnet hat. Leugnen macht aber nichts besser, meine Damen und Herren.

Den Bericht zur Unterrichtsversorgung gibt es seit 41 Jahren. Er wurde über die Jahre immer wieder angepasst. Einige künftige Anpassungen hat die Landesregierung im Vorwort der letzten Ausgabe selbst angekündigt. Witzig und nicht untypisch,

**(Martin Habersaat)**

dass genau diese Ankündigungen heute noch einmal von der Koalition nachträglich beantragt werden.

Zwei Anpassungen sind uns wichtig, weil der Grad der Unterrichtsversorgung in der bildungspolitischen Debatte ein wichtiges Kriterium bleiben wird. Wenn bald die Zahl der zur Verfügung gestellten Stellen 100 % des Bedarfs entspricht, müssen zwei Dinge transparent werden:

Erstens. Wie viele unbesetzte Stellen tragen rechnerisch, aber nicht tatsächlich zur Unterrichtsversorgung bei?

Zweitens. Wie viele „falsch“ besetzte, also durch Personen ohne Lehramtsausbildung besetzte Stellen tragen zur errechneten Unterrichtsversorgung bei?

Ich kann die Landesregierung nur bitten, sich mit uns um Transparenz zu bemühen. Ja, Frau Klahn, wir hätten das in der letzten Legislaturperiode auch schon besser machen können.

(Beifall CDU und FDP)

Aber in der letzten Legislaturperiode waren fehlende Stellen das Problem. Jetzt haben wir die Stellen, und nun ist das Problem die Besetzung der Stellen. Politik geht weiter.

Und, Herr Arp, Sie können uns auch vorwerfen, dass wir keinen Haushalt 2019 vorgelegt hatten. Aber das war dann halt so. Sie nehmen im Alternativantrag, den Sie heute vorlegen, einen Teil unserer Forderungen auf. Das ist gut. Aber vielleicht erklären Sie mir im Ausschuss noch, warum Sie die anderen Teile nicht auch aufnehmen. Das ginge ja, zumal ich sonst ohnehin über Kleine Anfragen immer weiter nachfragen würde. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Herr Abgeordnete Tobias Loose.

**Tobias Loose [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sie haben die Sitzung heute hier sehr gut im Griff, wie ich sagen muss.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte mich zunächst

dem Lob für Vorgängerregierungen anschließen. Ich finde schon, dass wir gerade bei dem Bericht über Unterrichtsversorgung Verbesserungen in der Transparenz erzielt haben. Das ist etwas, das sich in den vergangenen Jahren tatsächlich weiterentwickelt hat.

Ich möchte explizit auch einmal die PUSH-Daten nennen, mit denen wir über Vertretungsunterricht, also über den Unterricht, der nicht planmäßig erteilt werden kann, auch eine sehr transparente Auflistung bekommen. Danach ist es zum Beispiel so - um einmal die Tragweite des Problems deutlich zu machen -, dass im Schuljahr 2016/2017 an allgemeinbildenden Schulen 9,5 % des Unterrichtes zur Vertretung anfallen. Davon können wir tatsächlich 80 % vertreten lassen, und 20 % fallen dann wirklich aus. Außerdem gibt es noch Unterricht, der eigenverantwortlich erteilt wird. Es werden auch Gründe dafür genannt, warum überhaupt Vertretungsunterricht anfällt.

Das alles ist sehr sinnvoll, um dann am Ende die Unterrichtsversorgung weiterentwickeln zu können. Ich will an der Stelle deutlich sagen: Es ist unser Wunsch, dass man den Bericht über die Unterrichtsversorgung in diesem Sinne auch weiterführt. Da wollen wir ansetzen.

Mit Sicherheit gehört dazu auch die Qualifikation von Lehrkräften. Wir wollen ein landesweites Bildungsmonitoring entwickeln. Dabei ist auch Qualifikation ein Thema. Auf einem anderen Blatt stehen dann die differenzierte Analyse und Darstellung des Unterrichtsausfalls und schließlich auch eine Bewertung von Maßnahmen.

Herr Habersaat, ich weiß gar nicht, was Sie daran kritisieren, wenn die Landesregierung etwas tut und wir im Parlament darüber diskutieren, wozu wir dann auch einen Antrag formulieren.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ich glaube, es ist gar nicht verkehrt, dass man so etwas auch gemeinsam machen kann. Ich hoffe, das haben Sie in der Vergangenheit auch so getan.

(Zuruf CDU: Sehr richtig! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ihren Antrag habe ich mit Interesse gelesen. Ich muss sagen: Die darin enthaltene Auflistung von verschiedenen Qualifikationsprofilen empfinde ich als Klein-Klein. Vielleicht können wir bei Gelegenheit noch einmal darüber sprechen. Das aber in acht Unterkategorien abzufassen, ist doch ein wenig kleinlich.



(Tobias Loose)

Ich verstehe unsere Aufgabe hier ein bisschen anders. Wir sind am Ende keine bessere Schulverwaltung, sondern wir sollten uns um das große Ganze kümmern. Da ist eben diese Form der dezidierten Vorgabe für Berichterstattungen aus meiner Sicht nicht der richtige Weg. Aber vielleicht lasse ich mich am Ende insoweit auch noch eines Besseren belehren.

Was mich allerdings sehr erstaunt hat - Sie haben es gerade auch wieder gesagt -, das ist die Tatsache, dass Sie bei der Unterrichtsversorgung jetzt zu der Erkenntnis kommen, dass die Art und Weise, wie wir diese bemessen, im Wesentlichen auf den Planstellen fußt. Wir gucken uns im Grunde nur an: Schaffen wir mit unserem Haushalt ausreichend Lehrerstellen, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung sicherzustellen? Das ist ja nichts Neues, Herr Habersaat. Insoweit hätten auch Sie sich in der letzten Legislaturperiode engagieren können, und auch Ihnen hätte das auffallen können.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Diesen Impuls aber haben Sie damals nicht gegeben. Es geht ja nicht um die Lösung des Problems, sondern nur um die Berichterstattung zur Unterrichtsversorgung. Da ist Ihr Engagement für Transparenz aus meiner Sicht am Ende nicht so groß gewesen. Entweder Sie haben sich diesen Bericht nicht richtig angeguckt, oder Sie wollten diese Transparenz nicht und haben das deshalb während Ihrer Regierungszeit nicht angestoßen.

Wir können viel über Berichte sprechen. Am Ende ist aber entscheidend - das wollten auch wir mit unserem Antrag deutlich machen -, welche Maßnahmen wir ergreifen. Wir als Jamaika-Koalition haben insoweit bereits viel gemacht: mit zusätzlichen Lehrerstellen, dadurch, dass wir den Stellenabbaupfad verlassen, wir haben den Bildungsbonus mit einem sehr konkreten Plan nach vorne gedacht, und wir wollen eine Lehrerbedarfsanalyse erstellen. Dann lästern Sie hier über das Wort „Lehrerbedarfsanalyse“ und sagen, das sei irgendwie Scrabble. Aber der eigentliche Skandal ist doch der, dass Sie sich darum nicht gekümmert und diese Transparenz eben nicht geschaffen haben,

(Beifall CDU und FDP)

um dann zu sagen: Was müssen wir in Schleswig-Holstein eigentlich tun, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung zu erzeugen? Das ist doch der wesentliche Punkt. Ich brauche Lehrkräfte dafür. Darüber kann ich nur Aussagen treffen, wenn ich Datenmaterial zur Verfügung habe und wenn

ich am Ende Studienplätze schaffe und Ähnliches tue.

Da hilft dann am Ende auch das Lamentieren über Berichte nicht, wie Sie es mit Ihrem Antrag jetzt tun. Ich möchte Ihnen empfehlen, sich vielleicht auch einmal mit Maßnahmen auseinanderzusetzen. Denn das ist eine grundlegende Kritik an dem Antrag, den Sie hier gestellt haben. Sie kümmern sich im Grunde nur darum, wie man über Unterrichtsversorgung spricht, nicht aber darum, wie man das Problem am Ende angeht.

(Martin Habersaat [SPD]: Dazu habe ich etwas gesagt!)

Ich wünsche mir, dass wir am Ende in diesen Dialog eintreten und uns nicht nur mit Berichtswesen beschäftigen. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung, am besten sogar mehr, damit Abwesenheiten von Lehrkräften - ob durch Krankheit, Klassenfahrten oder anderes - aufgefangen werden können. Darüber sind wir uns in diesem Hause alle einig. Außerdem ist eine gute Bildung ein gutes Schutzschild gegen Populisten.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Aha! Wer fühlt sich denn jetzt angesprochen? - Zurufe SPD - Heiterkeit)

Der Bericht über die Unterrichtssituation gibt uns einen guten Überblick, wie weit wir auf diesem Weg schon gekommen sind. Er hat eine lange Tradition und wird laufend weiterentwickelt. Er wird regelmäßig seit 1977 vom Bildungsministerium erstellt. Er ist für uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Datengrundlage, um beurteilen zu können, wie sich die Situation an unseren Schulen entwickelt.

Dabei wurde die Information des Parlaments in der vergangenen Wahlperiode deutlich erweitert. Zum einen bekommt der Landtag noch vor dem Bericht die aktuellen Daten des vergangenen Schuljahres zugeleitet, aufgeschlüsselt nach mehr als 20 Kriteri-

(Ines Strehlau)

en. Zum anderen wurde auch der Bericht selbst in der letzten Wahlperiode auf Initiative der damaligen Oppositionsparteien und nicht gerade zur Begeisterung des SPD-geführten Bildungsministeriums erweitert, zum Beispiel in Bezug auf differenzierte Daten über Deutsch-als-Zweitsprache-Angebote und zum Unterrichtsausfall.

Wir wissen also, wie viele Schülerinnen und Schüler auf welche Schulen gehen. Wir wissen, wie viele Lehrkräfte dort unterrichten und wie groß die Klassen sind. Wir wissen, wie viele Lehrkräfte befristet oder unbefristet beschäftigt sind, und wir wissen, wie oft bei Abwesenheit einer Lehrkraft, zum Beispiel durch Krankheit, der Unterricht ausfällt, Vertretungsunterricht erteilt wird oder die Schülerinnen und Schüler eigenverantwortlich lernen. Und wir wissen, wie wir mit diesen Daten im Bundesvergleich stehen. Damit können wir schon ganz gut arbeiten.

Das Bildungsministerium hat im Bericht angekündigt, ihn in der Zukunft noch differenzierter und ausführlicher zu gestalten. Das ist gut und richtig. Aber das reicht SPD und SSW nicht. Sie meinen, hauptsächlich zwei Informationslücken gefunden zu haben, die unbedingt geschlossen werden müssen. Auf den ersten Punkt ist Tobias Loose schon eingegangen.

In Punkt zwei fordern Sie, detailliert aufzuschlüsseln, wer mit welcher Qualifikation an den Schulen arbeitet. Das ist kein falscher Ansatz. Denn wenn die 100-prozentige Unterrichtsversorgung nur mit vielen Lehrenden ohne zweite Staatsprüfung oder teilweise ohne eine Lehrerausbildung gesichert werden kann, muss diese Lücke geschlossen werden, um die Qualität von Schule zu verbessern.

Das passiert zum Beispiel mit Quer-, Seiten- und Direkteinsteigerinnen und -einsteigern. Sie haben studiert, aber nicht auf Lehramt und werden jetzt zu Lehrkräften ausgebildet. Das ist ein gutes Modell, wie ich finde. Es ist dabei wichtig, die Mentorinnen und Mentoren mit Stundenentlastungen zu unterstützen.

Die Anzahl der Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger sowie der Referendarinnen und Referendare ist bekannt. Alle anderen Punkte der SPD müssten extra erfasst und ausgewertet werden. Vor diesem Hintergrund müssen sich die SPD und der SSW die Frage gefallen lassen, ob der Erkenntnisgewinn den Mehraufwand an den Schulen rechtfertigt. Darüber können wir gern noch einmal im Ausschuss diskutieren.

Das Problem des Lehrkräftebedarfs ist also erkannt. Deshalb plant das Bildungsministerium die elektronische Erhebung der zukünftigen Lehrbedarfe nach Fächern und Schularten, ein wichtiges Instrument, um zu wissen, wann wir welche Lehrkräfte mit welchen Fächerkombinationen brauchen. Auf dieser Basis können dann ausreichend Studien- und Referendariatsplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch für uns Koalitionsfraktionen ist es wichtig, die Qualifikationen der Personen zu wissen, die an Schulen arbeiten. Deshalb haben wir das in unserem Antrag aufgenommen.

Allerdings springt der SPD-Antrag zu kurz. Wir wollen nicht nur eine Erfassung, wer mit welchen Qualifikationen an unseren Schulen arbeitet, wir wollen den Einstieg in ein Bildungsmonitoring. Es reicht uns nicht, nur die Daten zu haben. Wir wollen Entwicklungen nicht nur beschreiben, sondern auch Erklärungsansätze finden, warum zum Beispiel viele Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen, und wir wollen Hinweise, wie die festgestellten Probleme gelöst werden können. Dieser Weg entspricht übrigens genau der von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring. Wir brauchen also nicht nur Zahlen, sondern müssen mit ihnen klug unsere Bildungsangebote gestalten. Dafür schaffen wir mit unserem Alternativantrag eine gute Grundlage. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Das Wort hat nun für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Habersaat, beim Bingo habe ich gerade gewonnen. Sie haben alle Wörter benutzt, die Sie ständig benutzen. Sie haben uns wirklich nicht überrascht.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Meine Damen und Herren, für Eltern ist es oft nur ein Gefühl. Das Kind kommt schon wieder früh nach Hause. Die Zahl der Freistunden oder die des eigenverantwortlichen Arbeitens, also EVA, nimmt zu, und Vertretungsunterricht durch nicht ausgebildete Lehrkräfte erweckt den Eindruck, dass unsere Schulen ihrem Lehrauftrag nicht ausreichend nachkommen. Wie gut oder wie schlecht die tatsächli-

(Anita Klahn)

che Unterrichtsversorgung in den einzelnen Schularten nun ist, versuchen - wir haben es gehört - seit 41 Jahren verschiedenste Landesregierungen mit unterschiedlichsten Methoden statistisch darzustellen. Ganz ehrlich gesagt, zufriedenstellend war bis heute keine, und Lösungen haben diese schon gar nicht geliefert.

Interessant war der kleine Nebensatz von meiner Kollegin Ines Strehlau, die eben sagte, der erweiterte Katalog, den wir von der letzten Landesregierung abgefragt haben, sei von der damaligen SPD-Ministerin nicht begeistert aufgenommen worden. Das finde ich bezeichnend.

Für eine vorausschauende Personalentwicklung ist es wichtig, valide und transparente Statistiken zur Unterrichtssituation zu bekommen. Wir müssen wissen, wo Problemfelder sind, damit wir sie beseitigen können. Die SPD beweist mit ihrem Antrag, dass sie diesen Gestaltungswillen nicht hat; denn allein mit dem kleinteiligen, pepitamäßigen Ausweiten von Personengruppen erreichen Sie keine Qualitätsverbesserung.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich habe den Eindruck, Sie wollen den Bürgern suggerieren, dass Sie die einzig Wahren sind, die in der Lage sind, die bildungspolitischen Wunden aufzuzeigen. Sie vergessen dabei völlig, dass Sie diese Wunden selber gerissen haben. Sie haben es doch in der letzten Legislaturperiode überhaupt erst ermöglicht, dass Lehrkräfte mit der ersten Staatsprüfung, die nicht im Vorbereitungsdienst sind, im Unterricht eingesetzt werden können. Auf die damit verbundenen Probleme haben wir deutlich hingewiesen. Sie haben sie ignoriert.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Meine Damen und Herren, ja, ich verzichte nicht darauf, es zu sagen: Wir haben ein schweres Erbe von Ihnen angetreten.

(Zurufe SPD)

Der Unterschied zwischen dieser und der letzten Regierung liegt darin, dass wir die Augen vor den Problemen nicht zumachen. Wir schauen ihnen ins Gesicht, und wir wollen Abhilfe schaffen.

(Beifall FDP, CDU und Zurufe SPD)

Wir wollen eine verlässliche Datenbasis mit einer wirklichen Transparenz. Wir wollen wissen - dahin zielen der Begriff Bildungsmonitoring und der Auftrag ans Ministerium -, was gute, moderne Schulen in Zukunft brauchen. Das Schöne von Zahlen muss endlich ein Ende haben. Das ist zum Wohle

der Bildung in unserem Land, zum Wohle unserer Kinder und deren Zukunft. Mut und Ehrlichkeit hätte ich mir auch von der letzten Landesregierung gewünscht, Herr Habersaat.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir bitten daher die Landesregierung mit unserem Antrag, ein Konzept für ein umfassendes Bildungsmonitoring zu erarbeiten, das die verschiedensten Erhebungen, Statistiken und Berichte zu Bildungsstandards und zur Qualitätssicherung miteinander verknüpft. Dabei sehen wir den bisherigen Bericht der Unterrichtsversorgung auch als einen Teil des Bildungsmonitorings, und natürlich werden wir den Bericht erweitern müssen.

Herr Habersaat, Sie hatten nachgefragt, warum wir Ihren Antrag nicht übernehmen. Wir haben das im Prinzip in unserem dritten Punkt in unserem Antrag alles drin. Wenn Sie das nur verstehen, wenn Sie die Details so aufgelistet haben, gut, dann können wir uns gern im Ausschuss darüber noch einmal unterhalten.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir wollen natürlich Informationen über die Qualifizierung aller Personengruppen haben, die zur Sicherung der Unterrichtsversorgung eingesetzt werden. Das PUSH-System ist eine Basis, aber sie ist noch nicht optimal.

Eines zum Schluss: Es wird immer einen Bedarf für Lehrkräfte geben, die Vertretungsunterricht erteilen, solange wir den Unterricht mit Menschen gestalten, und ich denke, dass wir das nicht verändern wollen. Aber wir möchten dafür Sorge tragen, dass die Zahl der Vertretungsstunden deutlich reduziert wird, und wir möchten dafür Sorge tragen, dass die Vertretungsstunden dann qualitativ gut sind. In diesem Sinne ist auch die Befragung des Bildungsministeriums zur Gesundheit und Arbeitsbelastung der Lehrkräfte zu verstehen; denn sie wird dafür sorgen, dass wir in unserem Anspruch, eine Verbesserung der Qualität in den Schulen hinzubekommen, erfolgreich werden.

Meine Damen und Herren, gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie Probleme und Pannen, die unweigerlich auftreten, zu managen weiß. Helfen kann uns in diesem Punkt durchaus die Digitalisierung, aber nicht nur im Erheben von Daten und deren Auswertung, sondern auch mit Unterstützung, wenn es um Material geht, das man zum Beispiel im Unterricht im Notfall einmal einsetzen kann. Vor allem das Teilen von Erfahrungen, das Vernetzen von Wissen werden uns künftig dabei

(Anita Klahn)

helfen. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss, und vielleicht schaffen wir es ja, die SPD zu überzeugen, dass unser Antrag doch recht gut ist. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Frank Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Gäste und Schüler! Als erstes möchte ich mich einmal bei der Bildungsministerin für den vorliegenden Bericht zur Unterrichtssituation bedanken. Zweifelsohne ist er Grundlage für jede sachorientierte Auseinandersetzung und für die zu entwickelnden Lösungsansätze. Es ist eben angeklungen, seit über 40 Jahren gibt es diesen Bericht. Einige meiner Kinder sind auf der Carl-Maria-von-Weber-Schule. - Ja, ich gehöre auch zu den Eltern, die sich dann, wenn die Kinder nach der vierten Stunde schon wieder da sind, fragen: Was ist denn los? - Weiß ich auch nicht. Aber ich liebe diese Schule. Gar keine Frage.

Der Bericht gibt den Grad der Unterrichtsversorgung wieder und offenbart dabei den Handlungsbedarf besonders in den Bereichen berufliche Bildung, Sonderpädagogik und Grundschule. Angesichts der gestiegenen Zahl von Vertretungsstunden stellt sich außerdem die Frage nach der Qualität der Vertretungsstunden. Es ist allerdings schon scheinheilig oder wirft zumindest Fragen auf, wenn sich jetzt gerade die SPD für eine Weiterentwicklung des Berichts einsetzt. Ja, das ist angeklungen. Sie hätten dafür Zeit genug gehabt, und es gab durchaus richtig gute Ansätze. Aber jetzt kommt es mir so vor, als ob Sie Tipps geben, wie man die Scherben wieder wegfegen kann.

Wie notwendig die Debatte auch im Hinblick auf die Zukunft ist, zeigt eine Pressemeldung der Europa-Uni Flensburg vom 8. Dezember 2017. Sie weist auf den gravierenden Mangel an pädagogisch voll ausgebildeten Lehrern an Berufsschulen hin. So übersteigt die Zahl der offenen Stellen an den Berufsschulen die Zahl der Studienabschlüsse bei Weitem. Konsequenz schon heute: In Schleswig-Holstein besteht an den berufsbildenden Schulen nur 91 % Unterrichtsversorgung. Das ist ein Unding.

Zu den allgemeinbildenden Schulen: Hier ist die Personalsituation etwas besser, aber natürlich ist die Situation auch hier angespannt. An Förderzentren und Grundschulen - so GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke - fehlen aber auch schon wieder mehr Lehrer, um alle offenen Stellen zu besetzen. Die Umsetzung der Forderung der Grundschullehrer auf dem Forum Grundschulbildung Ende Januar, in I-Klassen durchgehend eine Doppelbesetzung einzuführen, ist in weiter, weiter Ferne. Nachfragen bei Schulleitern, ob es eventuell irgendwie realisiert werden könnte, stießen erwartungsgemäß vielfach auf reine Resignation.

Im Gegenteil: Doppelbesetzungen in den Klassen werden häufig aufgehoben, sobald in einer anderen Klasse Lehrer fehlen, und das, obwohl die Zahl der Unterrichtsstunden je Schüler in Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien teilweise erheblich unter den durchschnittlichen Werten anderer Länder liegt. Beispiel Grundschule: Die Schüler in Schleswig-Holstein erhalten in den ersten vier Klassen mit die wenigsten Unterrichtsstunden in der Summe, und zwar 92. Zum Vergleich: Hamburg 108 Stunden, Bayern 104 Stunden. Das gehört auch zur Sache, weil es nämlich zeigt, dass wir bereits jetzt erhebliche Probleme haben, obwohl nach oben noch immer Luft wäre.

In dem Zusammenhang möchte ich auch nicht vergessen zu erwähnen, dass es gut ist, dass die Regierung es angepackt hat, dass künftig in den Grundschulen mehr Unterrichtsstunden geleistet werden, indem diese Zahl erhöht wurde.

Was ist also zu verbessern? - Meine Damen und Herren, um die Weichen für einen umfassenderen und transparenteren Bericht zur Unterrichtssituation zu stellen, fordert die AfD-Fraktion die Landesregierung auf, im nächsten Bericht auch deutlich zu machen, in welchem Umfang die Stundenanzahl von vornherein reduziert wird, weil sich für eine unbesetzte Stelle kein Fachlehrer findet. Diese nicht gegebenen Stunden müssen sichtbar werden.

Zusätzlich sollte der Bericht zur Unterrichtssituation ein Kapitel zur Ausbildung und den erworbenen Qualifikationen der unterrichtenden Lehrer, die zur Unterrichtsversorgung insgesamt eingesetzt werden, enthalten. Insofern, Herr Habersaat, stimme ich mit Ihnen überein. Aber - das muss jetzt noch kommen - vor allen Dingen sollte der Bericht zur Unterrichtsversorgung zu einer Gesamtstrategie führen.

Der Alternativantrag aus Jamaika, der den Bericht perspektivisch zu einem Bildungsmonitoring wei-



**(Dr. Frank Brodehl)**

terentwickeln möchte, geht genau in diese Richtung. Deswegen freue ich mich auch in diesem Bereich auf die Beratungen im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Bericht über die Unterrichtssituation kategorisch weiterzuentwickeln, finden wir sehr sinnvoll. Uns geht es nicht nur um die Situation der Quer- und Seiteneinsteiger. Wir haben zudem steigende Schülerzahlen, mehr Unterrichtsstunden in der Grundschule, den Ausbau von Ganztagschulen. Schließlich steht auch noch die Umstellung von G 8 auf G 9 bevor. Und all das bei ständigen Klagen der Lehrkräfte über Termin- und Leistungsdruck und kräftezehrenden zusätzliche Aufgaben.

Das bestätigt ja auch zumindest der Ersteindruck der Selbsteinschätzungsumfrage unserer Lehrkräfte, die das Bildungsministerium im November letzten Jahres gestartet hat. Man kann sicherlich noch überlegen, woran es liegt, dass nur 9.100 von 30.400 Lehrkräften antworten. Aber mit Sicherheit festhalten lässt sich ja schon einmal Folgendes: Zwei Drittel der Lehrkräfte stehen unter Termin- und Leistungsdruck. Mehr als die Hälfte empfinden die zusätzlich anfallenden Aufgaben als belastend. 93 % empfinden den Lärm, dem sie ausgesetzt sind, als besonders anstrengend. Fast 80 % der Lehrkräfte gehen krank zur Arbeit.

Das Bildungsministerium macht daraus die Presseinformation: „Lehrer sind zufrieden“. - Das ist schon etwas wagemutig. Der Lehrkräftemangel springt uns förmlich an, und wir brauchen Möglichkeiten, diese Situation aufzufangen. Die derzeitige Landesregierung setzt bekanntlich zuversichtlich auf den Quereinstieg.

Für den Quereinstieg in die Berufs- oder Förderschule brauchen die Bewerberinnen und Bewerber den Master- oder Magister-Abschluss oder ein Diplom in einem dringend benötigten Fach. Für die berufsbildenden Schulen ist zusätzlich eine mindestens einjährige förderliche berufspraktische Tätigkeit vonnöten.

Für den sogenannten Seiteneinstieg in alle Schularten hingegen wird neben dem Magister-, Master- oder Diplom-Abschluss eine mehrjährige praktische Berufserfahrung vorausgesetzt. Dabei kann auch eine unbefristete Weiterbeschäftigung oder ein Beamtenverhältnis angestrebt werden. Den Direkteinstieg lasse ich einmal außen vor.

In den Fächern, in denen wir einen besonders großen Mangel haben, gibt es also bei uns in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, sich nach einem abgeschlossenen Studium und Berufserfahrung durch Fortbildungskurse in Pädagogik und Didaktik für die Arbeit an Schulen zu qualifizieren. Somit haben wir es nicht mit komplett fachfremden Menschen zu tun, sondern ja auch durchaus mit fachlich bereits im Vorfeld Geeigneten.

Uns interessiert, wie viele der Quereinsteiger und Seiteneinsteigerinnen schon eine pädagogische Vorbildung im Sinne einer Erzieherausbildung oder eines pädagogischen Anteils im Studium haben. Deshalb haben wir auch gefordert, dass mit der Erweiterung des Berichts zur Unterrichtssituation explizit auf die Menschen eingegangen wird, ohne die wir zurzeit nicht auskommen.

Unsere Lehrkräfte sind auf unterschiedliche Weisen sehr stark gefordert. Wir sollten sie dementsprechend unterstützen.

Abschließend erlaube ich mir noch einen anderen Hinweis: Sie kommen nicht darum herum, die Attraktivität des Berufsbildes insgesamt zu steigern. Das geht zwar auch mit den sogenannten weichen Faktoren, das reicht aber nicht aus. Wir verlieren den Wettbewerb mit den anderen Ländern, wenn wir unseren Grundschullehrkräften nicht endlich das zahlen, was sie verdienen.

(Beifall SSW und SPD)

Nicht umsonst haben wir dazu gestern auch einen gegenfinanzierten Haushaltsantrag formuliert, der von Jamaika abgelehnt wurde. Während sich da alle anderen Parteien lange sehr zurückhaltend gezeigt haben, fordern wir schon seit einem Jahr sehr laut A 13 für Grundschullehrkräfte.

Ich möchte aber noch auf Tobias Loose und Anita Klahn eingehen. Tobias Loose hat gesagt, die Landesregierung sei keine Schulverwaltung. - Sie ist die oberste Schulverwaltung.

Ich muss sagen, das Land - da nehme ich auch keine Regierung aus - hat die Verantwortung für den Unterricht, der jeden Tag in der Schule geleistet wird. Ich denke, es ist wichtig, dass wir wissen, welche Menschen sich in unsere Schulen begeben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Loose?

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Ja.

**Tobias Loose [CDU]:** Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich hatte gesagt, dass der Landtag keine Schulverwaltung sei und habe darauf hingewiesen, dass ich die Schulverwaltung der Landesverwaltung überlasse. Teilen Sie diese Auffassung?

- Können Sie bitte die Frage noch einmal wiederholen?

- Ich habe gesagt, dass der Landtag, also wir hier als Parlament, nicht die Schulverwaltung ist, sondern dass die Landesverwaltung die Schulverwaltung ist.

- Die Landesregierung ist die Landesverwaltung. Wir sind aber die Auftraggeber, damit sie weiß, was sie zu tun hat. Von daher finde ich schon, dass unser Antrag - -

(Heiterkeit CDU - Beifall SPD und SSW)

- Ja, so ist das.

(Zuruf SPD: Politische Bildung!)

- Genau. Politische Bildung und Gewaltenteilung. So ist das.

(Zurufe Lukas Kilian [CDU] und Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Kilian, Herr Dr. Dolgner, ich habe das Wort.

(Heiterkeit)

Das Land hat die Verantwortung für den Unterricht. Lassen Sie uns doch gemeinsam prüfen, wer sich in unseren Schulen aufhält.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das mit dem Land haben wir geklärt, und die Uhr ist schon wesentlich weitergelaufen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Wenn die mich immer abhalten!)

Ja, Sie haben ja völlig recht.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich muss der Frau Abgeordneten an dieser Stelle einmal recht geben.

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um das Thema Gewaltenteilung dreht sich auch ein zweiter Aspekt von Herrn Loose. Natürlich ist es aus unserer Sicht nicht falsch, dass wir hier im Landtag Themen diskutieren, die die Regierung umsetzt.

Was ich kritisiere, strukturell und wiederholt, ist, dass die Landesregierung erst tätig wird und sie dann die Debatte hier in den Landtag holt. Das frappierendste Beispiel war, dass Sie hier im Landtag die Einrichtung eines neuen Studiengangs an der Fachhochschule Kiel beantragen, obwohl bereits seit Monaten die Ausschreibungen für eben diesen Studiengang laufen. Das kritisiere ich, und das ist auch bei diesem Bericht zur Unterrichtsversorgung der Fall gewesen.

(Beifall SPD und SSW)

Frau Klahn, extra für Sie und gegen Ihre Bingo-Liste: Ihr Antrag ist gut.

(Anita Klahn [FDP]: Oh! - Beifall CDU und FDP)

Aber, wenig auf der Welt ist so gut, dass es nicht noch besser ginge.

(Beifall SPD und SSW)

In Ihrem Antrag fehlt momentan der Gedanke, dass rechnerisch unbesetzte Stellen auch zur Deckung des Unterrichtsbedarfes beitragen. Wir wünschen uns, dass man einmal im Jahr einen Stichtag wählt, zum Beispiel am 1. Oktober sagt, wie viele unbesetzte Stellen zur Unterrichtsversorgung beitragen.

Wenn das in den Bericht aufgenommen würde, wäre ich glücklich.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, Sie gestatten offensichtlich die Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Loose.

**Tobias Loose [CDU]:** Ich habe eine Frage zu einer Sache, die ich immer noch nicht verstanden habe. Sie sagten, dass Sie es erläutert hätten, mir ist aber entfallen, warum Sie dies in den letzten fünf Jahren nicht so verändern konnten. Warum haben Sie das nicht getan?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Warum waren wir nicht transparent? - Meine Antwort darauf ist: Wir waren transparent, das Problem war aber ein anderes. 2012 hat sich Bildungsministerin Waltraud Wende hier hingestellt und vorgezeichnet, dass den Schulen in Schleswig-Holstein zu wenige Stellen zur Verfügung gestellt werden, um den Unterricht, den sie geben sollen, überhaupt zu absolvieren. Da fehlten 1.250 Stellen, das war das Problem.

Seitdem haben nunmehr drei Bildungsministerinnen daran gearbeitet, diese Stellen zur Verfügung zu stellen. Jetzt nähern wir uns den 100 % rechnerischer Unterrichtsversorgung. Jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem wir uns angucken müssen, wie diese Stellen tatsächlich konkret besetzt werden.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Gestatten Sie mir, dass ich - auch wenn nunmehr in der Opposition - weiter in diesem Landtag sitze und es nicht ausschließlich der AfD überlassen möchte, hier politische Initiativen zu ergreifen.

(Beifall SPD, AfD und SSW)

Zweiter Punkt: Es gab die Frage, warum es so viele Unterkategorien geben müsse. - Das finde ich wichtig, weil es unterschiedliche Problemlagen sind. Wenn Sie Referendar sind, sind Sie kein richtiger, fertiger Lehrer, unterrichten aber bedarfsdeckend zehn Stunden in der Woche. Dafür werden Sie aber in beiden Fächern jeweils zwei Stunden von einem Mentor betreut. Das ist regelhaft und okay. Ähnlich ist es bei Quer- und Seiteneinsteigern.

Nun haben wir es aber teilweise mit Bachelor-Absolventen zu tun, die überhaupt nicht betreut unterrichten und auf ihr Referendariat warten. Die wollen wir auch gern regelhaft betreut haben. Da schleifen sich teilweise falsche Verfahren ein. Deswegen müssen wir wissen: Wie viele gibt es denn? - Vor der Lösung des Problems kommt, zumindest bei mir, die Beschreibung des Problems.

Zur Problemlösung haben wir gestern zwei konkrete Anträge gehabt. Der erste war: Jede Hilfslehrkraft wird eine Stunde in der Woche betreut. Bei Seniorlehrkräften ist das etwas anderes, die haben 40 Jahre unterrichtet, und ich muss sie nicht mehr betreuen, deswegen möchte ich die da rausgerechnet haben. Der zweite Antrag war: Wir bezahlen Grundschullehrkräfte anständig mit A 13, dann bewerben sich auch mehr angehende Lehrerinnen und Lehrer.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung oder Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Klahn?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Immer.

**Anita Klahn [FDP]:** Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Kollege Habersaat. Es freut mich, dass Sie unseren Antrag grundsätzlich positiv bewerten. Meine Frage ist trotzdem: Haben Sie so wenig Vertrauen in das Ministerium, wenn wir ihm mit unserem Antrag zum Beispiel den Auftrag erteilen, „Ergebnisse zum Unterrichtsausfall, die auf einer differenzierten Darstellung des Unterrichtsausfalls basieren“, zu berichten? Sie haben diese detaillierten Punkte in epischer Breite dargestellt.

Ist es Ihnen so wichtig, dass dies im Antrag so detailliert aufgenommen wird, oder haben Sie das Vertrauen, dass das Ministerium es mit guten Fachkräften hinbekommt?

- Mein Vertrauen in das Ministerium und in die dort versammelte Fachkompetenz ist riesig. Aber schon an Ihrer Frage bemerke ich, dass es leicht Missverständnisse geben könnte. Deswegen neige ich dazu, Dinge lieber aufzuschreiben. Mit Unterrichtsausfall hat das, was wir hier beantragt haben, nämlich zunächst einmal gar nichts zu tun. Es geht hier um Stellen,

(Anita Klahn [FDP]: Ja! Alles verstanden!)

die rechnerisch der Unterrichtsversorgung dienen, aber teilweise nicht und teilweise falsch besetzt sind.

(Anita Klahn [FDP]: Ja! Alles verstanden, das brauchen Sie nicht noch einmal wiederholen!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Jetzt im Moment redet gerade der Abgeordnete Habersaat.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Sie haben nicht das Wort, Frau Abgeordnete!

**Martin Habersaat [SPD]:**

Wenn Sie noch einmal fragen, erkläre ich es Ihnen noch einmal.

(Anita Klahn [FDP]: Bitte nicht!)

**(Martin Habersaat)**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat Frau Ministerin Karin Prien.

(Zurufe)

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Gut ist doch schon einmal, dass wir uns darüber einig sind, dass die Zukunftschancen unserer Kinder ganz maßgeblich dadurch geprägt sind, dass sie regelhaften Unterricht erhalten. Gut ist auch, dass wir uns darüber einig sind, dass die Qualität von Unterricht nur dann gesichert werden kann, wenn wir eine kontinuierliche Bestandsaufnahme der Unterrichtsabsicherung machen - und zwar sowohl qualitativ als auch quantitativ.

(Beifall CDU, FDP, AfD und Martin Habersaat [SPD])

Gut ist auch, dass wir uns darüber einig sind, dass die Unterrichtsversorgung mindestens 100 % betragen muss, sowohl die bisherige als auch die jetzige Landesregierung hart daran arbeiten und dass wir mit dem gestern verabschiedeten Haushalt einen wichtigen Beitrag dazu geleistet haben, um dem näher zu kommen.

Aber, Herr Habersaat, wenn Sie jetzt versuchen, die bundesweit anerkannte Definition von Unterrichtsversorgung zu ändern, damit Sie etwas zu meckern haben, hätte meine Großmutter dazu gesagt: Chuzpe! Damit bringen Sie, gerade einmal sieben Monate nach dem Regierungswechsel, zum Ausdruck, dass Ihre bisherige Darstellung der Unterrichtsversorgung nicht transparent war. Wenn Sie jetzt sagen: „Ja, wir hatten ja ganz andere Probleme, als diese Regierung sie jetzt hat“, sage ich Ihnen: Nein, Sie hatten die gleichen Probleme.

Sie hatten noch zusätzliche Probleme: Sie hatten weder 100 % Unterrichtsversorgung, noch haben Sie sich offensichtlich ernsthaft über die Besetzung der offenen Stellen Gedanken gemacht. Dass Sie sich jetzt an dieser Stelle hinstellen und so tun, als sei der Einsatz von Seniorexperten, von Absolventen unserer Lehramtsstudiengänge oder von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst geradezu Teufelszeug, obwohl Sie selber die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen haben, ist politisch wirk-

lich unredlich. Ich finde, das können Sie nicht machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Martin Habersaat [SPD]: Das habe ich ausdrücklich differenziert! - Weitere Zurufe)

Wissen Sie, wie man das nennt, Herr Habersaat? Das nennt man Heldentum nach Ladenschluss.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Nein, ich würde jetzt gern fortfahren. Herr Habersaat hat ja bereits zweimal gesprochen.

(Zurufe und Unruhe SPD)

Mehrere Vorredner haben dies heute schon gesagt, und es ist uns doch allen bewusst: 100 % Unterrichtsversorgung kann doch überhaupt erst ein Anfang sein. Darüber sind auch wir uns im Klaren. Ja, wir würden gern weitere Lehrkräfte einstellen, wenn wir sie hätten. Es sind aber eben auch in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren viel zu wenige Lehrkräfte ausgebildet worden. Das wissen Sie doch, Herr Habersaat. Insofern finde ich, ein bisschen Demut würde an dieser Stelle nicht schaden.

(Beifall Tobias Loose [CDU] - Zuruf SPD: Auch für Sie!)

Im Übrigen ist Ihr Antrag nicht nur durchsichtig, das habe ich hinreichend erläutert. Ihr Antrag ist leider auch unterkomplex. Es geht nämlich nicht nur darum, Ihnen eine für Ihre politische Arbeit genehme Definition von Unterrichtsversorgung zu ermöglichen. Es geht darum, ein Bildungsmonitoring aufzubauen. Frau Strehlau hat uns dies hier sehr plastisch vor Augen geführt. Es geht darum, ein Bildungsmonitoring zu haben, das es ermöglicht, die Dinge in Schleswig-Holstein tatsächlich zum Besseren zu entwickeln. Das wollen wir jetzt tun.

Ich will Ihnen sagen, warum das in Schleswig-Holstein so schwierig ist. Auch dafür sind Sie verantwortlich. Wir haben in Schleswig-Holstein gar nicht das notwendige Datenmaterial zur Verfügung. Ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele nennen. Die Lehrpersonaldatenbank PERLE stammt aus den



**(Ministerin Karin Prien)**

80er-Jahren und ist überhaupt nicht dazu geeignet, diese statistischen Daten auszuwerten. Auch das Online-Bewerbungsverfahren pbOn hat keine statistische Auswertungsfunktion. Das wissen Sie, Herr Habersaat. Die Schulen im Land verfügen bis heute über keine einheitliche Schulverwaltungssoftware. Die haben nicht einmal dienstliche Mail-Adressen, Frau Waldinger-Thiering. Deshalb lautet die Antwort auf die Frage, warum nur 9.100 Rückläufe eingegangen sind: weil wir allen Lehrkräften einen Brief schreiben mussten.

(Beate Raudies [SPD]: Was?)

Die mussten den Zugang zur Online-Umfrage händisch eingeben. Da sind 9.100 von 30.000 eine ganze Menge, die das auf sich genommen haben. Wir haben insoweit einen riesigen Aufwand, um statistisches Datenmaterial in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Wir werden das jetzt alles aufarbeiten. All diese Dinge werden jetzt angeschoben. Das macht es eben wirklich schwierig.

(Beate Raudies [SPD]: Das haben wir schon gemacht!)

- Ja, wo ist sie denn? Sie ist noch nicht da. Das wird jetzt auf den Weg gebracht.

(Beate Raudies [SPD]: Ja!)

Ein Instrument zur Lehrbedarfsanalyse gibt es in Schleswig-Holstein eben noch nicht. Ich freue mich aber, Ihnen heute sagen zu können, dass wir das Ausschreibungsverfahren dazu erfolgreich durchgeführt haben und mehrere qualifizierte Angebote vorliegen. In Kürze werden wir den Auftrag erteilen können.

(Beifall CDU, FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich zu unseren Überlegungen zu einem umfassenden Bildungsmonitoring kurz noch drei Aspekte erwähnen. Im Ausschuss werden wir es im Übrigen umfassend beraten können.

Wir wollen zukünftig in jeder Legislaturperiode einen umfassenden Bildungsbericht geben. Er soll allen bildungspolitisch Interessierten im fünfjährigen Rhythmus, auch in Anlehnung an den indikatorengestützten Bundesbildungsbericht, einen guten Ein- und Überblick über die Entwicklung der Schullandschaft bieten.

Wir wollen aber zusätzlich und genauer hinschauen. Dafür wollen wir regelmäßige Berichte zu ausgewählten, für unser Bildungssystem zentralen Aspekten vorlegen. Uns schwebt vor, etwa zum

Thema Inklusion und zum Thema berufliche Bildung erstmals Berichte abzugeben.

Drittens soll die Schulstatistik mit allen relevanten Daten jährlich fortgeschrieben werden, und zwar auf einem Standard, wie andere Bundesländer das längst tun. Wir müssen darüber diskutieren - gern auch im Ausschuss -, welche Kerndaten für die Beschreibung unseres Bildungssystems notwendig sind und wo und in welchem Umfang wir sie für alle Interessierten bereitstellen wollen.

In diesem Kontext steht dann auch der Bericht der Unterrichtsversorgung, aber er ist eben nur ein kleiner Aspekt des Ganzen. Unser Ziel ist, mit diesem dreistufigen Bildungsmonitoring eine gute Grundlage für mehr Transparenz für unser politisches Handeln zu schaffen.

Der Bericht zur Unterrichtsversorgung hat seine Berechtigung. Er ist wichtig, aber er ist eben nur ein Teil des Ganzen. Ich freue mich darauf, die Weiterentwicklung mit Ihnen im Ausschuss zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Beate Raudies.

**Beate Raudies [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Ihre Aussagen zur Schulverwaltungssoftware möchte ich nicht so im Raum stehen lassen, weil sie einfach nicht richtig sind. Bereits im Jahr 2016 hat Dataport den ersten Bericht zur Einführung einer landeseinheitlichen Schulverwaltungssoftware vorgelegt. Soweit ich mich erinnere, war das deutlich vor der Landtagswahl, also deutlich vor Regierungsantritt der Jamaika-Koalition.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das heißt, auch die vorige Regierungskoalition hat dieses Thema als eines erkannt und auf den Weg gebracht. Wir haben das auch sehr ausführlich mit denen besprochen, die dafür in diesem Land zuständig sind, das sind nämlich die kommunalen Schulträger. Wenn Sie mit denen ins Gespräch gehen, werden Sie feststellen, dass eines der Themen, das da immer erörtert wird, das Thema Konnexität ist. Wir werden mit den Kommunen wieder darüber reden müssen, wie wir das hinbekommen. Ich bin

(Beate Raudies)

komplett bei Ihnen, dass es dringend erforderlich ist. Es hat sich im Zuge dieser ganzen Debatten im Bildungsausschuss in den letzten drei Jahren gezeigt, wo wir über Unterrichtsausfall, über Statistiken geredet haben, dass es ein Manko ist, dass wir nichts abfragen können, dass wir da also ran müssen.

Aber jetzt sollten Sie keine Dinge für sich reklamieren, die Sie nicht auf den Weg gebracht haben. Dass Sie jetzt mit einer Ausschreibung loslegen können, liegt wohl an der guten Vorarbeit der anderen Regierung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/502 (neu), sowie den Alternativantrag, Drucksache 19/547, dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Europäisches Jahr 2018**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/505

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Mit dem Antrag, Drucksache 19/505, wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig im Haus der Fall. Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Karin Prien, das Wort.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Immer mit der Ruhe, Herr Abgeordneter. Es hat die Ministerin überrascht, dass sie jetzt schon wieder an der Reihe ist. Ich glaube, wir haben Verständnis dafür, dass sie jetzt erst einmal schauen muss, wo der Bericht ist.

(Vereinzelter Beifall)

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Sie verzeihen mir bitte die kurze Verzögerung. Der Innenminister hatte mich in einen Plausch verwickelt.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Umso mehr freue ich mich, jetzt die Gelegenheit zu haben, zu dem wichtigen Projekt des Europäischen Kulturerbejahrs sprechen zu können. Sie alle wissen: Mit dem Europäischen Jahr des kulturellen Erbes, wie der richtige Titel lautet, fordert uns die Europäische Kommission auf, dazu beizutragen, Europa nicht als etwas Fernes, Abgehobenes darzustellen, sondern klarzumachen, dass uns unser kulturelles Erbe von unserer gemeinsamen Geschichte erzählt - auch ganz lokal, im Kleinen und bei uns Zuhause.

Das ist insbesondere jetzt wichtig, wo das friedliche, vereinte Europa von innen und von außen vor großen Herausforderungen steht und der gefunden geglaubte Konsens darüber, wie wir zusammenleben wollen, in besorgniserregender Weise infrage gestellt wird.

Ich will in diesem Zusammenhang deutlich sagen, dass aus unserer Sicht das Thema Demokratieverziehung wichtiger denn je ist, nicht nur in der Schule. Unsere demokratischen Grundwerte - Freiheit, Toleranz und Verantwortung - dürfen in einem modernen Europa nicht verhandelbar sein.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und doch müssen sie im Alltag im Kleinen und im Großen immer wieder eingeübt und manchmal verteidigt werden. Wir wollen in diesem Jahr gemeinsam einen Blick auf unser kulturelles Erbe werfen und die gemeinsame europäische Geschichte erzählen; denn dieses gemeinsame Erbe ist es, was uns verbindet und was uns immer wieder neu zusammenbringt. Dafür haben wir aus Schleswig-Holstein von Beginn an die Idee unterstützt, das Jahr des kulturellen Erbes auszurufen. Unter dem Motto „Sharing Heritage - Kulturelles Erbe teilen“, finden in ganz Europa Veranstaltungen und Projekte statt. Das Wort „Sharing“ ist hier durchaus doppeldeutig zu verstehen. Es geht neben dem realen Teilen der Geschichte vor Ort, der Erfahrungen Europas zum Beispiel auch durch Kulturrouten, die Teil des noch vorzulegenden Europaberichts werden, auch um das virtuelle Teilen. Das Internet als verbindendes Element, das von Süden in den Norden, vom Osten in den Westen den Austausch ermöglicht, spielt im Konzept des europäischen Kulturerbejahres eine zentrale Rolle.

In Deutschland koordiniert die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz die Durchführung dieses Themenjahres in Abstimmung mit Bund, Ländern und Kommunen. Bundes-

**(Ministerin Karin Prien)**

präsident Frank-Walter Steinmeier hat die Schirmherrschaft für Sharing Heritage übernommen, außerdem gibt es eine Reihe von Botschaftern des ECHY, zum Beispiel den Schauspieler Daniel Brühl. Zur Vorbereitung und Begleitung ist ein nationaler Programmbeirat ins Leben gerufen worden. Die Mitwirkung am Kulturerbejahr ist für alle öffentlichen und privaten Träger, Bewahrer und Vermittler des kulturellen Erbes möglich.

Für die Förderung bundesweit bedeutsamer Projekte im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres stellt die Kulturstatsministerin insgesamt 7,2 Millionen € bereit. Im Rahmen der Ausschreibung mit Frist zum 31. Mai 2018 ist geplant, weitere Projekte zu fördern. Schleswig-Holstein hat bereits im vergangenen Jahr mit einem Projekt hierfür zusätzlich 25.000 € zur Verfügung gestellt. Wie Sie wissen, haben wir im gestrigen Haushalt für dieses Jahr 100.000 € für Projekte im Rahmen des Europäischen Kulturerbes eingeplant.

Ziel Schleswig-Holsteins ist es dabei, vor allem die kleineren, die lokalen Projekte, zu fördern, die über die Bundes- oder EU-Förderung nicht zum Zuge kommen. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf dem deutsch-dänischen Grenzgebiet. Im Rahmen der deutsch-dänischen Kulturkooperation finden derzeit Gespräche zu gemeinsamen Konzepten mit der Partnerregion Süd-Dänemark statt. Bislang werden drei schleswig-holsteinische Projekte vom Bund gefördert, einmal das Europäische Hansemuseum in Lübeck, beantragt von der Stadt Lübeck, dann das Projekt „Archäologie und Stadtplanung in Lübeck - Das urbane Erfolgsmodell des Ostseeraums verstehen, vermitteln und erleben“, ebenfalls beantragt von Lübeck, und dann das Love Tree Ensemble vom künstlerischen Leiter des folkBALTI-CA-Festivals Harald Haugaard.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Projekte, von denen vier im letzten Jahr vom Land mitfinanziert wurden: ein Filmworkshop der Jugendbauhütte Lübeck, dann ein Projekt des schleswig-holsteinischen Heimatbundes „Es war einmal ... - ein Tag voller Märchen“, dann „Emil & die Detektive - Transmedia-Storytelling am Beispiel eines Kieler Straßenzugs“, beantragt von der Heinrich-Böll-Stiftung, und einiges mehr.

Mit dem Beschluss zum Haushalt, der gestern ergangen ist, freuen wir uns jetzt auf weitere Projektanträge zum Europäischen Kulturerbejahr. Es geht darum, für ein freies, für ein tolerantes Europa gemeinsam zu werben und unser kulturelles Erbe zu pflegen. Diese Mühe lohnt sich. Meine Damen und

Herren, ich freue mich sehr auf das Kulturerbejahr.  
- Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch.

**Regina Poersch [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Das starke Signal des Jahres 2018 als Europäisches Jahr des kulturellen Erbes sollte genutzt werden, um das Bewusstsein über die Bedeutung des kulturellen und ökologischen Erbes für die touristische Entwicklung zu fördern und um diese Elemente zu schützen.“

Das ist nicht von mir, das ist aus der letztjährigen Resolution des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu den Europäischen Kulturrouten. Ganz konkret werden darin Vorschläge gemacht, einen eigenen Beitrag zur Schärfung des Bewusstseins für europäische Geschichte und die Stärkung einer europäischen Identität zu leisten. Mit unserem Antrag möchten wir dies heute diskutieren.

Frau Ministerin, ich darf mich bei Ihnen herzlich für Ihren Bericht bedanken, auch zu den konkreten Projekten, die es gibt, die anlaufen und auf die wir uns alle gemeinsam freuen. Ich bedanke mich auch für Ihren Bericht zum bundesweiten Sharing Heritage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europäische Kulturrouten sind ein Beitrag zur Schärfung des Bewusstseins für europäische Geschichte. Sie stärken gleichermaßen die lokale Identität und die europäische Integration. In Schleswig-Holstein sind wir es gewohnt, über den Tellerrand zu schauen. Wir lieben und schätzen die kulturelle Bereicherung, die sich aus der Vielfalt ergibt.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kulturtourismus stützt sich auf die thematischen kulturtouristischen Routen: Routen der europäischen Backsteingotik, der Jakobswege durch den Ostseeraum, die Hanseroute, die Route der Zisterzienserklöster und perspektivisch auch die Schlösser und Gutshäuser im südlichen Ostseeraum.

**(Regina Poersch)**

Kultureller Reichtum besteht nicht nur aus Burgen und Denkmälern, sondern auch aus anderen einzigartigen Angeboten wie etwa kulinarischen Spezialitäten und historischem Brauchtum. Zusammen mit regionalem Erholungs-, Freizeit- und Wassertourismus wird das hochinteressant für den ländlichen Raum, schafft Wachstum und Beschäftigung und erhält lokale Infrastrukturen. Hier kann und muss Schleswig-Holstein einen eigenen Beitrag leisten und sich einbringen. Hier liegt eine Chance für den Schleswig-Holstein-Tourismus, gerade im Binnenland, gerade im ländlichen Raum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Routen machen an Ländergrenzen nicht halt. Sie bringen Völker einander näher. Sie fördern die Begegnung von Menschen.

„Es ist wünschenswert, den Grenzübergang zu erleichtern, insbesondere durch die Förderung des kleinen Grenzverkehrs an den Außengrenzen der Europäischen Union.“

Auch dies ist eine Forderung des Parlamentsforums, deren Resolution wir im letzten November gemeinsam angenommen haben.

In Zeiten, in denen europäische Länder neue Grenzen bauen oder alte wieder errichten, ist das ein nicht zu unterschätzender Punkt. In diesen Zeiten braucht es eine neue Europapolitik, die Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus eine klare Absage erteilt.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen eine Stärkung der europäischen Integration, und die gelingt nur mit den Menschen,

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

mit Menschen, die dieses Europa mit seiner kulturellen Vielfalt tragen und es durch ihren Austausch und die Begegnung untereinander bereichern. Nur durch den Austausch haben wir Verständnis für die Situation des anderen und können in Europa untereinander und miteinander solidarisch sein. Es ist wichtig, unser solidarisches Gesellschaftsmodell und unsere europäische Identität zu bewahren und zu verteidigen.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das europäische Kulturerbe ist die Basis dieser europäischen Identität und damit der europäischen Integration für Frieden, Stabilität, Wohlstand und Zusammenhalt. Das Jahr 2018 zum Europäischen Jahr des kulturellen Erbes zu erklären, ist deshalb

und in der aktuellen Situation ein guter, ein wichtiger Beitrag für unser Europa. Das Bewahren des europäischen Kulturerbes ist mitnichten etwas Angestaubtes, genauso wenig wie Tradition nicht die Anbetung der Asche ist, sondern die Weitergabe des Feuers. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger das Wort.

**Anette Röttger [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Ministerin Prien, herzlichen Dank für Ihren Bericht. Wenn ich aus meiner Haustür trete, blicke ich direkt auf den Europäischen Wanderweg, der am Stadtrand der Hanse- und Welterbestadt Lübeck vorbeiführt. So mancher Wanderer ist diesen Weg der europäischen Geschichte bereits gegangen. Ein weißes Andreaskreuz auf schwarzem Grund beschildert diese Wegstrecke, die vom Nordkap bis nach Italien reicht. Sie gehört wohl zu den ersten europäischen Routen, die bereits in den 1970er-Jahren entstanden sind. Leider nehmen wir im Alltag oft zu wenig von der uns umgebenden Kultur wahr. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir die Kultur heute in den Mittelpunkt der Diskussion rücken.

Unser schönes Schleswig-Holstein ist unverwechselbar geprägt von einer reichen Kulturlandschaft und den UNESCO-Welterbestätten wie dem Weltenerbe Wattenmeer und anderen, die ich aus meiner Heimatstadt nennen könnte. Wir leben hier in einem ganz bedeutenden Teil der europäischen Kulturlandschaft.

Kulturerbe meint kulturelle und kreative Ressourcen materieller oder immaterieller Art, deren Wert für die Gesellschaft öffentlich anerkannt wurde, damit sie für künftige Generationen bewahrt bleiben.

Um es gleich vorwegzunehmen: Im Beschluss des Europäischen Parlaments zum Europäischen Jahr des Kulturerbes vom 17. Mai 2017 steht unter Punkt 5:

„Das Kulturerbe ist unter kulturellen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten für die europäische Gesellschaft von großem Wert. Daher ist seine nachhaltige Pflege von strategischer Bedeu-



(Anette Röttger)

tung im 21. Jahrhundert ... Der Beitrag des Kulturerbes im Hinblick auf seine Wertschöpfung, auf Qualifikationen und Arbeitsplätze sowie auf die Lebensqualität wird unterschätzt.“

Das Jahr 2018 wurde von der Europäischen Kommission zum Europäischen Jahr des Kulturerbes erklärt, weil es symbolische und historische Bedeutung hat. Dafür hat das Europäische Parlament ein Budget von 8 Millionen € aus bestehenden Fonds zur Verfügung gestellt.

Mit diesem Jahr des Kulturerbes werden drei wesentliche Ziele verfolgt: Das Bewusstsein für die europäische Geschichte soll geschärft werden und das Europäische Kulturerbe erhalten bleiben. Das ist in dieser Zeit wichtiger denn je; wir haben es in den vorherigen Beiträgen gehört. Die gemeinsame kulturelle Identität der Europäer soll sichtbarer und lebendiger gemacht werden, und uns Bürgerinnen und Bürgern Europas sollen neue Möglichkeiten des Kulturtourismus angeboten werden.

Dabei stellen sich zwei Fragen: Wie kann es heute überhaupt gelingen, das Bewusstsein für die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Kulturerbes zu schärfen? Wie können Europas kultureller Reichtum und die kulturelle Vielfalt gewürdigt werden?

Die Antwort ist klar: Wir müssen das Kulturerbe heute definieren und über ganz unterschiedliche Kanäle - analog, digital - generationenübergreifend erlebbar machen. Dazu sind wir in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg. Ich möchte vier Beispiele nennen.

Fast die Hälfte der auf der Liste des UNESCO-Welterbes eingetragenen Stätten befindet sich in Europa, einige liegen in Schleswig-Holstein. Sie ziehen unzählige Touristen an.

Die Initiativen zur Verleihung eines „Europäischen Kulturerbe-Siegels“ oder gar die Bewerbung um eine „Kulturhauptstadt Europas“ sind ehrgeizig. Auch hierfür haben wir in Schleswig-Holstein Potenzial.

Der Europarat hat 31 Kulturrouten zertifiziert, die mehr als 50 Länder innerhalb und außerhalb Europas durchqueren und wegen ihres geschichtlichen und künstlerischen Interesses von besonderer Bedeutung sind. 21 dieser Routen laufen durch Deutschland, einige auch durch Schleswig-Holstein.

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund holt in der nächsten Woche im Rahmen des Kulturerbe-Jahres 2018 Märchen aus anderen Kulturkreisen

Europas in den hohen Norden. An der Stelle stehen die Büchereien als Orte, die diese Schätze tragen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, Ihre Zeit lässt leider keine weiteren Beispiele mehr zu.

**Anette Röttger [CDU]:**

Danke schön, Herr Landtagspräsident. Erlauben Sie mir einen abschließenden Satz. - Es ist mir ein großes Herzensanliegen, dass wir uns in dieser Jamaika-Regierung für die Identität unseres Landes nachhaltig einsetzen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Zeiten der Krisen, in Zeiten des erstarkenden Nationalismus und Chauvinismus, in Zeiten der Kriege und vermehrt auch wieder Stellvertreterkriege, in Zeiten des Hasses und des religiösen Fanatismus, der Fake News, der Lügen und des Misstrauens, in Zeiten wie diesen also, reden wir über Kultur und unser Erbe. Macht das Sinn? Haben wir nichts Wichtigeres zu tun? - Nein, meine Damen und Herren, wir haben genau dieses zu tun. Es macht Sinn; deshalb sage ich den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion Dankeschön für diesen Antrag und danke für den Bericht, den die Ministerin hier vorgetragen hat.

Ich freue mich, dass das Land sich - mit zugegebenermaßen tatsächlich sehr bescheidenen Mitteln, aber immerhin doch - an dem Jahr des kulturellen Erbes finanziell beteiligt. Ich freue mich, dass es jetzt schon diverse Projekte in Schleswig-Holstein gibt - Anette Röttger und die Ministerin haben sie aufgezählt -, die sich auf den Weg machen, mit eigenen Aspekten aus Schleswig-Holstein heraus Akzente zu setzen.

Natürlich geht es bei diesem Europäischen Jahr des kulturellen Erbes auch um den Erhalt unserer Denkmale. Es geht um die Bewahrung von Kunstwerken, und es geht um die Erinnerung an Tradition. Es geht um Wertschöpfung und Tourismus, die sich

**(Marlies Fritzen)**

daraus entwickeln lassen; aber ich finde noch viel wichtiger: Es geht auch um Identitäten, um Gründe und Begründungen für das Heute und um Positionen für morgen. Dass Europa 2018 zum Kulturerbejahr ausruft, passt genau in diese Zeit des Populismus und der Verunsicherung. Die Erinnerung an unser gemeinsames Erbe, an gemeinsame Werte ist 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nötiger denn je.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist nicht sehr verwunderlich, dass Lübeck heute schon ein paar Mal genannt worden ist; ich tue das auch. „Concordia domi foris pax“ lautet die Inschrift auf dem Lübecker Holstentor. Drinnen Eintracht, draußen Frieden - das ist das Motto der Hansestadt und der Hanse. Schon in der Hanse, dem Bündnis, das zum schrankenlosen Handel und zur Mehrung des Wohlstandes gegründet wurde, war klar: ohne Frieden kein Wohlstand, ohne gemeinsame Verständigung kein Erfolg. - Auch das ist unser kulturelles Erbe.

Die Europäische Union steht vor schweren Herausforderungen - einige sind schon angesprochen worden -, und ich meine, sie steht auch vor schweren Entscheidungen. Schauen wir auf unser gemeinsames Erbe, können und müssen wir fragen, was die verbindenden Werte sind, was die EU im Innersten zusammenhält und wie eine im Innern gefestigte EU nach außen friedenserhaltend wirken kann. Dabei geht es nicht, sich abzugrenzen und gegen andere Kulturen zu formieren. Abschottung hat am Ende noch nie funktioniert.

In der Erkenntnis der eigenen Geschichte und des eigenen kulturellen Erbes liegt der Schlüssel zur Identifikation. Mit einer klaren Selbstverortung kann auch ein Gegenüber gesehen und respektiert werden. Darin liegen auch der Wert der Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe und die Chance auf eine Rückbesinnung und Neuverordnung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

**Stephan Holowaty [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen!

„Zu verstehen, dass Europa ein gemeinsames Kulturerbe besitzt, hilft uns, die gesamte Schönheit und die tiefer gehende Bedeutung des europäischen Projekts zu begreifen, aber gleichzeitig auch dessen Komplexität und Fragilität.“

Das sagt der europäische Denkmalschutzverband EUROPA NOSTRA zum Europäischen Jahr des Kulturerbes. Ich denke, diese Beschreibung trifft es sehr gut. Europa ist keine fest gefügte kulturelle Einheit. Das ist es nie gewesen. Das sehen wir übrigens gerade hier in Schleswig-Holstein, wo wir viel Engagement darauf verwenden, die individuellen kulturellen Merkmale unserer nationalen Minderheiten zu bewahren und zu stärken.

(Beifall FDP und CDU)

Aber Europa beruht auf einer gemeinsamen Geschichte. Europa beruht auf dem jahrhundert-, ja, jahrtausendelangen Austausch und der Interaktion von verschiedenartigen Kulturen, auch wenn das, wie wir alle wissen, meistens und oftmals nicht ganz friedlich war. Dies gibt uns aber auch eine gemeinsame Basis, eine gemeinsame Grundlage und viele gemeinsame Ideen, die sich von West nach Ost, von Nord nach Süd durch ganz Europa bewegen und alle Teile Europas miteinander verbunden haben. Deshalb müssen auch heute immer wieder neue Brücken gebaut werden. Deshalb geht es auch mit dem Europäischen Jahr des Kulturerbes und bei der Frage der europäischen Kultur nicht um eine Nivellierung oder eine Angleichung von Kulturen, sondern eben darum, die Komplexität und Fragilität zu verstehen. Darum ist übrigens der Begriff von „nationalen Leitkulturen“ so unpassend für einen Kontinent, der seit eh und je vom Austausch der Kulturen lebt und nur durch diesen Austausch so geworden ist, wie er heute tatsächlich dasteht.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen wir uns bitte nichts vor: Europa steht vor sehr großen Herausforderungen und Problemen. Abschottung und Nationalismus sind die falsche Antwort. Abschottung und Nationalismus sind die Fiktion von Leitkultur, die besser sei als andere. Das sind die Rezepte, die Europa in den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden bereits mehrfach in ultimative Katastrophen befördert haben. Genau das sollten wir nicht weiter betreiben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Europäische Jahr des Kulturerbes wird, so hoffe ich, einen Beitrag dazu leisten, dass wieder mehr

**(Stephan Holowaty)**

Menschen verstehen, wie eng Europa tatsächlich zusammengehört, wie sich Europa gegenseitig bereichert und wie wichtig Europa - das ist vielleicht der entscheidende Punkt - für die gemeinsamen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechte überall ist.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Europa ist ein Friedens- und Freiheitsprojekt. Das Verständnis der unterschiedlichen Kulturen und ihre Interaktion sind ganz wichtige Bausteine dafür.

Frau Ministerin Prien, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihren ausführlichen Bericht. Ich wünsche mir sehr und hoffe sehr - es ist auch unsere Aufgabe, das ins Land hinauszutragen -, dass möglichst viele Menschen die Gelegenheit nutzen, an den Veranstaltungen teilzunehmen und wieder einen Eindruck von der gemeinsamen europäischen kulturellen Basis und Verantwortung zu bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Identität, Heimat, Kultur - dieser schöne Dreiklang war gestern hier in diesem Hohen Haus zu hören. Vielen Dank dafür, Herr Kollege Plambeck - der ist jetzt gerade nicht da -, denn Identität, Heimat und Kultur, das ist das Bindegewebe für jede Gemeinschaft.

Verfassungsrang erhielt die Kulturpolitik im Rahmen des Vertrages von Lissabon. Es ist das Ziel der Europäischen Union, dadurch einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen in ihren Mitgliedstaaten zu leisten. Das gemeinsame europäische Kulturerbe steht dabei ebenso im Blickfeld wie die einzelnen nationalen und auch regionalen kulturellen Identitäten. Beide Bereiche sind eng miteinander verflochten und dürfen nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Sie dürfen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Es kann daher nicht das Ziel des Europäischen Jahres des Kulturerbes sein, die ganz unterschiedlichen nationalen Identitäten der Mitgliedstaaten zu ver-

drängen. Vor einer politischen Instrumentalisierung muss deshalb gewarnt werden. Wir als AfD-Fraktion widersprechen daher ausdrücklich dem Vorsitzenden des Nationalen Programmbeirats für das Kulturerbejahr, Matthias Wemhoff, dem es darum gehe - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -, „die Idee nationaler Leitkulturen infrage zu stellen und den Nationalismen etwas entgegenzuhalten.“

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

Hier stellt sich die Frage: Wer definiert, was Nationalismen sind? Die EU-Kommission? Besteht hier nicht die Gefahr, dass kulturelle Eigenarten und das Streben nach Eigenständigkeit und Selbstbestimmung einzelner Regionen vonseiten der EU-Behörden ignoriert, disqualifiziert oder sogar bekämpft werden?

(Beifall AfD)

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland, Katalonien, Padanien und vielen anderen Regionen in Europa lassen grüßen. Das sind übrigens alles sehr vitale Zeichen einer lebendigen Basisdemokratie.

Europa lebt von und aus seiner kulturellen Vielfalt. Europa ist deshalb auch viel mehr als nur eine Idee, wie es im Antrag heißt. Mit dem Begriff der Idee werden wir der Bedeutung des Themas nicht gerecht. Europa ist mehr als das. Es ist Heimat für ganz unterschiedliche Völker, Traditionen und Kulturen. Diese sollten ja gerade in ihrer Vielfalt respektiert und gepflegt werden und nicht von einer nebulösen europäischen Identität von Gnaden der EU-Kommission überlagert werden. Daher unterstützen wir als AfD-Fraktion ausdrücklich die Konzeption eines Europäischen Jahres des Kulturerbes, das nach der Zielsetzung des Europäischen Rates auch die kulturelle Vielfalt fördern soll.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Besonders erfreulich ist, dass es das deutsche Nationalkomitee Denkmalschutz war, das bereits vor fünf Jahren den Anstoß zum Kulturerbejahr gab, das wir dieses Jahr feiern. Zu den zentralen Punkten wird demzufolge in diesem Jahr die Beschäftigung mit Baudenkmalern, Baukultur und Archäologie gehören. Die große Ausstellung „Bewegte Zeiten. Archäologie in Deutschland“ wird dabei zu den Höhepunkten gehören - die Himmelsscheibe von Nebra eingeschlossen. Es ist durchweg zu begrüßen, dass gerade junge Menschen an die steinernen Zeugen der Vergangenheit herangeführt werden. Das vorliegende Programm bietet dafür viele kreative

**(Volker Schnurrbusch)**

Ansätze. Leider sind die bereitgestellten Mittel von 7 Millionen € viel zu knapp bemessen. Auf europäischer Ebene sieht es übrigens ähnlich karg aus.

Für ebenso wichtig halten wir die weitere Zielsetzung des Europäischen Rates, das Kulturerbe in den Außenbeziehungen der EU zu betonen. Dabei sollte der Europäische Rat zur Kenntnis nehmen, dass Europa deutlich größer ist als die EU. Hier würden wir es begrüßen, dass auch die Beziehungen zu Russland und zur Ukraine Berücksichtigung finden,

(Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD])

zwei nicht ganz unwichtige Länder - auch hinsichtlich der kulturellen Beziehungen.

Zu den Kulturrouten wurde schon einiges gesagt. Es ist richtig, dass hier eine Förderung stattfinden soll. Erfreulich ist, dass bereits 31 Kulturwege zertifiziert sind, darunter die der Hanse und der Wikinger - die Wikinger, die übrigens auch bis ins russische Nowgorod reisten -, die aus der Sicht Schleswig-Holsteins besonders interessant sind.

Weiteren Handlungsbedarf sieht das Parlamentsforum Südliche Ostsee zu Recht in der Förderung der interdisziplinären Forschung und Lehre an Hochschulen der Ostseeregion. Die Weiterentwicklung wissenschaftlich-technologischer Zentren kann hier auch zusätzliche Akzente setzen. Regionale Kooperationen dieser Art stärken den Zusammenhalt dort, wo er entscheidend ist: in den Regionen. Dieser Zusammenhalt ist konkreter und nachhaltiger, als die von der EU in Sonntagsreden oft nur sehr diffus beschworene europäische Idee jemals sein wird.

Unabhängig davon danken wir Ihnen, Frau Ministerin Prien, für Ihren Bericht und Ihr Engagement für das Kulturerbejahr hier in Schleswig-Holstein, auch wenn wir uns hier im Land etwas mehr Mittel gewünscht hätten. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Vielen Dank, Herr Landtagspräsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede anfangen möchte, möchte ich mich ganz herzlich bei der Ministerin für Kultur für ihren Bericht bedanken, den ich nicht ganz verfolgen konnte, weil wir noch etwas anderes Wichtiges zu tun hatten.

(Christopher Vogt [FDP]: Hat es geschmeckt? - Weiterer Zuruf: Es gibt nichts Wichtigeres als Kultur!)

- Doch, es ging um Frauenhäuser, und ich glaube, das ist ganz wichtig gewesen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2018 wurde, wir haben es bereits gehört, zum Europäischen Jahr des Kulturerbes ernannt. Diese Initiative wurde von der Europäischen Kommission vorangetrieben. Auch die Landesregierung wird dieses Thema im laufenden Jahr aufgreifen, indem sie verschiedene Projekte und Veranstaltungen begleitet. Dabei gibt es noch vieles mehr, was Schleswig-Holstein 2018 zum Thema Europa, Geschichte und Kulturerbe hervorbringt.

Einiges ist dabei schon so fest in unserem Alltag verankert, dass wir es vielleicht schneller übersehen. Dabei wäre es doch schade und wird den Inhalten, die dort transportiert werden, nicht ganz gerecht. Dabei denke ich beispielsweise an die Jugend europäischer Volksgruppen, welche auch durch das Land unterstützt wird. Dort reisen junge Menschen quer durch den europäischen Kontinent und setzen sich intensiv mit dem Thema Geschichte, Identität, aber auch mit dem Thema Bildung und Ehrenamt auseinander. Ähnliches gilt wahrscheinlich auch für die vielen Schüleraustauschprogramme, die hier bei uns im Land stattfinden, oder die Partnerschaften unserer Universitäten und Hochschulen. Auch sie setzen sich bewusst oder unbewusst mit ganz bestimmten Themen auseinander, die alle in enger Verbindung zum Europäischen Jahr stehen dürften.

Ein Punkt, der ganz bestimmt nicht fehlen darf, wenn es um die europäische Geschichte geht, sind zweifelsfrei die Gedenkstätten bei uns in Schleswig-Holstein. Auch sie sind unser Erbe, und auch ihnen gebührt ein Platz in unserer Gegenwart. Schließlich sind sie unmissverständlich mit der europäischen Idee sowie mit dem Geschichtsbewusstsein verknüpft.

Wenn ich an das Europäische Jahr denke, das jedes Jahr unter einem anderen Motto steht, dann denke ich auch noch an etwas anderes, nämlich an die europäischen Kulturhauptstädte. Die beiden europäischen Kulturhauptstädte 2018, nämlich Leeuwarden/Ljouwert und Valletta, stehen in diesem Jahr wie kaum etwas anderes für Europa. Dies sind die echten Veranstaltungsmagnete innerhalb der EU. Auch Schleswig-Holsteiner werden sich in diesem Zusammenhang auf den Weg machen. So plant zum Beispiel der Friesenrat eine Fahrradtour von



**(Jette Waldinger-Thiering)**

Nordfriesland über Helgoland in die europäische Kulturhauptstadt Ljouwert.

(Zuruf SPD: Frau Kollegin, das mit Helgoland erklären Sie mal!)

- Die nehmen das Fahrrad mit auf das Schiff, fahren nach Helgoland und wieder zurück. Bei der Fahrradtour begibt man sich tatsächlich auf eine Kulturroute, nämlich die der friesischen Siedlungsgebiete. Sie ist eine der ältesten Kulturrouten an der Westküste, und das ganz ohne offizielles Label. So kann europäisches Kulturerbe 2018 eben auch aussehen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle lässt sich jedenfalls unmittelbar feststellen, dass unser europäisches Kulturerbe in Schleswig-Holstein weitaus vielfältiger ist, als dass es hier mal eben schnell zusammengefasst werden kann. Von daher kann die Landesregierung im Grunde genommen lediglich Akzente setzen. Dessen sollten wir uns bewusst sein. Das ist, glaube ich, auch völlig in Ordnung. Von daher freue ich mich auf die Ausführungen dazu - das hatte ich im Vorgriff so geschrieben; die Kulturministerin hat ja schon gesprochen -, welche Schwerpunkte die Landesregierung zum Europäischen Jahr 2018 gewählt hat. Ich werde es dann im Protokoll noch einmal nachlesen können. Ich bin mir sicher, es wird ein ganz vielfältiges Jahr, in dem wir immer wieder auf das Kulturerbe stoßen werden, auch dort, wo wir es vielleicht zunächst nicht vermutet hätten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/505, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Sie müssen ja nicht unbedingt über Helgoland dahin.

(Unterbrechung: 13:08 bis 15:03 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere

Nachmittagssitzung etwas verspätet wieder und begrüße auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages ganz besonders herzlich Anwärterinnen und Anwärter der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Wasserstofftechnologien als Baustein der Energiewende und Wirtschaftsentwicklung**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/507 (neu)

**Strom aus erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein veredeln**

Alternativantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/548

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Andreas Hein.

**Andreas Hein [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir unsere Klimaschutzziele wirklich erreichen und in die Wirklichkeit umsetzen wollen, dann müssen wir jede regenerativ erzeugte Energie nutzen, und das schnell.

Einer der maßgeblichen Energieträger der Zukunft ist Wasserstoff. Wasserstoff kann heute relativ einfach durch Elektrolyse - natürlich möglichst aus regenerativem Strom - hergestellt werden. Er gibt seine Energie dann ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder ab. Das ist geradezu eine ideale Kombination. Außerdem ist Wasserstoff das Ausgangsprodukt für alle synthetischen Kraftstoffe; solche Kraftstoffe also, die ohne fossile Produkte wie zum Beispiel Erdöl auskommen. Wasserstoff ist in veredelter Form damit bestens geeignet, um Benzin, Diesel, Kerosin, Methanol, Methan, Ammoniak, Propan und so weiter zu ersetzen.

Erste konkrete Vorhaben dazu gibt es, und das ist es, worum es in diesem Antrag geht. Wir wollen, dass zügig Techniken weiterentwickelt und neue geschaffen werden, um Strom aus unseren regenerativen Energiequellen hier vor Ort in Schleswig-

(Andreas Hein)

Holstein zu nutzen, dass sich Unternehmen hier ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen, dass Start-ups, der Mittelstand und die Großindustrie hier ihre Chancen nutzen. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein seine Stellung bei der Nutzung der regenerativen Energiequellen weiter ausbaut und zum Silicon Valley der Erneuerbaren wird.

Meine Damen und Herren, dabei gibt es vieles zu berücksichtigen. Einige Punkte haben wir in diesem Antrag extra erwähnt: die gemeinsame Nutzung von Tankstellen für Schiene, Lkw und Pkw und deren vernetzte Infrastruktur, zu beschaffende Fahrzeuge im ÖPNV, auf der Schiene oder Logistikkfahrzeuge, die Fahrzeugflotte des Landes, Innovationsförderung, Unterstützung und Begleitung von Demonstrationsvorhaben, Genehmigungsvorhaben und viele weitere Dinge, damit wir den Strom aus unseren erneuerbaren Energiequellen in andere Sektoren wie Industrie, Verkehr, Mobilität und Wärme bekommen.

Dies alles werden wir fördern, begleiten und mit aller Kraft voranbringen, damit unser schönes Land unter Jamaika zu einem weltweiten Leuchtturm bei der Nutzbarmachung von erneuerbarem Strom wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das schafft neue Arbeitsplätze und festigt bestehende, das sorgt für Innovation, das holt Frauen und Männer nach Schleswig-Holstein und wirkt so dem demografischen Wandel entgegen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe)

- Und die Sonne geht auf. - So blüht Schleswig-Holstein unter Jamaika wieder auf, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit dies gelingt, ist es ebenso wichtig, dass unsere Infrastruktur zügig ausgebaut wird, denn sie ist eine Grundlage dafür.

Meine Damen und Herren, wir in der Jamaika-Koalition haben uns im Zusammenhang mit diesen Themen als Erstes mit den Rahmenbedingungen beschäftigt. Wir haben uns mit Speichertechnologien, mit Power-to-X, mit E-Mobilität und jetzt mit dem riesengroßen Thema Wasserstoff zur Nutzbarmachung der erneuerbaren Energien beschäftigt und dazu diesem Hohen Haus Anträge vorgelegt. Erwähnenswert ist dabei, dass Ihnen, meine lieben

Kollegen in der SPD, scheinbar nicht nur zu diesen Themen sehr wenig einfällt. Sie laden zu Pressekonferenzen zu Themen ein, die wir längst bearbeiten. Sie müssen da ja wie „Kevin allein zu Haus“ gegessen haben. Scheinbar haben Sie, was das angeht, gerade einen Lauf, und Sie hadern. Wie gut, dass wir dieses Land mit Ideen, Tatkraft, Optimismus und einer neuen Dynamik voranbringen; so auch bei der Nutzbarmachung der erneuerbaren Energien. Jamaika handelt. - Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Hölck das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde heute mit einem Zitat beginnen. Aus dem Buch „Die geheimnisvolle Insel“ von Jules Verne stammt der Satz:

„Wasser wird die Kohle der Zukunft sein.“

(Zurufe CDU)

- „Wasser wird die Kohle der Zukunft sein“, so steht es in dem Buch, Herr Kollege. Das verstehen Sie nicht? - Das wundert mich nicht. Ich habe das Zitat extra für Herrn Kumbartzky ausgesucht, der sich immer so aufregt. Ich würde mir wünschen, dass Sie Ihre Energie in gute Argumente leiten und nicht in dieses Pult.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Lang anhaltender Beifall! - Heiterkeit)

Der Schriftsteller Jules Verne wird recht bekommen. Die Technik der Trennung von Wasserstoff und Sauerstoff aus Wasser wurde erstmals im Jahr 1800 entdeckt und wird enorm an Bedeutung gewinnen. Wasserstoff kann in der Zukunft eine wesentliche Rolle als sekundärer Energieträger einnehmen und zur Überwindung fossiler Energieträger beitragen.

(Beifall SPD)

Der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern stellt die beste Voraussetzung für eine nachhaltige Produktion von Wasserstoff dar. Schleswig-Holstein sollte sich im Bereich dieser Produktion auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern an erster Stelle

(Thomas Hölck)

positionieren und einen Marktvorsprung entwickeln. Deshalb benötigen wir eine Wasserstoffstrategie für Schleswig-Holstein, und das ist gut so.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Wasserstoff ist allerdings nur so umweltfreundlich wie die Technologie, mit der er erzeugt wird. Aktuell werden 98 % des Wasserstoffs aus fossilen Energieträgern produziert, und das kann keine wirkliche Alternative sein. Wasserstoff ist keine Energiequelle, sondern ein Energieträger beziehungsweise ein Energiespeicher. Die Freisetzung der Energie geschieht ohne Schadstoffe und umweltschädigende Emissionen.

Für Schleswig-Holstein muss gelten, dass der Strom, der aus erneuerbaren Energiequellen hier bei uns erzeugt wird, entweder verbraucht oder hier im Land zwischen den Meeren veredelt wird. Eine Form der Veredlung ist die Herstellung von „grünem“ Wasserstoff durch Elektrolyseverfahren. Dabei dürfen wir die Zielvorstellungen nicht verwechseln.

Ein umweltfreundliches Energiesystem basiert nicht auf dem Ausbau der Wasserstofftechnologie, sondern auf dem Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Wasserstoff ist dabei eine ergänzende Option der Energieversorgung.

Damit kommen wir dann zur energiepolitischen Realität von Jamaika. Ihre Bilanz ist verheerend.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es haben schon andere blühende Landschaften versprochen; die sind auch gescheitert. Sie sind aktuell ebenfalls gescheitert. Die stockende Regionalplanung führt zum faktischen Ausbaustopp der Windenergie an Land, kostet Arbeitsplätze und verhindert Milliarden an Investitionen.

(Beifall SPD - Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Welcher Investor, Herr Kumbartzky, der in neue Technologien in diesem Land einsteigen will, soll Ihnen eigentlich noch trauen? Sie haben jegliche Aufbruchstimmung in diesem Bereich zunichte gemacht. Sie werden dies an der Realität merken. Sie müssen nur einmal durch das Land fahren und nicht immer nur von Dithmarschen nach Kiel, Herr Kumbartzky.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Dabei fängt Schleswig-Holstein im Bereich des Wasserstoffs nicht von vorne an. Die Schleswig-

Holstein Netz AG hat im Kreis Nordfriesland einen Feldversuch gestartet und untersucht, wie sich grüner Wasserstoff im Erdgasnetz speichern beziehungsweise nutzen lässt. Das Ergebnis ist vielversprechend. Grundsätzlich können in herkömmlichen Erdgasnetzen dem Erdgas 10 % grüner Wasserstoff beigemischt werden. Durch den Anteil von Wasserstoff, der beim Verbrennen lediglich in Wasser und Sauerstoff umgewandelt wird, kann Erdgas ökologisch aufgewertet und dessen Verbrauch minimiert werden.

Die öffentliche Hand hat bei der Gestaltung des Markthochlaufs der Wasserstofftechnologie eine Vorbildfunktion. Wir müssen für eine Tankinfrastruktur auf der einen Seite und für die Nachfrage auf der anderen Seite sorgen.

Fahrzeuge - ob auf Schiene oder Straße -, die mit Wasserstofftechnologie angetrieben werden, sind ein wichtiger Baustein alternativer und umweltfreundlicher Antriebsformen. Wasserstoffantrieb im Zugverkehr der Mittel- und Kurzstrecken ist bereits erfolgreich getestet worden und ist in Brandenburg und Niedersachsen im Einsatz. Daher kommt es nun darauf an, die Nutzung auf eine breite und serienmäßig verlässliche Basis zu stellen.

Nun versucht Jamaika in fast jeder Landtagssitzung, die eigene reale energiepolitische Untätigkeit im Bereich des Ausbaus der Onshore-Windenergie durch diverse Anträge zu kaschieren. „Kaschieren“ bedeutet übersetzt: etwas geschickt so darstellen, dass eine positive Wirkung erzielt wird und die Mängel nicht erkennbar werden. - Das funktioniert bei Ihnen allerdings nicht, weil die negativen Auswirkungen Ihrer Politik immer sichtbarer werden. Ihr Antrag ist ja nicht schlecht; das will ich gerne zugeben.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber - -

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie jetzt Ihren letzten Satz.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Es geht hier um unsere Ergänzungen, die Sie alle übernommen haben. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam darüber abstimmen. Sie haben in diesem Antrag viele Punkte eingebracht und letztlich auch übernommen. - Besten Dank.

(Thomas Hölck)

(Beifall SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um Projekte wie Energiewende geht, dann ruckelt es mal; das wissen wir, das merken wir jetzt alle. Damit müssen wir umgehen und vorankommen.

Die Energiewende verändert nicht nur unser Land, sondern verändert auch die Wirtschaft, den Verkehr und die Verbrauchsgewohnheiten. Standortvorteile werden im Land wirksam. Wir haben mehrere Technologieoptionen, und wir brauchen sie auch alle.

Es ist unsere Aufgabe, den Rahmen nicht gegen, sondern für diese Entwicklung der Erneuerbaren zu setzen. In diesem Antrag geht es um grünen Wasserstoff und damit um den Strom, aus dem er gemacht wird, nämlich um erneuerbaren Strom, keinen fossilen, keinen atomaren.

Die Vorteile des grünen Wasserstoffs liegen auf der Hand: flexible Erzeugung in den Leistungsspitzen von Wind und Sonne, Speicher- und Transportfähigkeit, Tankgeschwindigkeit, Reichweite, Klimaneutralität, Ungiftigkeit, universelle Einsetzbarkeit in der Chemie. Eines ist schon gesagt worden: Die Umwandlung von Strom in Wasserstoff und die folgenden Produkte geschieht immer mit Verlust; auch das muss man hinzufügen. Die Elektrolyse macht besonders dann Sinn, wenn das Netz den Strom sonst nicht nehmen kann und, wenn möglich, die Abwärme zum Heizen von Häusern benutzt wird.

Da auch erneuerbare Energien begrenzt zur Verfügung stehen, ist es wichtig, den Wasserstoff sinnvoll in das Energiesystem der Zukunft einzufügen und ihn dort einzusetzen, wo seine Stärken ganz besonders zum Tragen kommen. Das sind vor allem drei Bereiche: Flexibilität, Verkehr und Industriewende.

Zur Flexibilität: In Schleswig-Holstein, nicht nur an der Westküste, legen kleine und mittelständische Unternehmen Konzepte vor. Sie investieren, um die Energie aus Starkwindphasen, Verbrauchstiefs und aus der Sonne für grünen Wasserstoff zu nutzen. Damit bieten sie nicht nur Flexibilität für den Strommarkt, sondern erhöhen auch die Effizienz und die Wertschöpfung vor Ort.

Für die Verkehrswende gilt im Grund ganz allgemein: Je leichter das Fahrzeug ist, je kürzer der Weg ist, umso mehr guckt man sich den Akku an, die unmittelbare Verwendung von Strom oder ob im Bahnbereich der Draht vorhanden ist. Aber für Lkw, schwere Fahrzeuge und wenn es keine Oberleitung gibt - bei 70 % der Strecken in Schleswig-Holstein ist dies der Fall - ist Wasserstoff eine vorrangige Option, um fossile Energieträger zu ersetzen. Niedersachsen hat diese Triebwagen bereits in der Testphase. Im Sommer findet dort der erste Fahrgastbetrieb statt.

Unser Nahverkehrsverbund NAH.SH schreibt gerade 52 Triebwagen unter dem Kriterium der Emissionsreduktion aus. Das sind Investitionen für Jahrzehnte, die jetzt in Schleswig-Holstein anstehen. Grüner Wasserstoff als Energieträger muss hierbei vorrangig berücksichtigt werden; denn schon ein paar Dutzend Windkraftanlagen würden reichen, um die gesamten Schienen im Land emissionsfrei betreiben zu können.

Hinzu kommt ein weiterer Vorteil: Das löst zusätzlich das bekannte Henne-Ei-Problem. Im Rahmen einer solchen Entwicklung könnten auch mehr Wasserstofftankstellen als bisher im Land entstehen. Diese sind ja bisher eine absolute Rarität. Wie wollen Sie anders eine O<sub>2</sub>-freie Mobilität, zum Beispiel im Lkw-Bereich, bekommen?

Zur Industriewende: Über 90 % des industriell verwendeten Wasserstoffs stammen aus fossilen oder atomaren Energien. Allein in der Region Unterelbe schätzt man die Nachfrage nach Wasserstoff auf 50.000 t im Jahr allein in dieser Region. Zu deren Erzeugung würde man ungefähr so viel Strom brauchen, wie wir jetzt abschalten müssen. Ich weiß, das ist durchaus eine Milchmädchenrechnung, weil das nicht unbedingt eins zu eins umgesetzt werden kann. Aber das allein macht schon deutlich, was es heißt, Stromspitzen effizient zu nutzen. Als Energieträger und erneuerbarer Rohstoff ist Wasserstoff damit auch ein Baustein zur Energiewende.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen: Infrastruktur, Technik, Standards, Förderprogramme, es gibt viele Wege, um grünen Wasserstoff in unserem Land voranzubringen, und diese werden in unserem Antrag benannt. Wir in Schleswig-Holstein stehen für eine Neugestaltung der Preisbestandteile im Energiesektor mit einem deutlichen Marktsignal Richtung CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

Ich glaube, Sie alle haben auch wahrgenommen, dass dies für Jamaika unstrittig ist. Wir positionieren uns mit diesem Antrag auf jeden Fall in dieser



**(Bernd Voß)**

Frage. Damit eröffnen wir das „Level Playing Field“ nicht nur für grünen Wasserstoff, sondern auch für viele andere erneuerbare Energietechnologien, die es uns ermöglichen, noch nachhaltiger zu wirtschaften und dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Vielen Dank für die Ergänzungen aus den Reihen der SPD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bedanke mich für die Ergänzung der SPD. Ihre zweieinhalb Halbsätze haben uns wirklich entscheidend vorangebracht.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist wirklich schwer, Mäkelstellen zu finden, und das merkt man auch an Ihrer Rede. Die Nutzung erneuerbarer Energien aus Wind- und Solarkraft hat in unserem Land aus struktur- und einkommenschwachen Regionen an Schleswig-Holsteins Westküste wohlhabende Gemeinden gemacht. Wir Freie Demokraten sind ein treibender Faktor hier und vor Ort, um uns weiter in eine wohlhabende und prosperierende Zukunft zu führen. Der erneuerbare Strom kann die Kohle der Zukunft sein, wenn er denn speicherbar und transportabel ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Richert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hölck?

**Kay Richert [FDP]:**

Aber selbstverständlich.

**Thomas Hölck [SPD]:** Herr Kollege, Sie haben von uns das HELMETH-Verfahren übernommen. Können Sie auch erläutern, was Sie von uns übernommen haben?

- Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

- Ist das Mikro nicht an?

**Präsident Klaus Schlie:**

Doch, Sie müssen näher herangehen.

- Sie haben von uns das HELMETH-Verfahren übernommen. Können Sie es auch erläutern?

**Kay Richert [FDP]:**

- Was wir von Ihnen übernommen haben, ist vor allen Dingen, dass wir die Speicherung in den Kavernen machen wollten.

- Das habe ich nicht gefragt.

Die Speicherung in den Kavernen hatten wir übrigens auch in der Begründung. Für den Rest habe ich mich doch bei Ihnen bedankt. Ich weiß gar nicht, was Sie noch von mir wollen.

(Beifall und Zurufe FDP und CDU)

Zurück zum Inhalt: Die Wichtigkeit für die Zukunft Schleswig-Holsteins ist hoffentlich allen klar. Alle Bereiche unseres alltäglichen Lebens sind auf eine zuverlässige, auf eine ausreichende und bezahlbare Versorgung mit Energie angewiesen. Das gilt natürlich auch für Wirtschaftsunternehmen. Das bisherige Konzept sah vor, unseren Strom durch ganz Deutschland in die wohlhabenden Industrieregionen zu bringen. Wir wollen aber mehr. Wir Freie Demokraten wollen Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität für alle Menschen nach Schleswig-Holstein bringen. Neben anderen Faktoren sind hier die erneuerbaren Energien eine riesige Chance, Schleswig-Holstein in eine blühende Zukunft zu tragen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir wollen, dass die saubere Energie aus Schleswig-Holstein auch hier genutzt wird. Wir wollen neue Betriebe, die Arbeitsplätze und Wohlstand zu uns bringen. Dafür brauchen wir eine zuverlässige, eine ausreichende und eine bezahlbare Energieversorgung. Wir wollen, dass die Verkehre in unserem Flächenland in Zukunft ohne schädliche Emissionen auskommen, auf der Straße, der Schiene, im Wasser und natürlich auch irgendwann in der Luft.

Allerdings ist es so, wir Politiker bestimmen den Rahmen, das Ziel und nicht den Weg zum Erreichen dieses Ziels. Deshalb ist es uns sehr wichtig, technologieoffen zu sein. Welche Technologie zukünftig für eine saubere, für eine zuverlässige, für eine bezahlbare Energieversorgung sorgt, ist Sache von Ingenieuren, nicht unsere Sache. Wir sorgen dafür, dass die verschiedenen Technologien in einen fairen Wettstreit um beste Lösungen treten können. Deshalb wollen wir, dass Wasserstofftech-

(Kay Richert)

nologien einen diskriminierungsfreien Marktzugang erhalten. Andere Technologien dürfen nicht bevorzugt werden, weder in der Ausschreibung, noch auf andere Weise. Innovation und Planwirtschaft schließen sich nämlich aus. Nachteile für Zukunftstechnologien müssen beseitigt werden. Deshalb muss auch die Renewable Energy Directive, die RED II, neu gefasst werden.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kollegen, wir wollen dynamisch vorankommen. Deshalb brauchen wir weitere Förderprogramme des Bundes und der EU, und wir als Land werden den Aufbau der notwendigen Infrastruktur investitionsfördernd begleiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, die erneuerbaren Energien bieten viele weitere Nutzungsmöglichkeiten, von denen uns heute wahrscheinlich noch nicht einmal alle klar sind. Wärmeversorgung, auch dezentral über Kleinanlagen, sei hier einmal als Beispiel genannt. Aber die Nutzung dieser Energie hängt maßgeblich davon ab, ob wir sie transportabel speichern können, sodass eine zuverlässige, eine ausreichende und bezahlbare Versorgung gewährleistet ist. Die Schlagworte hierfür sind schon gefallen. Das sind Power-to-X oder die Sektorenkopplung. Wasserstoff scheint hier eine ideale Voraussetzung zu bieten. Zwar wenden Kritiker ein, die Elektrolyse sei zu teuer und der Wirkungsgrad zu gering. Hierzu kann man natürlich sagen: Ja, die Elektrolyse ist zurzeit noch teuer; das waren Flachbildschirme aber vor fünf Jahren auch noch, und heute hat jeder einen. Das ist eben die Preisfunktion im Lebenszyklus einer Technologie. Auch die Wasserstoffelektrolyse wird rasant billiger werden. Ja, der Wirkungsgrad scheint auf den ersten Blick gering. Aber heute wird der sogenannte Überschussstrom gar nicht verbraucht, gar nicht genutzt. Da ist also jede Nutzung besser, als das Ganze abzuringeln.

(Beifall FDP und CDU)

Schauen wir uns die Vorteile an. Wasserstoff hat eine sehr hohe Energiedichte. Fahrzeuge, die mit Wasserstoff betrieben werden, können heute schon genauso weit fahren wie Fahrzeuge, die konventionell betrieben werden. Wasserstoff ist speicherbar. Für große Speichermengen verfügt Schleswig-Holstein über zahlreiche Salzkavernen. Eine Rückverstromung ist jederzeit möglich. Wasserstoff ist genauso transportabel wie alle anderen Flüssigkeiten und Gase. Wir Jamaikaner wollen deshalb, dass Wasserstofftechnologien als Teil der regionalen In-

novationsstrategie Schleswig-Holsteins anerkannt werden.

Wissenschaftliche Entwicklung hängt unter anderem von zwei Grundfaktoren ab: infrastrukturelle Anbindung und zuverlässige, ausreichende und bezahlbare Verfügbarkeit von Energie. Den ersten Punkt bringen wir gerade auf Vordermann. Die Entwicklung des zweiten Punktes treiben wir dynamisch voran.

In Anbetracht der Zeit komme ich zum Schluss und verzichte auf einen Teil meiner Rede.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Auf die anderen paar Sätze kommt es nicht an!)

- Ich glaube, Sie sind der Komiker, Herr Dr. Stegner.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

In der Vergangenheit wurde das Ruhrgebiet aufgrund der Wasserstraßen, die das Befördern großer Lasten möglich machten, und der unbegrenzten Verfügbarkeit von Energie in Form von Steinkohle zum Zentrum deutschen Wohlstands. Der erneuerbare Strom kann die Kohle der Zukunft sein. Unser Ziel muss es sein, Schleswig-Holstein in Zukunft ebenfalls zu einem Zentrum deutschen Wohlstands zu machen. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir gerade. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der AfD hat Herr Abgeordnete Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Freunde neuer Technologien! Kaum haben wir der Verspargelung durch die Windkraftanlagen im Land Einhalt geboten, weht schon die neue, nächste grüne Dogmatisierungswelle durchs Land. Das neue Wunderkind der grünen Umweltritter heißt jetzt Wasserstoff, ein Element, welches das häufigste im Universum ist, und weil es dort im Übermaß zu finden ist, greifen die Koalitionsparteien jetzt nach den Sternen. Aber lassen Sie mich verdeutlichen, welchen Grad an Traumwandlerie der gestellte Antrag wirklich aufweist.

Die AfD stützt natürlich generell die Weiterentwicklung von Wasserstofftechnologien in Schleswig-Holstein. Der Stand der Technik ist allerdings

(Jörg Nobis)

noch nicht ausgereift genug, um einer Änderung der gesamten Energieinfrastruktur in der hier beantragten Form zustimmen zu können. Schließlich müssen wir auch einer positiven Rückkopplung vorbeugen, am Ende noch mehr Windenergiesysteme zu schaffen, nur um das Traumbild des Wasserstoffantriebs zu nähren. Daher verbietet sich eine geradezu dogmatisch einseitige Förderung der neuen Wunderwaffe im Kampf gegen CO<sub>2</sub>.

(Zurufe FDP)

Meine Damen und Herren, zu gewissen Zeiten verzeichnet Schleswig-Holstein deutliche Überschüsse an Windkraftenergie. Das wurde schon gesagt. Wenn wir nun aber suggerieren, dass der Überhangstrom sinnvoll verwendet werden kann, schaffen wir einen neuen starken Anreiz für immer mehr Windkraftanlagen im Land, und das kann niemand ernsthaft wollen.

An dieser Stelle frage ich Sie: Wie viel Wasserstoffgas erhoffen Sie sich denn zu erzeugen, um am Ende Schiffe, Züge, Millionen von Pkw anzutreiben? Als Land zwischen den Meeren fehlt es uns zwar nicht am Wasser, welches wir spalten müssen, um für Elektrolyse am Ende H<sub>2</sub> zu bekommen, aber es ist doch klar, dass wir erst einmal eine Unmenge an Strom produzieren müssen, um eine nennenswerte Menge an Wasserstoff zu produzieren. Selbst bei dezentraler Nutzung von Wasserstoff in Brennstoffzellenfahrzeugen zeigen sogenannte Well-to-Wheel-Untersuchungen, dass der Gesamtwirkungsgrad doch sehr zu wünschen übrig lässt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Kirche im Dorf lassen. Wer sich die Mechanismen des Emissionsrechtehandels an den Börsen in Amsterdam und Chicago einmal anschaut, erkennt die Unstimmigkeiten dieses Strafsystems. In diesem System müssen Hersteller von Braunkohle für die Emissionen von CO<sub>2</sub> bezahlen, obwohl sie dasselbe CO<sub>2</sub> später für das Abbinden des entstandenen Kalkhydrats verwenden.

Meine Damen und Herren, die Planwirtschaftlichkeit des CO<sub>2</sub>-Zertifikatesystems trägt nicht zu einer besseren Welt bei. Daher sollten wir vorsichtig sein, der Wasserstofftechnik den Rang einer grünen Wundertechnologie einzuräumen. Einen Traumpfad beschreitet auch derjenige, der die hier auftretenden enormen Umwandlungsverluste von einer Energieform in die andere betrachtet. Die Umformung von Wasser in Wasserstoffgas mittels Windstrom und dann zurück von Wasserstoffgas in Antriebsstrom erzeugt bei jedem Physiker Haareraufen. Wegen ähnlicher Anwandlungen hat vermutlich auch Al-

bert Einstein damals seine Haare verloren. Zu seiner Zeit müssen ähnlich viele Traumwandler unterwegs gewesen sein. Grüne ideologische Heilswaffen haben wir in den letzten zwei Jahrzehnten zur Genüge kennenlernen dürfen: die grüne Gentechnik, die grüne Biotechnologie, das grüne Biogas, und nun soll es die grüne Wasserstofftechnik richten.

Bei so viel grünem Heilsgeist muss auch einmal gesagt werden: Grün plus Vernunft ergibt Blau, oder mit anderen Worten: Blau ist das neue Grün.

(Zurufe)

Wir wollen mit dem Blauen - der Entwicklung einer Wasserstofftechnologie - in der Tat den Wissenschafts- und Technologiestandort Schleswig-Holstein voranbringen. Wir sagen daher Ja zur Weiterentwicklung von Wasserstofftechnologien und halten die Schaffung von Kompetenzzentren in Schleswig-Holstein für eine gute Idee.

Wir sagen aber auch ganz klar Nein zu einer ideologischen Verhexung konventioneller Energieverwertungsmethoden. Vor allem sagen wir Nein zum CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel. Wir stimmen aber gern einer Überweisung in den Ausschuss zur Diskussion zu. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe grüne Ritterinnen, liebe grüne Ritter!

(Heiterkeit SPD)

Bereits in der Debatte zur Elektromobilität wurde deutlich, dass in diesem Bereich noch viel getan werden muss. Wir sind uns einig, dass die Sektorenkopplung ein wichtiger Bestandteil der Energiewende ist, zu der auch die Mobilität gehört. Den überschüssigen Strom aus erneuerbarer Energie umzuwandeln und ihn für die Fortbewegung nutzbar zu machen, ist eine der großen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen.

Die Debatte hat gezeigt, dass noch viele Hausaufgaben zu erledigen sind, bis sich ein vorzeigbarer Erfolg einstellt. Das gilt für die Elektromobilität genauso wie für die Wasserstoffmobilität. Für beide Antriebsformen gilt: Technisch sind sie bereits heu-

(Flemming Meyer)

te machbar, und das beweisen sie im täglichen Gebrauch. Es lässt sich derzeit jedoch nicht vorhersagen, ob sich eine der beiden Antriebsformen durchsetzen wird oder wie sich ein Mix aus beiden Formen ausgestalten wird. Die Tendenz scheint sich dahin gehend zu entwickeln, dass die Wasserstofftechnologie gerade für Unternehmen der Transport- und Logistikbranche sowie im ÖPNV- und SPNV-Bereich interessant ist.

Daher begrüßen wir, dass die Koalition unseren Änderungsantrag zur Wasserstoffmobilität im Schienenverkehr aufgegriffen hat und sich im vorliegenden Antrag dafür ausspricht, dass die Landesregierung diesen vielversprechenden Ansatz künftig in den Ausschreibungen berücksichtigt.

(Beifall SSW)

Auch wenn es an einer Konkretisierung fehlt, sehen wir darin den guten Willen, die Wasserstofftechnologie in Schleswig-Holstein auf die Schiene zu bringen. Nach Auffassung des SSW sollte dies aus logistischen Gründen auf der Marschbahn passieren. Wir haben dort Windstrom und Schienenverkehr. Was wir dort brauchen, ist lediglich die Umwandlung des überschüssigen Stroms in Wasserstoff.

(Beifall SSW)

Grundsätzlich halten wir daran fest, dass es bei der Diskussion um die Antriebsformen keine Denkverbote und Einschränkungen geben darf. Wir als SSW begrüßen daher auch den vorliegenden Antrag der Koalition, der im Prinzip die Debatte über die Elektromobilität aus der letzten Tagung weiterführt. Die im Antrag gestellten Forderungen machen deutlich, wo noch politischer Handlungsbedarf besteht. Der Katalog ist sehr umfangreich. Neben einer Reihe konkreter Forderungen ist darin auch eine lange Liste von Prüfaufträgen an die Landesregierung enthalten.

Für sich genommen sind die aufgeführten Punkte gut und richtig. Deutlich wird dabei auch, dass insbesondere auf Bundesebene noch viel politische Arbeit geleistet werden muss. Generell geht es darum, die Voraussetzungen zu schaffen, um auch diese Technologieform zu fördern. Hier hat der Bund anscheinend wirklich Nachholbedarf. Es zeigt sich aber immer wieder, dass die Energiewende beim Bund politisch anders vorangetrieben wird als bei uns im Land.

Wir wissen um die Notwendigkeit der Sektorkopplung. Es ist davon auszugehen, dass die Wasserstofftechnologie in diesem Bereich ein wichtiger

Player wird. Angesichts der zu erwartenden Bedeutung dieser Technologieform sind wir der Auffassung, dass es mehr als angebracht wäre, eine Strategie für das Land zu entwickeln. Wie und wo soll die Wasserstofftechnologie vorangebracht und eingesetzt werden?

Der Antrag ist eine gute Grundlage für die Erarbeitung einer landesweiten Strategie. Wir sehen hier die Landesregierung in der Verantwortung, die Sache rund zu machen und den vorliegenden Antrag mit Leben zu füllen.

Den Alternativantrag der SPD sehen wir als eine sehr konstruktive Erweiterung des vorliegenden Ursprungsantrags. Wir werden dem ganz klar auch zustimmen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eben fiel das Wort Kohleausstieg. Es ist ja die Idee der Grünen, hier in wenigen Jahren den kompletten Ausstieg aus der Kohle zu schaffen. Dazu will ich noch etwas sagen: In China werden beinahe wöchentlich neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Und dann meinen Sie, dass Sie hier mit ein bisschen Wasserstoff im Elektrolysehaus neben dem Windrad die Welt retten können? - Das wird nicht passieren.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ihre Grünen-Kollegen in Hamburg sind so tief in dieser grünen CO<sub>2</sub>-Kohleausstiegsideologie verhaftet, dass die rot-grüne Regierung dort nicht einmal in Erwägung zieht, das neue Kohlekraftwerk Moorburg an das Fernwärmenetz in Hamburg anzuschließen, was ökonomisch und ökologisch sinnvoll wäre. Die Leitung liegt nur ein paar Kilometer entfernt. Sie wollen es aber nicht, weil Sie dieses neue Kraftwerk in 20 Jahren - oder am besten heute - abschalten wollen. Wenn es aber ans Fernwärmenetz gehen könnte, könnten wir vielleicht auch das alte Wedeler Kraftwerk viel früher als gedacht abschalten. Aber das wollen Sie nicht.



(Jörg Nobis)

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ignorieren wir nicht mal, wirklich!)

- Ja, aber es stimmt doch! Moorburg ist mit einem Wirkungsgrad von 46,5 % eines der modernsten europäischen Kraftwerke überhaupt. Momentan geht die Abwärme, die trotzdem im Verbrennungsprozess entsteht, in die Elbe.

(Zuruf Tobias Loose [CDU])

Statt die Abwärme für das Fernwärmenetz in Hamburg zu nutzen, sagen Sie: Nein, wir schließen Moorburg nicht ans Fernwärmenetz an.

Stattdessen - das haben wir im Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg besprochen - wollen Sie mit teurer Wärmepumpentechnik Energie aus dem Abwasser holen und dann mit Gas nachheizen. Das ist völliger Irrsinn. Ökonomisch und ökologisch wäre es sinnvoll, Moorburg ans Fernwärmenetz zu nehmen. Dann könnten wir auch darüber reden, wann wir Wedel abschalten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Zuruf Beate Raudies [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht erlauben Sie mir einmal die Bemerkung: Wer den Klimawandel leugnet, hat natürlich kein Problem mit der Verbrennung von Kohle und Öl.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg Nobis [AfD]: Wir leugnen ihn nicht!)

Alle anderen müssen sich der Aufgabe stellen, wie wir den Schritt zu einer fossilarmen, möglichst fossilfreien Gesellschaft vernünftig beschreiten können. Besonders absurd wird es, wenn man für den Klimawandel argumentiert und dann die Menschen, die wegen des Klimawandels ihre Heimat verlieren, noch nicht einmal sehen will. Dann sind in der Tat die Grenzen von Rationalität und Logik in politischer wie humaner Hinsicht erreicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich danke deswegen den Anträgen der Jamaika-Koalition sowie den Ergänzungen von SPD und SSW. Insgesamt ist das ein wirklich gutes Gerüst, um über die Aufgaben und Schwerpunkte zu beraten.

Andreas Hein hat darauf hingewiesen, dass dieser Antrag in einer Kontinuität mit anderen energiepolitischen Anträgen der letzten Plenardebatten steht. Wir sollten jetzt nicht Wasserstoff als Allheilmittel über alles gießen und dürfen nicht vergessen, dass wir zuvor über Speichertechniken und Mobilität gesprochen haben. Wasserstoff kann für bestimmte Bereiche ein Teil der Problemlösung hin zu einer fossilfreien Wirtschafts- und Mobilitätsform sein. Die Beispiele sind genannt: Lastverkehr, Schienenverkehr, Flugzeuge.

Das Gute ist, dass in all diesen Bereichen in Schleswig-Holstein eine Tradition besteht und daran geforscht und gearbeitet wird. Das Gefährliche kann sein - darauf ist hier mehrfach hingewiesen worden -, dass eine Ausweitung der Wasserstoffproduktion, ohne den Gedanken des Klimawandels ernst zu nehmen, erst einmal zu einem Anstieg der fossilen Stromproduktion führen kann und sich die CO<sub>2</sub>- oder Klimaschutzbilanz dadurch verschlechtern würde. Insofern ist es richtig, sowohl nach Schleswig-Holstein zu schauen, als auch zu gucken, wo der erneuerbare Strom herkommen kann, den wir für eine Elektrolyse von Wasserstoff nehmen können.

Deshalb ist es genau richtig, diese Anträge so einzubringen. Beides Mal rückt unser Bundesland in den Fokus: Wir sind eben das Land der Energiewende. Andreas Hein, ich habe mich über das Plädoyer für den Ausbau der Erneuerbaren sehr gefreut. Ich hoffe, dass dies auch so bleibt, wenn die Schwierigkeiten, die ohne Frage da sind, auf einmal wieder sichtbar werden. Es ist eben ein massiver Eingriff in Landschaft, Natur und Lebensumfeld, gleichwohl erfolgt er ja nicht nur zum Spaß, sondern dient einem höheren Gut und einem größeren Ziel.

Deswegen ist es aus Sicht der Landesregierung richtig, die Forschung zu intensivieren und voranzubringen. Das Helmig-Projekt, das in Karlsruhe ja durchgeführt wurde, hätten wir auch gut in Schleswig-Holstein haben können beziehungsweise möchten es gerne haben. Die Förderprogramme sowohl im Wirtschaftsministerium bei Bernd Buchholz wie auch unter Mitzeichnung in meinem Haus sind darauf ausgerichtet, solche Programme und solche Projekte an den Start zu bringen, sie voranzubringen. Sie wissen, dass wir uns wiederholt in der alten und auch in der neuen Legislaturperiode

**(Minister Dr. Robert Habeck)**

dafür eingesetzt haben, Strommengen nicht abzuschalten und einigermaßen sinnfrei zu entschädigen, sondern Lasten, also Wärme- und Wasserstoffspeicher, zuzuschalten, indem wir immer auf Neutralität gedrungen haben. Alles soll möglich sein, der Markt soll es quasi klären.

Während der letzten Legislaturperiode hatten wir eine Große Koalition auf der Bundesebene, aber keinen Erfolg, uns durchzusetzen. Im Bundesrat funktionierte es noch, aber im Bundestag oder bei der Regierung sind wir da nicht weitergekommen.

Daniel Günther und Ralf Stegner, der Koalitionsvertrag liest sich in Umrissen so, als ob da etwas gehen könnte. Mal gucken, was passiert, wenn schließlich die Ente fett werden muss.

Lange Rede, kurzer Sinn: Erneuerbarer Wasserstoff kann ein Bestandteil der Energieinfrastruktur sein. Die Forschung, die Modellprojekte, der Strom, den wir in Schleswig-Holstein haben und der nicht ins Netz geht, stehen zur Verfügung. Hier sollte die Konzentration auf die Kraft, auf die Energie - wenn ich so reden darf - erfolgen.

Ein großer Roll-out an Wasserstoff gegen Netzausbau, gegen Batteriesysteme, gegen E-Mobilität steht jetzt noch nicht an, aber möglicherweise sind wir in ein paar Jahren klüger und können die verschiedenen Techniken gegeneinander richten. Darauf sollten wir hinarbeiten, gerade in Schleswig-Holstein, wo wir so viel erneuerbaren Strom haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/507 (neu) sowie den Alternativantrag Drucksache 19/548 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Dann stimmen wir in der Sache ab. Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/548, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abge-

ordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/507 (neu), abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der AfD. Somit ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Herrn Bischof Maggaard, die Landespastorin Frau Bruweleit sowie die Vertreterin des Katholischen Büros Schleswig-Holstein, Frau Bäumer. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 und 12 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/11

Änderungsantrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/38

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 19/509

**b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (SFGT)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/501

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe.

Ich erteile zunächst das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Da die Abgeordnete gerade nicht anwesend ist, bitte ich jemand anderes aus dem Innen- und Rechtsausschuss zu sprechen. - Frau Wagner-Bockey.

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Ich verweise auf die Vorlage.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke für die Berichterstattung, Frau Berichterstatterin.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bischof! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als vor gut einem Jahr die Diskussion über einen zusätzlichen Feiertag begann, wurde diese Forderung damit begründet, dass Schleswig-Holstein zu den Bundesländern mit der geringsten Zahl von Feiertagen gehört. Die Ungerechtigkeit dieses Nord-Süd-Gefälles gelte es, durch einen zusätzlichen Feiertag wenn nicht zu beseitigen, so doch zumindest zu reduzieren. So argumentierten die Befürworter damals.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Uns als CDU-Fraktion hat dieses Argument damals nicht überzeugt, und es ist auch heute nicht maßgeblich für unsere Entscheidung, lieber Lars Harms. Wenn es lediglich darum gehen sollte, einen zusätzlichen freien Arbeitstag zu erreichen, dann ist das keine Frage des Gesetzgebers, sondern der Tarifparteien. Die verschiedenen klangvollen Anlässe für einen zusätzlichen Feiertag wären ansonsten nichts anderes als ein Deckmantel für mehr Freizeit.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Thomas Rother [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen vonseiten des SSW, dass man sich lieber einen Sommertag als den 31. Oktober gewünscht hätte, war hoffentlich nicht wirklich ernst gemeint. Das als Argument zugunsten des Tages der Landesverfassung am 13. Juni anzuführen, wäre gegenüber unserer Landesverfassung in keiner Weise angemessen.

Meine Damen und Herren, diese Argumente sind deshalb allesamt nicht überzeugend, erst recht, wenn man bedenkt, dass die Menschen im Süden der Republik trotz einer höheren Anzahl an Feiertagen ein größeres Bruttosozialprodukt pro Kopf er-

wirtschaften als die Beschäftigten in Schleswig-Holstein.

(Lars Harms [SSW]: Das können wir ausprobieren!)

Wenn wir also einen zusätzlichen Feiertag einführen wollen, dann muss es auch wirklich etwas zu feiern geben. Es kann nicht darum gehen, einen beliebigen zusätzlichen Feiertag zu schaffen, sondern es muss darum gehen, einem bedeutenden Ereignis die angemessene Aufmerksamkeit zu widmen. Das erste Mal, als man das Gefühl haben konnte, dass es tatsächlich eines zusätzlichen Feiertages bedarf, war anlässlich des 500. Jubiläums des Reformationstages im vergangenen Jahr.

Die Art und Weise, wie dieser Feiertag begangen wurde, hat nachdrücklich unterstrichen, dass sich die Menschen der Bedeutung dieses Tages sehr wohl bewusst sind.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Reformationstag hat die Entwicklung unseres Landes in den letzten 500 Jahren maßgeblich beeinflusst. An dieser Stelle möchte ich deshalb mit Ihrer Erlaubnis, Herr Bischof, aus Ihrem an mich gerichteten Schreiben zitieren. Dort heißt es:

„Die Reformation wirkte und wirkt umfassend auf unsere Gesellschaft. Ihre Hochschätzung der Vernunft, die Betonung des Gewissens und die Bejahung eigenverantwortlichen Denkens und Handelns bilden eine der historischen Voraussetzungen für die Aufklärung.“

Und weiter:

„Die Freiheit des Einzelnen wurde dabei immer zugleich als eine Freiheit zur Verantwortung verstanden.“

Genau das ist es, weshalb es sich lohnt, einmal im Jahr innezuhalten und sich an dieses Ereignis vor 500 Jahren zu erinnern.

Für uns als CDU-Fraktion ergab sich hierdurch ein weiterer Gesichtspunkt: nämlich das verbindende Element des Reformationstages für den gesamten norddeutschen Raum.

Ein neuer Feiertag in Schleswig-Holstein, der sich von denjenigen unserer Nachbarländer unterscheiden würde, war und ist für uns nicht vorstellbar. Was würde das nämlich für Probleme bei Pendlern und Familien mit sich bringen? - Eltern, die in Hamburg arbeiten, während ihre Kinder in Schles-

**(Tobias Koch)**

wig-Holstein zur Schule müssen und umgekehrt? - Das wäre das Gegenteil von Familienfreundlichkeit. Es wäre nur schwer vorstellbar, dass wir auf diese Weise Landesgrenzen zementieren wollten, anstatt sie zu überwinden.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat sich die CDU auf ihrem Landespartei-tag im November 2017 dafür ausgesprochen, einen gemeinsamen Feiertag als verbindendes Element der norddeutschen Bundesländer einzuführen, der als kirchlicher Gedenktag die Werte unserer Gesellschaft aufgreift und prägt.

Unser Dank gilt deshalb Ministerpräsident Daniel Günther ebenso wie seinen Amtskollegen aus den norddeutschen Bundesländern. Die Verständigung der Ministerpräsidenten auf den Reformationstag als gemeinsamen norddeutschen Feiertag trägt all diesen Aspekten Rechnung. Mein Dank gilt aber genauso unseren Koalitionspartnern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Für beide Parteien war es noch ein ganzes Stück weit schwieriger, diesen Weg gemeinsam mitzugehen. Aber auch das zeichnet unser Jamaika-Bündnis aus. Obwohl wir dazu nichts im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, ziehen wir hier am Ende an einem Strang.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genauso gilt mein Dank allen Oppositionsfraktionen dafür, dass diese Entscheidung am Ende im Einvernehmen zustande kommt und zumindest im Ausschuss ohne Gegenstimmen getroffen worden ist. Wobei ich schon sagen muss, liebe SPD: Diese Frage zum Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen zu machen, halte ich für falsch und vollkommen fehl am Platz.

(Lachen Jörg Nobis [AfD])

Ja, wenn Sie jetzt anfangen, Werbeanzeigen bei Facebook zu schalten und zu behaupten, Sie als SPD hätten sich durchgesetzt, dann glauben Sie das doch selbst nicht.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns von Ihnen jedenfalls nicht treiben lassen.

(Zurufe)

- Leider bekomme ich ab und zu solche Facebook-Posts von Ihnen mit gesponserten Beiträgen einge-

blendet. Ich muss mal schauen, wie man das ausblenden kann.

(Beifall - Dennys Bornhöft [FDP]: Das war Werbung für die GroKo! Das war etwas anderes! - Weitere Zurufe)

Da haben Sie Ihre Zielgruppe schlecht definiert. Ihre Werbeanzeigen sind bei mir herausgeschmissenes Geld.

(Christopher Vogt [FDP]: Was hast du denn für Freunde? - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Fahren Sie fort, Herr Abgeordneter. Das Schöne an so einer Plenardebatte ist ja, dass wir hier nicht mit Facebook arbeiten müssen, sondern uns selbst das sagen können, was wir wollen.

(Beifall - Zuruf: Gefällt mir!)

**Tobias Koch [CDU]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich wollte darauf hinweisen, dass die SPD weder die erste Fraktion war, die sich für einen zusätzlichen Feiertag eingesetzt hat, das waren nämlich in der letzten Wahlperiode schon die PIRATEN, noch hat die SPD die überzeugenden Argumente zugunsten des Reformationstages geliefert.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Deswegen ist es vollkommen unangemessen, diese Frage jetzt zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen zu machen.

Viel wichtiger als solche Auseinandersetzungen ist es, jetzt diesen neuen Tag zukünftig gemeinsam zu gestalten und daraus etwas positives Neues zu entwickeln.

(Serpil Midyatli [SPD]: Es hat keiner gesagt, dass ich mit Ihnen zusammen feiern soll!)

Auch dazu will ich noch einmal aus dem Schreiben von Bischof Magaard zitieren. Dort heißt es:

„Der Reformationstag als gesetzlicher Feiertag würde die Gelegenheit bieten, die historischen und kulturellen Wurzeln unseres Zusammenlebens in Freiheit, Würde und Demokratie zu vergegenwärtigen und dabei auch zu fragen, welche Impulse wir angesichts der vielfältigen Herausforderungen heute brauchen.“



**(Tobias Koch)**

Ich freue mich deshalb, dass der Reformationstag zukünftig jedes Jahr als Feiertag begangen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Özlem Ünsal.

**Özlem Ünsal [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Zunächst eine kurze Vorbemerkung, Herr Koch.

(Tobias Koch [CDU]: Feiertagspolitische Sprecherin!)

- Ja, das bin ich tatsächlich, so wie Sie anscheinend auch. Ich freue mich, dass Sie unsere Facebook-Beiträge so intensiv verfolgen. Das heißt, die wirken dann anscheinend.

(Zuruf: Er liket auch alles!)

Um dort anzuknüpfen: Die SPD und der DGB beschäftigen sich in der Tat seit letztem Sommer - da gab es Ihren Beschluss dazu leider noch nicht, nur einmal zur Erinnerung - mit diesem zusätzlichen Feiertag, und für den setzen wir uns auch weiterhin vehement ein, und das aus berechtigtem Grunde. Denn wenn man einmal vergleicht, wie die Feiertagslage aussieht, wissen Sie genauso gut wie ich: Im Vergleich zu den südlichen Bundesländern mit 13 Feiertagen gibt es in Schleswig-Holstein nämlich nur neun. Ich glaube, daraus ergibt sich ein ganz klares Ungleichgewicht und ein Nachholbedarf für einen zehnten Feiertag in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Schleswig-Holsteinerin und sehr bekennende Norddeutsche sage ich in unserer gewohnten Sprache: Da ist noch 'n büschen Luft nach oben, würde ich behaupten.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Das sehe zumindest ich so.

(Vereinzelter Beifall SPD - Jörg Nobis [AfD]: Als nächstes feiern wir den Matrosenaufstand!)

- Das kommt hoffentlich auch noch. Es ist ja noch ein bisschen Luft nach oben.

Der neue Feiertag stellt für uns einerseits eine Wertschätzung für unsere schleswig-holsteinischen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dar. Im Gegensatz zu Ihnen ist das nämlich für uns kein Denckmantel. Andererseits ist er ein wichtiger Schritt, um das Nord-Süd-Gefälle abzubauen.

Natürlich gibt es für einen neuen Feiertag verschiedene sinnvolle Vorschläge. Es ist kein Geheimnis - auch das war gerade im Geraune zu hören -, dass für meine Fraktion der Gedenktag des Matrosenaufstandes, nämlich der 2. November, die erste und stärkste Präferenz zu einem weiteren schleswig-holsteinischen Feiertag war, nicht zuletzt in Gedenken an den Beginn der Revolution von 1918, die in Kiel ihren Ausgang nahm

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

und den Auftakt zur Beendigung des Ersten Weltkrieges sowie zur Gründung des ersten demokratischen Staates in Deutschland ausmachte.

(Beifall FDP und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sollte Sie verdammt noch mal auch in gewisser Weise interessieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Demokratinnen und Demokraten, 2018 ist der 100. Jahrestag dieses historischen Ereignisses. Aber wir sind nicht im Alleingang unterwegs. Vielleicht muss man an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, wofür dieser historische Tag steht.

Eine wichtige Rolle bei unserer Entscheidung spielte zudem eine mögliche Einigung der fünf norddeutschen Länder, von denen Mecklenburg-Vorpommern diesen Tag bereits als Feiertag eingeführt hat. Es ist für viele Menschen in Schleswig-Holstein, aber auch für viele Menschen über unsere eigenen Landesgrenzen hinweg nicht nachvollziehbar, warum wir vor unserer Haustür eine Feiertagsgrenze vorfinden. In zahlreichen Familien arbeiten Lebenspartner in Hamburg oder in Schleswig-Holstein, oder Kinder gehen sowohl dort als auch hier zur Schule.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Es wäre im Ergebnis ein Schildbürgerstreich, wenn ein Teil der Familie an einem Tag frei hätte und der andere Teil eben nicht. Gemeinsame Zeit für Erholung bliebe da in der Tat sichtlich wenig übrig. Bei allem Reiz und Verständnis des Engagements für weitere Vorschläge und entgegen vielfältiger populistischer Widerstände - das können Sie mir als langjährig Engagierte im Bereich der Frauenrechte und des interkulturellen und interreligiösen Dialoges durchaus glauben - gilt es hier, individuelle

**(Özlem Ünsal)**

Vorschläge hinter die Verbundlösung erst einmal zurückzustellen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete Ünsal, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

**Özlem Ünsal [SPD]:**

Selbstverständlich. Bitte sehr!

**Lars Harms [SSW]:** Ich wollte nur darauf hinweisen: Zum derzeitigen Zeitpunkt - noch haben wir es nicht beschlossen - haben wir an zwei Grenzen unterschiedliche Feiertage, nämlich einmal zu Mecklenburg-Vorpommern, wo dieser Reformationstag schon begangen wird, und auf der anderen Seite zur deutsch-dänischen Grenze, wo auch auf beiden Seiten der Grenze gearbeitet, gelebt und zur Schule gegangen wird.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Auch dort gibt es Unterschiede. Das war bisher nie ein Problem und wurde auch hier in diesem Parlament nie als ein Problem angesehen.

- Dann sollten wir das an dieser Stelle einmal nachholen. An dieser Stelle finde ich es wichtig, noch einmal deutlich aufzuführen, das hätte man dort natürlich auch machen können, durchaus. Das kann ich gut nachvollziehen.

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, können wir uns darauf verständigen, dass die Abgeordnete Ünsal jetzt hier vorn spricht?

**Özlem Ünsal [SPD]:**

Deshalb läuft es mehrheitlich vermutlich auf diesen Reformationstag hinaus. Und dieser wurde bereits 1990 aufgrund des Einigungsvertrages in den neuen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch Landesrecht eingeführt. Unabhängig von religiösen oder konfessionellen Überzeugungen war die Reformation faktisch auch prägend für die weitere geschichtliche Entwicklung der norddeutschen Länder.

Inzwischen herrscht auch unter den Feiertagskritikern - wie beispielsweise der FDP in diesem Saal - Einigkeit, einen weiteren arbeitsfreien Tag einzuführen. Darüber freuen wir uns, denn auch die Koalitionäre, das haben wir vorhin durch die Ausführungen von Herrn Koch gehört, mussten doch durchaus noch einmal untereinander streiten, bis es dann überhaupt zu einer Einigung kam und damit auch unserem SPD-Vorstoß - auch wenn Herr Koch das an dieser Stelle so vehement ablehnt - gefolgt werden konnte.

(Beifall SPD)

Wir kommen damit gemeinsam dem Wunsch vieler Menschen in Schleswig-Holstein nach einem zusätzlichen Feiertag im Verbund nach. Nach intensiver Befassung in den letzten Monaten weiß ich um die hohe Emotionalität dieses Themas und danke der interessierten Öffentlichkeit und vielen Institutionen, die mich und viele aus diesem Landtag kontaktiert haben, für ihre vielfältigen Rückmeldungen. Seien Sie gewiss: Sie haben alle Gehör gefunden. Es gab eine Vielzahl an konstruktiven Vorschlägen für mögliche Feiertage. Die waren zum Teil weltlich, auch religiös, sowie unterschiedliche Vorbehalte, unter ihnen eine Vielzahl guter Vorschläge, die in der bisherigen Debatte aber ohne Mehrheiten und leider nicht im Nordverbund durchsetzbar waren. Ich habe Ihren Ausführungen auch nichts anderes entnommen, Herr Koch.

Beim Reformationstag wurde beispielsweise auch die Gefahr gesehen, dass es die Gesellschaft eher spalten könnte, weil er als Affront gegen Anders- und Nichtgläubige gesehen werden könnte. Der Reformationstag als gesetzlicher Feiertag sollte deshalb auch über seine religiöse Bedeutung hinaus die Gelegenheit dazu schaffen, die mit der Reformation ebenfalls verbundenen kritischen Aspekte - die gibt es nämlich auch - in den gesellschaftlichen Diskurs zu stellen und das interreligiöse Leben in Deutschland zu reflektieren und darüber nicht bestimmte religiöse Gruppen zu adressieren geschweige denn populistisch über sie entsprechend eine Debatte zu führen.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ohne das Lutherjahr wären vermutlich auch nicht die antisemitischen Äußerungen des späten Martin Luther aus den Kammern der Gelehrten heraus in die breite Öffentlichkeit getragen und diskutiert worden.

Am Schluss bleibt meine Forderung nach einem weiteren Feiertag für das schönste Bundesland der

**(Özlem Ünsal)**

Welt. Aber wir wollen nicht die Wer-hat's-erfunden-Diskussion übertreiben.

(Zurufe)

- Nein, Herr Koch, das wollen wir nicht. Gestehen Sie sich das ein, dass die feiertagspolitische Sprecherin das durchgetragen hat.

(Heiterkeit - Beifall Kay Richert [FDP])

Deshalb sage ich als feiertagspolitische Sprecherin gemeinsam mit meinen feiertagspolitischen Sprecherkollegen des Landtages auch: Am Ende muss für Schleswig-Holstein ein zusätzlicher Feiertag dabei herauskommen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der ist verdient, längst überfällig und nur gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich die Emotionalität hier höre, treffen wir wohl doch den richtigen Nerv.

Wir werden aus diesem Grunde - hören Sie gut zu - dem Änderungsantrag zustimmen und unseren vorliegenden Entwurf selbstverständlich gern zurückziehen

(Zuruf: Sehr gut!)

und damit eben den Feiertag für Schleswig-Holstein zügig ermöglichen, Herr Koch. Darüber freuen Sie sich doch, oder?

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wusste nicht, dass es feiertagspolitische Sprecherinnen und Sprecher gibt. Ich beantrage sofort eine auswärtige Sitzung, damit wir uns die Feiertagskultur in anderen Ländern angucken können und dazu eine Ausschussreise machen. Ich erkläre mich für meine Fraktion zuständig.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf: Helgoland! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich werde mich auch nicht an dem Wettkampf beteiligen, wer zuerst für den Reformationstag war. Liebe Vertreterinnen und

Vertreter der evangelischen Kirche: Wir Grünen waren es nicht.

Insofern handelt es sich auch um eine Beendigung dieser Neiddebatte. Ich finde nicht, dass man Feiertage einführen sollte, weil die einen mehr oder andere Feiertage haben. So wie wir die süddeutschen Länder kennen, werden sie vielleicht auf die Idee kommen, den Reformationstag ebenfalls einzuführen, um für ihre protestantische Minderheit einen Vorteil zu haben. Dann hängen wir immer weiter hinterher.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das ist nicht das, was die Menschen bei uns im Land glücklich macht. Ich glaube, sie waren auch ohne diesen zusätzlichen Feiertag schon die glücklichsten Menschen.

(Zuruf: Die wollen den ganzen Tag Karneval feiern!)

Nichtsdestotrotz hören Sie raus: Der Mehrheit meiner Fraktion fällt die Zustimmung zu dem heutigen Gesetzentwurf nicht leicht; aber beginnen wir mit dem, was uns leicht fällt: Wir beschließen heute einen neuen Feiertag in Schleswig-Holstein, und das ist ein guter Tag für alle - auch für uns.

(Thomas Hölck [SPD]: Chillen oder wie?)

Das Wetter kann übrigens mal so oder so sein - Frau Raudies hat das ja eben gesagt -: Wir wissen überhaupt nicht, ob es im Oktober schöner als im Juni wäre. Ein zusätzlicher Feiertag bedeutet eine Pause im Alltag und eine Möglichkeit zur Zusammenkunft für Freundinnen und Freunde und für Familien, Zeit und Raum für Begegnung und Erholung.

Meine Damen und Herren, wir haben zum Beispiel gestern über die Digitalisierung in der Landwirtschaft und natürlich über die vielen Vorteile gesprochen, die das bringt, weil alles sehr viel schneller und sehr viel unkomplizierter geht. Es ist aber gut, wenn wir in dieser Gesellschaft auch Zeiträume finden, in denen man mal wieder Zeit hat und in denen, liebe FDP, ein Geschäft an solchen Tagen vielleicht auch geschlossen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD - Zurufe)

Dabei muss ich sagen, dass so ein Tag im Übrigen auch durchaus zum Tanzen und Feiern genutzt werden darf, auch wenn es ein Gedenktag ist.

**(Eka von Kalben)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tobias von Pein [SPD] - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich möchte nur eine Sache sagen: Es war im Vorfeld der Diskussion einiges über Trickereien und „Wer hat was?“ zu hören. Wir haben nach langer Überlegung, welchem Tag wir unsere Zustimmung geben wollen, einen Änderungsantrag zum SSW-Antrag eingebracht. Wir finden das gerechtfertigt, weil der SSW hier zumindest parlamentarisch diese Debatte angestoßen hat. Vielen Dank dafür; es hat ja dann auch zu einer Diskussion geführt. Dass wir den fast wortgleichen Antrag der AfD ablehnen, hat auch etwas mit seiner Begründung zu tun.

Jetzt komme ich dazu, warum wir uns diesen Feiertag als einen Feiertag für alle wünschen: Es sollte mitnichten ein allein protestantischer Feiertag werden. So habe ich auch den Brief vom Herrn Bischof verstanden. Es soll ein Tag für das Wir in unserer Gesellschaft werden. Die Reformation war letztlich auch der Beginn der Spaltung der Kirche. Das muss man einfach auch mal so sehen. Deswegen war es auch sehr schön, dass unser katholischer Ministerpräsident dann trotzdem gesagt hat: „Im Zuge des norddeutschen Verbunds schaffen wir einen norddeutschen Feiertag“, und sich auch auf einen protestantischen Tag einlassen konnte.

Lieber Lars Harms, das haben wir im norddeutschen Verbund getan. Es gibt natürlich auch im dänischen Grenzland Menschen, die hin- und herpendeln; aber ihr werdet zugeben: Angesichts der Menge der betroffenen Menschen im Hamburger Umfeld ist es vielleicht doch noch etwas anderes. Hier gehen viele Mütter und Väter zur Arbeit und ihre Kinder haben dann schulfrei. Wenn wir einen Tag als Tag für Familien leben wollen, dann macht es natürlich Sinn, dass man gemeinsam einen Tag lang frei hat.

(Martin Habersaat [SPD]: Habt Ihr die Grüne Jugend mit dabei?)

Wir würden natürlich einen weltlichen Feiertag bevorzugen; auch unsere Grüne Jugend würde das bevorzugen, lieber Herr Habersaat. Deswegen haben wir uns für den 8. März ausgesprochen, den Weltfrauentag; auch das wäre ein starkes Signal aus einer Jamaika-Koalition gewesen. Dafür haben wir keine Mehrheit, und dafür wird es vermutlich auch in den anderen norddeutschen Bundesländern keine Mehrheit geben.

Der Reformationstag eignet sich ganz besonders dazu, auch Kritik an Religion und Kirche zu üben. Das ist es, womit Luther begonnen hat. Er hat sich

ja gerade die herrschenden Verhältnisse kritisch angeguckt. Natürlich muss man seine Äußerungen zu Juden infrage stellen, und natürlich ist da etwas, was uns sehr besorgt gemacht hat - auch die Kritik der Jüdischen Gemeinde. Trotzdem kann man es positiv drehen und sagen: Genau diese Kritik wollen auch wir an herrschenden Gesellschaften weiter üben. Wir wollen jedes Jahr neue 95 Thesen entwickeln, wie wir diese Gesellschaft noch besser machen können. Die müssen überhaupt nicht christlich, jüdisch, muslimisch oder säkular sein, sondern einfach Thesen, mit denen wir versuchen, diese Gesellschaft besser zu machen. Wenn wir das als Anlass nehmen, kann das ein super Tag werden.

Einen letzten Punkt, den ich richtig gut fand, möchte ich am Beispiel meiner Kirchengemeinde erwähnen: Wir alle wissen, dass die Menschen sich am 31. Oktober noch viel mehr als für den Reformationstag für ein anderes Ereignis interessieren. Das mag man doof oder gut finden: Die Menschen interessieren sich am 31. Oktober mehrheitlich für Halloween, dafür, dass man sich verkleidet und dass man Partys feiert und sonst was. In meiner Kirchengemeinde hat die Pastorin das zum Anlass genommen und die Konfirmandinnen und Konfirmanden eingeladen, mal eine Nacht in der Kirche zu übernachten, unter der Überschrift: Hab keine Angst, sei mutig. Trau dich, dich gegen bestehende Dinge zu wehren. Trau dich, dich für das Gemeinwohl einzusetzen. - Wenn dies das Zeichen des Reformationstages ist, dann freue ich mich jetzt schon auf den 31. Oktober dieses Jahres. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

(Zurufe)

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Lars Harms! Die schon etwas länger laufende Diskussion um die Einführung eines weiteren Feiertags in Schleswig-Holstein hat im Laufe des vergangenen Jahres eine durchaus interessante Dynamik entwickelt. Wir haben dieses Thema bekanntermaßen stets mit einer - so will ich einmal sagen - eher verhaltenen Begeisterung begleitet, weil wir offensichtlich eine etwas andere Schwerpunktsetzung haben als unsere geschätzten Mitbewerber.



**(Christopher Vogt)**

Über viele Jahre hat bei uns im Norden eigentlich kaum jemand - jedenfalls für mich nicht wahrnehmbar - von der dringenden Notwendigkeit eines neuen Feiertags gesprochen. Noch Mitte der 90er-Jahre wurde mit Verweis auf die Pflegeversicherung mit dem Buß- und Betttag sogar ein Feiertag abgeschafft - bis auf Sachsen, die einen höheren Beitrag haben.

(Zuruf SPD)

Als das 500. Reformationsjubiläum näher rückte und der 31. Oktober 2017 zum einmaligen bundesweiten Feiertag erklärt wurde - selbst das tiefkatholische Bayern machte mit; sie sind in dem Bereich der Zahl der Feiertage eh führend -, hat sich die Diskussion ein Stück weit verändert. Viele Menschen haben im vergangenen Jahr diesen freien Tag genossen. Ob die meisten wirklich die Grundlagen ihres Glaubens reflektiert oder die vielfältigen Folgen der Reformation überdacht haben, sei dahingestellt. Seitdem wurde jedenfalls plötzlich recht intensiv die Diskussion darüber geführt, ob es in Schleswig-Holstein einen weiteren gesetzlichen Feiertag geben soll.

Das wichtigste Argument, das von den leidenschaftlichen Befürwortern ins Feld geführt wurde - wie zum Beispiel Lars Harms -, war der Unterschied der Zahl der Feiertage zwischen Schleswig-Holstein und dem Süden der Republik. Schleswig-Holstein hat bisher nur neun gesetzliche Feiertage, in Bayern sind es 13, regional sogar bis zu 15 Feiertage. Das Ganze wurde als eine Art Gerechtigkeitsdebatte geführt.

Ich räume ein, auch ich persönlich schaue manchmal etwas neidisch in Richtung Süden der Republik. Allerdings sollten wir uns vor allem darum kümmern, dass wir in der Bildungspolitik und der Wirtschaftskraft mit Bayern gleichziehen. Ich glaube, das wäre die bessere Prioritätensetzung. Aber sei's drum.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum kümmert sich die Jamaika-Koalition auch. Darum bin ich an dieser Stelle ganz entspannt, wir werden hier ganz schnell aufholen.

Bei aller Freude über einen weiteren Feiertag sollten wir nicht diejenigen vergessen, die dies im Wesentlichen bezahlen müssen. Das sind im Kern die kleinen und mittleren Unternehmer. Der Tourismusbereich, der bei uns sehr stark ist, wird vermutlich von einem weiteren Feiertag profitieren. Das kann man wohl relativ einfach vorhersagen. Das produzierende Gewerbe und viele kleine Selbstän-

dige mit vielleicht zwei oder drei Angestellten werden vermutlich weniger begeistert von unserem heutigen Beschluss sein. Deshalb möchte ich an dieser Stelle betonen, dass wir weiter konsequent daran arbeiten werden, Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland zu machen. Damit werden wir das hoffentlich sehr schnell überkompensieren.

Bezüglich des Anlasses für einen neuen Feiertag gab es eine ganze Reihe von durchaus respektablen Vorschlägen. Es waren am Ende so viele, dass ich sie nicht mehr alle zusammenbekommen würde; es war eine Reihe von klugen Vorschlägen dabei.

Ich möchte kurz darauf eingehen, warum wir in der Diskussion den 23. Mai, an dem im Jahr 1949 das Grundgesetz verkündet wurde, als Termin vorgeschlagen haben. Wir halten es für sinnvoll, sich immer wieder und verstärkt auf die grandiosen Grundrechte und die damit verbundenen Werte unseres Grundgesetzes zu besinnen.

(Beifall FDP)

Wir haben mit unserem Grundgesetz eine der liberalsten und modernsten Verfassungen auf der Welt. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben nur wenige Jahre nach dem furchtbaren Zweiten Weltkrieg, der weite Teile Europas verwüstet hat, dem Völkermord der Nazis an den Juden Europas und der Befreiung Deutschlands die Grundlage dafür geschaffen, dass die zweite Demokratie auf deutschem Boden eine sehr stabile wurde. Wir haben das große Glück, in einer der freiesten Gesellschaften der Welt leben zu dürfen.

Dass sich unser Land in den letzten Jahrzehnten so positiv entwickelt hat, ist alles andere als selbstverständlich. Daran sollten wir immer wieder erinnern. Das Grundgesetz ist das Fundament für unsere funktionierende Demokratie und unsere freie Gesellschaft. Gerade in diesen bewegten Zeiten lohnt es sich, immer wieder darauf hinzuweisen. Das muss nicht zwingend im Rahmen eines gesetzlichen Feiertags passieren, aber das sollten wir gemeinsam als Demokraten machen, weil das ein Tag ist, an dem sich alle Demokraten versammeln können.

(Vereinzelter Beifall)

Der Reformationstag ist - offen gestanden - nur unsere zweite Wahl gewesen. Ich fand den Wettlauf zwischen den Fraktionen interessant, wer am ehesten und vehementesten für den Reformationstag war. Ich sage ganz offen: Wir waren es nicht. Wir waren die Letzten. Deswegen sind wir bei diesem Wettlauf raus.

(Christopher Vogt)

(Lars Harms [SSW]: Die Vorletzten!)

- Entschuldigung, Lars Harms, das passiert mir selten, aber ich habe den SSW gerade vergessen, das stimmt. Ihr habt ja noch ein paar Minuten Zeit, euch umzuentcheiden.

Wir haben einen christlichen Feiertag nicht präferiert, damit aber als säkulare Partei auch kein grundsätzliches Problem. Am Ende war für uns das wichtigste Kriterium, dass man sich auf einen gemeinsamen norddeutschen Feiertag einigt. Der Reformationstag ist zurzeit der einzig realistische Tag. Es wäre den Familien und Betrieben, insbesondere im Hamburger Umland, aber auch in anderen Teilen des Landes nicht zu vermitteln gewesen, wenn die Bundesländer im Norden quasi zeitgleich einen weiteren Feiertag einführen, aber verschiedene Termine wählen würden. Lars Harms, es war den Hamburgern schwer zu vermitteln, den Tag der Landesverfassung Schleswig-Holsteins zu nehmen.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP] - Thomas Hölck [SPD]: Anlass für eine Fusion!)

- Die wollen ja lieber mit Dänemark fusionieren. Mit dem Reformationstag haben wir einen respektablen Termin genommen. Der Reformationstag sollte nicht nur als Feier-, sondern als Gedenktag begangen werden. Die Reformation hat neben religiösen auch zu gewaltigen politischen, kulturellen und ideengeschichtlichen Veränderungen geführt. Manche waren positiv, andere dagegen eindeutig negativ. Das sollte man sich an diesem Tag vergegenwärtigen. Es lohnt sich allemal.

Herr Dr. Tietze, ich hoffe dass sich die Nordkirche, aber auch andere wichtige gesellschaftliche Institutionen an diesem Tag engagieren werden, diesen Tag vernünftig zu begehen. Wer sich nicht jedes Jahr mit der Reformation beschäftigen möchte, macht sich eben einen entspannten freien Tag, feiert Halloween oder, Frau von Kalben, kauft vielleicht im Internet ein, am besten bei regionalen Anbietern. Das ist in unserer freien Gesellschaft das gute Recht eines jeden.

(Beifall FDP)

Ich finde das völlig in Ordnung.

Wir finden es gut, dass wir heute einen so breiten Beschluss hinbekommen und freuen uns auf den 31. Oktober 2018. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Im zurückliegenden Jahr 2017 haben wir in Schleswig-Holstein 500 Jahre Reformation gefeiert. Wir haben die Luther-Dekade mit dem Reformationstag in einem angemessenen Rahmen gewürdigt und mit dem außerordentlichen Feiertag den Menschen in Schleswig-Holstein etwas zurückgegeben.

Jetzt bin ich doch bei dem Wettlauf. Die AfD-Fraktion hat bereits im Juni 2017 den Antrag auf Einführung des Reformationstags als dauerhaften Feiertag gestellt. Ich selbst habe an dieser Stelle im August 2017 als Einziger diesen Antrag und Reformationstag vertreten.

(Jörg Nobis [AfD]: So ist es! - Beifall AfD)

Herr Harms, ich danke Ihnen dafür, dass Sie mit dem Antrag des SSW zur Einführung eines zusätzlichen Feiertags eine Initialzündung erzeugt haben. Was dann aber passierte, ist eine echte Parlamentsposse. Das Hin und Her allein bei der Findung eines solchen Feiertags förderte eindrucksvoll zutage, dass Sie mit keiner Ihrer Vorstellungen die Gesellschaft wirklich erreicht haben. Die hier vertretenen Parteien konnten sich bis zuletzt weder auf einen gemeinsamen Feiertag noch auf eine gemeinsame Begründung eines solchen Feiertags einigen. Einig waren und sind Sie hingegen, als es darum ging, mit Ihren Auffassungen als Demokraten dafür zu sorgen, dass die AfD keinen Fuß an Deck bekommt, wie der SSW gestern in der Presse zu vernehmen war. - Herr Harms, wir sind bereits an Deck. Nehmen Sie das gern zur Kenntnis!

(Zurufe AfD: So ist das!)

Wenn ich hier nun in die Runde der Demokraten sehe und dabei die zufriedenen Gesichtsausdrücke erkenne, kann ich Sie alle nur beglückwünschen. Ihnen ist hier wahrlich eine große parlamentarische Leistung geglückt.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Sie lehnen einen Antrag der AfD-Fraktion für den Reformationstag ab, nur um dann einen eigenen Antrag für den Reformationstag durchsetzen zu können. Eine Sternstunde im Kieler Landtag! Vielen Dank dafür!

(Beifall AfD)

(Claus Schaffer)

Mit etwas mehr Ernst betrachtet dürfte dabei aber auffallen, dass zwischen dem Antrag der AfD und dem heutigen Ergebnis knapp ein Dreivierteljahr liegt, in dem niemand außer der AfD den Reformationstag wirklich wollte. Mit etwas mehr Sachlichkeit betrachtet muss dabei auffallen, dass es Ihnen nicht gelungen ist, den Feierlichkeiten der Reformation und dem Abschluss der Luther-Dekade einen wahrhaft würdigen Schlusspunkt zu verleihen. Sie haben es schlicht versäumt, in einem über Parteigrenzen hinweg einigen Landtag den Reformationstag als Feiertag bereits im Jahr 2017 einzuführen. Gelegenheit haben Sie dazu gehabt.

(Beate Raudies [SPD]: Da war der doch Feiertag!)

- Als gesetzlichen Feiertag regelmäßig - einfach nur zuhören, dann klappt es auch.

Mit etwas mehr Nähe zur Gesellschaft - exakt diese Nähe erwarte ich von Demokraten - hätte Ihnen aufgehen müssen, dass es für eine Demokratie nicht von Bedeutung ist und auch nicht sein kann und darf, von wem eine politische Initiative ausgeht, sondern für wen sie wirkt.

(Jörg Nobis [AfD]: So ist das! - Beifall AfD)

Schleswig-Holstein hat den Reformationstag 2017 doch längst begrüßt und angenommen, aber das hat bei Ihnen offenbar überhaupt keine Bedeutung.

Der Landtag umschifft die AfD, war gestern in der Presse zu lesen. Nicht alle schaffen dies ohne Havarie. Wohin es führt, wenn sich eine Partei einzig die Bekämpfung einer anderen Partei zum Ziel gesetzt hat, können Sie aktuell am Niedergang der SPD erkennen. Lehnen Sie weiter getrost jeden Antrag der AfD ab,

(Zurufe)

bringen Sie gern auch gleichlautende oder identische Anträge ein, wie Sie es bereits bei der Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes getan haben, legen Sie gern auch Anträge der AfD auf Eis, wie Sie es gerade mit der dringend notwendigen Regelung zum Rettungsschuss für die Polizei getan haben, drehen und winden Sie sich in Ihrer eigenen politischen Ausrichtung und nicht selten gegen Ihre Wahlversprechen, wie Sie es bei dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder CETA getan haben!

(Jörg Nobis [AfD]: Einfach weitermachen! - Beifall AfD - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP] - Unruhe)

Es mag sein, dass dieses Verhalten im Kieler Landtag eine geübte Praxis ist, wie wir auch lesen durften. Aber macht es das zu einem richtigen Verhalten? Ist das der richtige Weg, mit einem Mandat der Wähler umzugehen? Ich denke, der Wähler erwartet von Politikern, dass diese Probleme erkennen und angehen. Dem Wähler ist es vollkommen gleich, welche Partei es tut.

(Zurufe)

Die AfD-Fraktion entscheidet stets in der Sache, ohne Ansehen der Person. Denn für uns gilt: Vernunft statt Ideologie. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Widerspruch CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Martin Habersaat [SPD]: Ab heute?)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne die Jungen Katholischen Christen aus Kiel und die Eckener-Schule Flensburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Kieler Landtag!

(Beifall)

Für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut uns sehr, dass unsere Initiative vom Juni letzten Jahres, einen Feiertag einzuführen, nun endlich von Erfolg gekrönt ist.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wir holen jetzt ein wenig auf, und die Menschen in Schleswig-Holstein bekommen einen freien Tag mehr, den sie auch wirklich verdient haben.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Die Diskussionen zum Feiertag waren sehr gut, und auch die Anhörung zu unserem Vorschlag „Tag der Landesverfassung“ war durchaus interessant.

Was aber noch interessanter ist, dass heute kaum einer das bekommt, was er eigentlich haben wollte. Die CDU - der Kollege Koch sagte es gerade eben - war reserviert und wies darauf hin, dass sie eher keinen Feiertag haben wollte, weil das der Wirtschaft schade. Heute bekommt sie einen Feiertag.

(Kay Richert [FDP]: Das waren wir!)

Die FDP hat sogar ganz klar einen Feiertag ausgeschlossen. „Mit uns nicht“, hat man gesagt. Als man nicht mehr anders konnte, weil der Druck der

(Lars Harms)

Bürgerinnen und Bürger zu groß wurde, hat die FDP dann einen weltlichen „Tag des Grundgesetzes“ vorgeschlagen. Heute stimmt sie weder gegen den kirchlichen Feiertag noch für ihren eigenen Vorschlag.

Noch exotischer ist es mit der SPD. Sie hatte drei Feiertage ins Gespräch gebracht und hier den Matrosenaufstand favorisiert. Der wäre durchaus als Norddeutsch verbindend durchgegangen. Aber die Reformationslobby war denn auch für die Sozialdemokraten zu groß, und sie sind dann mit roten Fahnen ins Kirchlager umgeschwenkt, meine Damen und Herren.

(Zurufe SPD)

- Keine Sorge, ihr seid ja nicht die Einzigen! - Die Grünen wollten in gar keinem Fall einen kirchlichen Feiertag. Sie hätten am liebsten den Weltfrauentag gehabt. Herausgekommen ist natürlich das genaue Gegenteil. Schon Luther hat gesagt - ich zitiere -:

„Die größte Ehre, die das Weib hat, ist allemal, dass die Männer durch sie geboren werden.“

Okay, dann feiern wir eben das, liebe Grüne. Aber meins ist das nicht.

(Heiterkeit)

Aber Scherz beiseite, meine Damen und Herren. Wir haben eine Anhörung durchgeführt. Mir ist es bisher noch nie untergekommen, dass man das Ergebnis einer Anhörung vollkommen missachtet. Hier und heute ist es nun das erste Mal, dass ich das erlebe. Die Anhörung war eindeutig. Für den Reformationstag hat sich kaum jemand ausgesprochen. Im Gegenteil: Die katholische Kirche und auch die jüdische Glaubensgemeinschaft haben explizit deutlich gemacht, dass sie diesen Feiertag gerade nicht als verbindend auffassen können. Die katholische Kirche empfinde an dem Tag die für sie schmerzliche Kirchentrennung, und die jüdische Gemeinschaft verweist auf das antisemitische Gedankengut Luthers. Auch für Muslime und Buddhisten oder auch Menschen, die gar nicht an einen Gott oder Ähnliches glauben, ist ein solcher Tag kein verbindender Tag.

Wenn man dann noch in der Begründung zum Vorschlag der Regierungsfractionen im Ausschuss liest, dass man mit dem Reformationstag auch die Hoffnung verbindet - ich zitiere -, „dass dieser Tag Chancen bietet für einen reflektierten Umgang mit Fragen zu Religion und Gesellschaft“, dann haben wohl die Ungläubigen und Andersgläubigen bisher

unreflektiert gedacht und müssen nun auf Linie gebracht werden. Das ist nicht unbedingt das, was alle Menschen verbindet.

Genau um eine solche Diskussion zu vermeiden, haben wir einen „Tag der Landesverfassung“ vorgeschlagen, weil dieser Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und eben unabhängig von Glaubensfragen ist. Gerade in der heutigen Zeit, in der diese Werte vielerorts in Bedrängnis kommen, ist es besonders wichtig, diese Werte in den Mittelpunkt zu stellen. Betrachtet man das Ergebnis der Anhörung, liegen wir mit diesem Ansatz auch gar nicht verkehrt. Die weit überwiegende Zahl der Anzuhörenden hat sich für einen Tag der Landesverfassung ausgesprochen, unter anderem auch, weil dieser einen Bezug zu Schleswig-Holstein hätte - eigentlich etwas, was für einen Feiertag bei uns selbstverständlich sein sollte.

Nun wird ins Feld geführt, dass man einen gemeinsamen norddeutschen Tag haben wolle, wohl auch um eine - wie auch immer geartete - norddeutsche Identität zu kreieren. Dann hätte man aber auch den Matrosenaufstand nehmen können; der hat immerhin eine demokratische Legitimation.

Auch der Hinweis, meine Damen und Herren, dass man einheitliche Feiertage in Hamburg und Schleswig-Holstein bräuchte, damit nicht Familien auseinander gerissen werden, überzeugt nicht. In anderen Bundesländern gibt es auch unterschiedliche Feiertage, und dort kann es zu den gleichen Situationen kommen. Auch dort pendelt man in Großstädte, und Grenzpendler nach Dänemark haben sich in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten mit dieser Situation auseinanderzusetzen. Das klappt gut, und davon ist die Welt nicht untergegangen.

Im Übrigen wären auch die Schüler kein Problem gewesen; denn die Schulen im Grenzgebiet zu Hamburg auf beiden Seiten der Grenze hätten ihre beweglichen Feiertage jeweils auf die Tage legen können, an denen in den Bundesländern die unterschiedlichen Feiertage gewesen wären. Das wäre also alles gar kein Problem gewesen, wenn man gewollt hätte, dass man einen schleswig-holsteinischen Tag bekommt.

Am Ende geht es nämlich darum, dass ein weiterer kirchlicher Feiertag eingeführt wird, womit die christliche Prägung unseres Landes noch einmal unterstrichen wird. Das geschieht automatisch in Abgrenzung zu anderen Glaubensgemeinschaften. Das ist der Kern, der bleibt, und das sehen wir in der Tat immer noch kritisch.



**(Lars Harms)**

Gleichwohl ist klar, dass einer der Hauptgründe unserer Initiative war, dass die Schleswig-Holsteiner einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag haben sollten, weil immer noch eine Ungerechtigkeit gegenüber anderen Bundesländern besteht. Diese Ungerechtigkeit wird mit einem neuen Feiertag etwas verkleinert, weshalb wir nichts gegen einen neuen Feiertag haben können, wenn wir uns auch einen anderen Inhalt des Feiertags und ein anderes, mehr sommerliches Datum gewünscht hätten.

Sei es drum, meine Damen und Herren. Die Schleswig-Holsteiner bekommen dank unserer Initiative einen freien Tag mehr, und dem stehen wir natürlich nicht im Weg. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen am 31.10. "Happy Halloween".

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun der Abgeordnete von Pein.

**Tobias von Pein [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein hat im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger arbeitsfreie Tage. Das ist zweifelsohne ungerecht und aus Arbeitnehmer- und Gewerkschaftssicht auch nicht akzeptabel. Deshalb finde ich die Initiative zur Einführung eines neuen Feiertags auch richtig und wichtig.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Hier den Reformationstag zu nehmen, halte ich jedoch für falsch. Er ist alles andere als ein weltlicher Feiertag. Im Jahr 2018, in dem sich viele Menschen, die Mehrheit in diesem Land, eben keiner Konfession zugehörig fühlen oder sich mit religiösen Fragen beschäftigen, passt dies nicht wirklich in die Zeit. Ohne Frage ist die Reformation kein alleiniges religiöses Ereignis gewesen. Jedenfalls folgte dem - obwohl natürlich viel später - viel an Aufklärung und an gesellschaftlichem und auch demokratischem Fortschritt; das muss man auch dazu sagen. Dies erkenne ich aus weltlicher Sicht durchaus an. Aber auch für evangelische Fürsten gab es damals zunächst nur einen wahren legitimen Glauben. Erst Jahrhunderte später wurden auch andere Weltanschauungen akzeptiert.

Es gibt keinen Anlass, die Ereignisse um die Reformation und das, was daraus folgte, zu romantisieren. Auch wenn die Reformation zweifelsohne den

Weg zu weitgreifenden Umbrüchen bereitet hat, bleibt sie untrennbar mit dem Namen Martin Luthers verbunden. Dass dieser ganz bestimmt kein Heiliger war, ist bewiesen. Seinen Antisemitismus hat er unverhohlen ausgesprochen. Seine judenfeindlichen Äußerungen oder sein Siebenpunkteplan seien nur als Beispiel erwähnt. Ich muss das hier nicht weiter ausführen. Das ist nämlich ziemlich ekelhaft. Das gehört zum Bild dazu. Da kann man im historischen Kontext auch nichts isoliert betrachten. Da gibt es wirklich nichts zu relativieren.

Wenn es also heute eine breite Mehrheit für den Reformationstag gibt, dann muss zumindest diese kritische Aufarbeitung garantiert sein. Ich erwarte, dass der Reformationstag Raum dazu gibt, sich kritisch mit der Person Martin Luthers auseinanderzusetzen. Im letzten Jahr, dem Jahr des Reformationsjubiläums, wurde das ja in Teilen auch richtig gut getan. Das muss also fester Teil der politischen Bildungsarbeit sein, egal, ob es nun ein Feiertag wird oder nicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine wachsende Zahl von Menschen in Schleswig-Holstein identifiziert sich weiterhin mit keiner Religion, und das dürfen wir nicht ausblenden. Als säkularer Sozialdemokrat hätte ich einen weltlichen Feiertag deshalb für zeitgemäßer und in diesem Haus auch für mehrheitsfähig gehalten. Mein Kollege Lars Harms hat das eben, finde ich, sehr treffend dargestellt. Der Tag der Landesverfassung oder der Tag des Kieler Matrosenaufstands wären eindeutig bessere Alternativen gewesen. Deshalb kann ich dem vorliegenden Beschlussvorschlag leider nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Baasch [SPD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Oppositionsführer, Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zum Ende der Debatte gern noch einmal drei Gesichtspunkte aufgreifen. Zum einen finde ich es richtig, dass wir uns, auch wenn man eine andere Präferenz hatte, zu einer gemeinsamen Lösung durchringen. Es ist eine gute Sache für dieses Haus, dass das mit großer Mehrheit beschlossen wird.

**(Dr. Ralf Stegner)**

Da gelegentlich auch ein bisschen Geringschätzung für den Vorschlag der SPD zum Ausdruck gekommen ist, des Kieler Matrosenaufstands zu gedenken, möchte ich sagen, dieser Vorschlag hatte auch etwas damit zu tun: Das waren sehr mutige Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens für das Ende des Krieges und für den Beginn der Demokratie eingetreten sind,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

und das am Standort Kiel. Das gibt es ja nicht so oft. Deswegen würde ich mir wünschen, dass, unbeschadet dessen, dass es kein Feiertag wird, das 100-jährige Jubiläum in diesem Jahr eine besondere Wertschätzung erfährt, nicht nur durch die Sozialdemokratie, sondern auch durch andere; denn ich glaube wirklich, dass es eine große Tat gewesen ist, die Monarchie zurückzudrängen und dafür zu sorgen, dass es demokratische Verhältnisse gibt. Das ist ein gutes Signal gewesen, das von Kiel ausgegangen ist, und das ist ein guter historischer Tag für Kiel. Es gibt sehr viele Veranstaltungen, auch solche der Sozialdemokratie, zu denen ich Sie herzlich einladen möchte, wenn sie in diesem Jahr stattfinden.

Zweite Bemerkung. Die Verengung auf ökonomische Gesichtspunkte, die teilweise die Debatte geprägt hat, finde ich ganz falsch. Wir haben eine 24-Stunden-Gesellschaft, in der rund um die Uhr unglaublich viel stattfindet, aber in der kaum Gelegenheit zu Muße, Reflektion und zum Nachdenken besteht. Auch die Frage, dass das Ökonomische nicht allein unser Leben bestimmt, finde ich, ist schon etwas, worüber es sich nachzudenken lohnt. Ein Feiertag ist durchaus etwas, was Gelegenheit dazu bietet. Auch deswegen begrüße ich das.

Die dritte Bemerkung, die ich gern machen möchte, ist: Ich habe selbst Geschichte studiert, und ich weiß, man muss Menschen und Dinge immer in ihrem historischen Kontext betrachten. Da macht es sich mancher übrigens sehr leicht, der von seinem Stuhl aus heute Dinge beurteilt. Die Reformation war in allererster Linie auch eine gesellschaftliche Reformbewegung. Sie war eine Reformbewegung, die sich zum Beispiel gegen das richtete, was vorher durch die Bauernkriege, durch die Pestwelle, durch die Dominanz der Kirche, die Bildung und andere Dinge entstanden ist. Übrigens ist die Reformation sogar die Voraussetzung dafür, dass heute die Religionen friedlicher zusammenarbeiten und dass es die Ökumene gibt, weil sie sich nämlich gegen die Dominanz der damals herrschenden katholischen Kirche richtete, die ja die Leute mit Ablass-

shandel und allen möglichen Dingen wie der Inquisition und Bildungsprivilegien getriezt hat. Sie ist auch der Ausgangspunkt von Urbanität und Zivilität in Deutschland.

Ich glaube, einen solchen Tag, den Tag der Reformation, als Ausgangspunkt zu wählen, um über gesellschaftliche Reformen zu reden, die das Gemeinwesen stärken, sich gegen Privilegien richten und heute Toleranz gegenüber allen anderen ausüben, ist etwas Gutes für unsere Gesellschaft. Wenn das der Landtag heute mit großer Mehrheit sagt, dann ist das eine prima Angelegenheit. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Holowaty.

**Stephan Holowaty [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Besucher! Ich werde dem vorliegenden Gesetzentwurf und damit der Einführung des Reformationstages als Feiertag zustimmen, aber ich werde das nicht mit Freude tun. Ich werde das nicht mit Überzeugung tun. Ich werde das mit zwei weinenden Augen tun, nicht mit einem lachenden.

(Zuruf SPD: Mit der Hand!)

- Ja, und ich werde das in der Tat mit der Hand tun. Danke für diesen praktischen Hinweis darauf, wie man hier abstimmt, den ich als Neuling natürlich gern von Ihnen aufnehme.

Warum dem so ist, warum ich das ohne jede Freude tun werde, werde ich Ihnen gern begründen. Der wesentliche Grund dafür, warum ich zustimmen werde, ist ein rein praktischer. Ein freier Tag wäre für die Familien gerade im Hamburger Umland viel weniger wert, wenn er nicht in beiden Ländern gilt. Wer in einem Land wohnt, zur Schule oder zur Kita geht und in einem anderen Land arbeitet, der ist darauf angewiesen, dass die Feiertage einheitlich sind. Das ist für mich aber auch der einzige Grund, der für diesen Tag spricht.

Ende 2015 gehörten in Schleswig-Holstein gerade einmal knapp 48 % der Menschen der evangelischen Kirche an. Nahezu genauso viele, 47 %, gehörten keiner der großen Religionsgemeinschaften an. Trotzdem: Von den neun bisherigen Feiertagen in Schleswig-Holstein sind sechs bereits christliche,

**(Stephan Holowaty)**

religiöse Feiertage. Meine Damen und Herren, ein weiterer christlicher Feiertag stiftet für mich keinen weiteren Sinn.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Der Reformationstag eint für mich nicht. Er ist kein Feiertag, der bei der Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein mehr ziehen könnte. Der Reformationstag ist für mich persönlich der falsche Feiertag. Er ist ein freier Tag, das ist richtig. Reformationstag oder Halloween? - Ich befürchte, den meisten wird das egal sein.

Dagegen hätte es eine bessere Alternative gegeben, und das ist in der Tat der 23. Mai, der Tag unseres Grundgesetzes. Artikel 1 unseres Grundgesetzes sagt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Was gibt es denn für einen besseren Wert für alle in diesem Land als die Würde des Menschen? Unsere Grundrechte betreffen alle Menschen in unserem Land, unabhängig von Religion, unabhängig vom Alter, unabhängig von der sexuellen Orientierung, unabhängig von der Herkunft und unabhängig davon, was Menschen sonst unterscheidet. Die Würde des Menschen als universelle Basis wäre in der Tat ein gemeinsames Verständnis. Das wäre ein echter Grund für einen sinnstiftenden Feiertag gewesen.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Es wäre nett, Ihre Aufmerksamkeit jetzt wieder dem Kollegen Holowaty zukommen zu lassen. - Herzlichen Dank.

**Stephan Holowaty [FDP]:**

- Ja, ich danke auch dafür, auch wenn Sie vielleicht keine Lust dazu haben, aber das ist egal.

Das gäbe uns die Chance, Jahr für Jahr ein anderes unserer Grundrechte in den Vordergrund zu stellen, und dafür, Jahr für Jahr diesen Feiertag, diesen 23. Mai, neu zu erfinden, die Vielfalt der Grundrechte darzustellen und an sie zu erinnern.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, wir beschließen heute den Reformationstag und geben den Menschen einen freien Tag mehr. Aber wir geben der großen Mehrheit - zumindest meine ich, dazugehören - keinen neuen Sinn. Wir vertun eine Chance. - Danke.

(Beifall Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bin aus grundsätzlichen ordnungspolitischen Gründen eigentlich gegen die Einführung eines neuen Feiertages, werde mich dem Anliegen aber trotzdem heute anschließen. Das kann man auch ganz einfach begründen.

Ich möchte noch etwas zur Art der Debatte sagen. Es wurde in der Debatte häufig gesagt: Die FDP, das sind die, die den Menschen den Feiertag nicht gönnen, und wir, die anderen Parteien, sind die, die die Menschen ganz großzügig damit beschenken. Das Ganze ist aber keine Neiddebatte, sondern das ist eine Frage der Wirtschaftskraft, und so haben wir diese in der FDP auch behandelt. Wer das kritisiert und so behandelt, wie das hier getan wurde - -

(Zuruf SPD: Ihr könnt ja den Weltspartag feiern!)

- Für den kommt das Geld aus dem Automaten und muss nicht erwirtschaftet werden. Das ist auch nicht ein Tag, an dem mal ein Laden zugemacht wird. Ich weiß nicht, was für ein Bild Sie von der Wirtschaft in unserem Land haben. Anscheinend keines. Wir sind ein Land, das auch sehr stark von Logistik abhängig ist. Logistik bedeutet, dass auch über größere Entfernungen Waren und Güter transportiert werden, zum Beispiel von Spanien nach Skandinavien. Die LKW, die das transportieren, dürfen an einem Feiertag nicht fahren. Jetzt raten Sie einmal, was passiert, wenn wir an einem Mittwoch einen Feiertag haben. Wird dann wohl ein LKW von Spanien aufbrechen und nach Skandinavien fahren?

(Zuruf SPD: Auf die Schiene!)

Nein, das wird er nicht tun. Es fällt also nicht ein Tag aus, es sind fünf Tage, die ausfallen.

(Zurufe SPD)

- Merken Sie nicht, dass das total unsympathisch ist, wenn Sie sich nicht dem zuwenden, was die Menschen auch beschäftigt? - Deswegen haben wir grundsätzliche ordnungspolitische Überlegungen, die gegen einen Feiertag sprechen.

Nun ist es so, dass sich der Ministerpräsident mit den Regierungschefs der Nachbarländer auf den Reformationstag geeinigt hat. In diesem Fall fällt für uns die ordnungspolitische Notwendigkeit, sich

**(Kay Richert)**

dagegen auszusprechen, natürlich weg, denn wenn in Hamburg und Niedersachsen die LKW nicht fahren dürfen, dann dürfen sie es natürlich auch in Schleswig-Holstein nicht. Deshalb werden wir dem als zweitbeste Lösung zustimmen.

Den Kritikern an einem Reformationstag möchte ich übrigens sagen: Es handelt sich hier nicht um einen Martin-Luther-Tag. Wir werden nicht Herrn Martin Luther an diesem Tag verehren, sondern wir werden an die Werte der Reformation denken. Ich finde die Kritik hier etwas überzogen.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls?

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr gern.

**Birte Pauls [SPD]:** Ich hätte gern Ihre Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage in Bayern.

- Sehr geehrte Kollegin Pauls, ich will gerade weg von der Neiddebatte. Das hat nichts damit zu tun, dass wir hier zu wenige Feiertage haben. Glauben Sie, dass die Wirtschaftskraft besser wird, wenn wir hier mehr Feiertage haben? Das ist doch ein absoluter Unsinn. Bitte, kommen Sie doch von dieser Basis weg.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Kay Richert [FDP]:**

Wenn sie diesmal sinnvoller ist.

**Birte Pauls [SPD]:** Sie scheinen mich nicht verstanden zu haben. Deswegen frage ich noch einmal: Wie bekannt, gibt es in Bayern, ich glaube, 14 Feiertage. Auch dort müssen LKW fahren oder nicht. Haben Sie den Eindruck, dass dies der bayerischen Wirtschaft in irgendeiner Art und Weise schaden kann? Jedenfalls ist es selbst von der IHK in Bayern eine Behauptung, dass das nicht der Fall ist. Teilen Sie denn diese Auffassung?

- Wie der Einfluss der Feiertage in Bayern ist, kann ich nicht sagen. Ich kenne allerdings die Aussagen der Wirtschaft hier vor Ort, und die sind in der Tat gespalten, da haben Sie recht. Während die ganz

normalen Wirtschaftsverbände das eher unkritisch sehen, sind die Logistikverbände sehr wohl der Auffassung, dass sie das sehr einschränkt.

Ich komme zum Schlusswort. Als FDP-Mann und ordnungspolitisch orientierter Mensch habe ich natürlich meine Kritik an einem Feiertag und auch an einem Reformationstag. Als aufgeklärter Christ freue ich mich natürlich, dass es der Reformationstag geworden ist. Ich möchte noch die Bemerkung machen: Das ist nicht nur gut für aufgeklärte Christen, denn von den Werten des Reformationstags profitieren auch alle anderen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Röttger.

**Anette Röttger [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es hält mich nicht auf dem Stuhl, aus der Stadt der sieben Türme kommend und mit den Erfahrungen des Reformationsjahres im letzten Jahr. Ich finde, wir haben im letzten Jahr auf ganz vielfältige Weise und in ganz vielfältigen Veranstaltungen erlebt, was Martin Luther uns sagen wollte. Ich meine auch, dass die Abschlussveranstaltungen am Reformationstag gezeigt haben, dass die Kirchen gefüllt waren und die Menschen dort Antworten auf ihre Fragen gesucht haben.

(Zuruf Thomas Rother [SPD])

In diesem Jahr waren die Kirchen voll, Herr Rother.

Nach meiner Auffassung sind es drei Dinge, die uns in unserer Gesellschaft immer wieder ein Stück weit abhanden gekommen sind. Das ist Orientierung, das ist Halt und das ist Zeit. Wenn wir diese drei Dinge auf den neu einzuführenden Reformationsfeiertag legen, dann haben wir eine gute Gelegenheit, in den nächsten Jahren diesen Tag für diese drei Dinge zu nutzen: Orientierung, Halt und Zeit.

Die Kirchentüren stehen offen. Wir alle haben gute Gelegenheit, uns dort über die Werte auszutauschen, die in unserem christlich geprägten Land noch stehen. Sie geben uns die Möglichkeit, dass wir uns an ihnen ausrichten und daran orientieren.

Wer das nicht tun möchte, der kann mit Martin Luther sprechen: Denn wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, kann ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen. - Vielen Dank.



(Anette Röttger)

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Herr Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

**Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Glauben Sie es mir: Das war eine hochinteressante und, wie ich finde, tolle Diskussion, die es hier gegeben hat. Selten sind so offen und ehrlich unterschiedliche Meinungen miteinander diskutiert und ausgetragen worden. Dies zeigt, dass es keine einfache Lösung gibt. Wenn man sich einig wäre und einfach mal nur so einen Feiertag schaffen wollte, dann wäre dies wirklich zu leicht. So hat die Diskussion denn auch etwas anderes gezeigt. Schauen wir doch einmal ein wenig zurück:

Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode lagen mehrere Anträge vor, die das Ziel haben, einen zusätzlichen Feiertag für dieses Land zu schaffen. In geradezu vorbildlicher Weise begann dann der gesellschaftliche Dialog, der für die Einführung eines Feiertages auch notwendig ist, mit allem Für und allem Wider.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat viele gesellschaftliche Gruppen um ihre Einschätzungen gebeten: Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, aber auch Historiker und Hochschuldozenten. Sie alle wurden gefragt, ob sie die Einführung eines zusätzlichen Feiertages überhaupt für sinnvoll erachten würden. Der Ausschuss wollte wissen, welches denn die unterschiedlichen Abwägungen und die Pros und Kontras in der Sache seien. So wurden dann die unterschiedlichsten Vorschläge und auch die unterschiedlichsten Daten zusammengetragen. Es wurden immer mehr, und es gab für jeden dieser Termine gute Gründe und gute Überlegungen. Die Bewertung all dieser Vorschläge war sicherlich eine sehr große Herausforderung. Und das haben wir in der heutigen Diskussion noch einmal in Gänze erlebt.

Die Debatte, der politische Diskurs über Feiertage, erfolgte, wie ich fand, in der notwendigen Tiefe und offen, ohne inhaltliche, thematische oder jahreszeitliche Einschränkungen und Vorgaben. Kirchliche, weltliche, gesellschaftliche Anlässe wurden diskutiert. Dabei ging es nicht um die Frage, ob wir einfach nur mal einen neuen Feiertag einrichten

wollen, sondern es gab eine Diskussion über Inhalte.

Meine Damen und Herren, nun haben - und dazu hat unser Ministerpräsident Daniel Günther einen ganz wichtigen Beitrag geleistet - sich die Bundesländer Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame Lösung für die Menschen zu finden. Vielleicht war dafür auch die Erinnerung an den Reformationstag zum 500. Jubiläum ausschlaggebend, der übrigens, Herr Schaffer, nicht durch Beschluss dieses Hauses, sondern durch Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz als einmaliger Feiertag beschlossen worden war. Hier gibt es also insofern keine Periodika oder eine sich daran anknüpfende Möglichkeit, sondern das war eine einmalige Entscheidung.

Aber dieser Tag hat ganz viele Menschen bewegt. Ich muss es wirklich sagen: In diesem Zusammenhang geht ein ganz großes Lob an die Evangelische Kirche, die dieses Ereignis nicht nur als wichtiges Fest ihrer Kirche gefeiert hat, sondern es ganz bewusst auch als Fest für alle Menschen über alle Glaubensgrenzen hinweg angelegt hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gerade diese interkulturelle und gesamtgesellschaftliche Ausrichtung mit den vielfältigen Veranstaltungen hat diesen Reformationstag, diesen 31. Oktober, in ein ganz besonderes Licht gerückt und ihn - bis dahin vielleicht nur als Halloween-Tag bewusst - für die Menschen völlig neu entstehen lassen. Ich glaube, Gemeinschaften sind in tradierter und in die Zukunft gerichteter Weise diskutiert und präsentiert worden. Menschen haben über Glaube, über Philosophie, über unterschiedliche Glaubensrichtungen miteinander diskutiert. Vielleicht war das auch der Grundstock dafür, dass man gesagt hat: Könnte das vielleicht ein neuer Ansatz dafür sein, um die Diskussion, die wir an diesem Tag geführt haben, in der Gesellschaft weiter fortzuführen?

Ich muss sagen, meine Damen und Herren: Ich bin mit dieser Lösung sehr glücklich. Das ist eine Lösung, die verhindert, dass sich einzelne Länder von der Entwicklung in unserer norddeutschen Region abschotten oder separieren, dass wir mit einem Mal wieder das bekommen, was wir alle immer wieder anprangern, nämlich zu einer Kirchturmlösung oder zu einer Rathauslösung zu kommen, die Vereinzelungen vorsieht. Wir wollen hier doch gemeinschaftlich für die Menschen arbeiten.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Wenn Sie nicht zuletzt an die Menschen in der Metropolregion denken - das ist vorhin schon einmal gesagt worden -, die in Hamburg arbeiten oder im Umland wohnen, dann bedenken Sie bitte auch, dass die Menschen dort arbeiten müssen, während die Kinder frei haben. Schon alleine daran kann man erkennen, wie schwierig es heute ist, Familie zusammenzuhalten. Dieser Tag, dieser 31. Oktober, ist für mich ein Tag zum Innehalten. Ich glaube, ihn für einen zusätzlichen Feiertag zu wählen, ist eine gute Entscheidung.

Alle Argumente, die heute vorgetragen worden sind, auch die Argumente über andere Feiertage oder andere Anlässe, haben jeweils Gewicht. Sie, Herr Dr. Stegner, haben dazu in einer sehr breiten Weise etwas ausgeführt. Ich kann Ihren Gedanken voll und ganz folgen. Die 100 Jahre Matrosenaufstand, die wir jetzt auch in Kiel feiern, sind ein für unsere gesellschaftliche Entwicklung wichtiger Tag. Wir müssen diesen Tag deshalb auch angemessen begehen. Die Frage jedoch, ob sich die Menschen an einem solchen Tag wiederfinden, kann ich nicht beurteilen; ich weiß es nicht.

Ich hoffe nur, dass der von uns nun ausgewählte Tag eine Chance hat, in unser aller Sinn eben nicht nur ein freier Tag zu sein, sondern ein Tag, an dem die Familie Zeit füreinander hat. Ich freue mich deshalb darauf, einen solchen Feiertag zu bekommen. Dabei geht es mir nicht darum, einen weiteren freien Tag zu bekommen, sondern darum, einmal innezuhalten, um mit der Familie, mit Freunden etwas zu unternehmen.

Ich hoffe, dass dieser Beschluss heute mit großer Einvernehmlichkeit gefasst werden wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratungen.

Bevor wir fortfahren, müssen wir noch eines klären: Die Fraktion der AfD hat namentliche Abstimmung beantragt, ohne mir jedoch mitzuteilen, worauf sich die namentliche Abstimmung beziehen soll. Bezieht sich das auf die Drucksache 19/11 oder auf die Drucksache 19/38?

(Jörg Nobis [AfD]: Was meinen Sie jetzt?)

Wir haben hier über den Änderungsantrag in der Drucksache 19/38 abzustimmen und gegebenenfalls danach über die Drucksache 19/11, die dann in der

Fassung der Drucksache 19/509 zum Tragen kommt.

(Unruhe)

- Die AfD-Fraktion beantragt also namentliche Abstimmung über die Drucksache 19/509. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der AfD-Fraktion. Die Gegenprobe! - Das sind alle anderen Fraktionen und die Abgeordneten des SSW. Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist somit abgelehnt.

Ich lasse nun zunächst über den Änderungsantrag in der Drucksache 19/38 abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Änderungsantrag in der Drucksache 19/38 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie die Abgeordneten des SSW. - Dagegen ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Gesetzentwurf Drucksache 19/11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD mit Ausnahme des Abgeordneten von Pein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP, der CDU und der AfD mit Enthaltungen des Abgeordneten von Pein und den Abgeordneten des SSW in der Fassung der Drucksache 19/509 angenommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Altersvorsorge verbessern - Altersarmut bekämpfen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/510

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/549

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn uns die Beauftragten unseres Parlamentes ihre Berichte geben und gute Vorschläge dabei sind, sind

(Werner Kalinka)

wir gut beraten, diese nicht in der Schublade verschwinden zu lassen, sondern uns damit auch politisch zu beschäftigen. Einen solchen guten Vorschlag haben wir von der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten in ihrem Bericht 2016 dargelegt bekommen, in dem sie uns eine bedeutsame Gerechtigkeitslücke aufgezeigt hat. Diese besteht für diejenigen, die Grundsicherung bekommen oder eine Erwerbsminderung. Eine Erwerbsminderung kann man sehr schnell im Leben haben. Wenn man davon betroffen ist und eine Durchschnittsrente von etwas über 700 € hat, ist das ein ganz besonders tiefer Einschnitt. Von denjenigen, die davon betroffen sind, haben wir im Land Schleswig-Holstein 40.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger. Alle, die in diesem System sind, bekommen, auch wenn sie zuvor etwas aus eigenen Leistungen für die Rente getan haben, nicht mehr als die Grundsicherung, und dies ist ungerecht.

Der Antrag, den wir gestellt haben, sagt deutlich, dass wir die Landesregierung bitten, sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass dieses anders werden möge. Ich meine, es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass derjenige, der selbst etwas einzahlt und mehr tut als andere, davon später auch etwas hat.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist eine wichtige Sache. Die Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme steigt nicht, wenn wir solche Gerechtigkeitslücken nicht reduzieren oder gar auf andere Wege bringen. Das ist ganz klar eine Frage der Akzeptanz der Generationenverträge, die hieran sichtbar wird.

Ein Letztes möchte ich hinzufügen. Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass wir etwas tun müssen, um mit eigener Beteiligung die Altersvorsorge sicherzustellen. Auch dafür benötigen wir das Mitmachen und die Akzeptanz. Daraus hat sich eine Diskussion entwickelt, zum Beispiel auch vonseiten der FDP - Dennys Bornhöft will dazu sicherlich etwas sagen -, die die Fragen von Transparenz, Vorsorgekonto und eine höhere Wahlfreiheit beim Renteneintrittsalter ermöglichen betrifft.

Wir haben vor zwei Tagen von der SPD den interessanten Antrag bekommen, der Fraktionsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möge wie folgt ergänzt werden - also keine Ablehnung unserer Vorschläge, sondern er möge wie folgt ergänzt werden -: Beim Thema höhere Wahlfreiheit beim Renteneintrittsalter heißt es, dass die jetzige Regelaltersgrenze nicht weiter angehoben werden

möge. Das ist ein Thema, über das man, glaube ich, miteinander diskutieren kann. Wir haben in diesem Haus vor zwei Sitzungen, meine ich, auch über die Frage der 48 % miteinander diskutiert und haben ein Einvernehmen in dieser Frage erreicht. Bei den anderen beiden Punkten wird es sicherlich schwieriger werden, das Thema einer Solidarrente und - wie Sie es formulieren - die bisher nicht versicherten Selbstständigen mit einzubeziehen mit dem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen. Da müsste es großer Künste bedürfen, um hier ein Einvernehmen zu erreichen.

Aber eines will ich noch festhalten: Wenn ich nicht etwas überlesen habe, habe ich in dem Antrag das Wort „Bürgerversicherung“ nicht mehr gelesen. Das ist zumindest ein Signal, das man aufnehmen sollte.

Wenn man dies alles zusammenfasst und zu einem Ergebnis führt, glaube ich, sind wir klug beraten, beide Initiativen im Zusammenhang mit der im Sozialbereich anstehenden großen Diskussion zu beraten, nämlich: Was können wir tun, um auf Dauer die Alterssicherung wirklich sicherer zu machen und damit Altersarmut zu reduzieren? Das ist ein großes Thema.

Zweitens haben wir bei uns im Sozialausschuss das Thema Zukunftslabor - man mag es auch die Zukunftssicherung hier im Landesbereich - nennen. Wie auch immer wir es jetzt bezeichnen, beide großen Themen liegen bei uns im Sozialausschuss, im Ministerium, und deshalb, glaube ich, sind wir gut beraten, dass wir diese beiden Anträge dazunehmen und in eine gründliche und grundlegende Diskussion zu diesen Themen eintreten. Vielleicht gelingt uns die eine oder andere Formulierung, an die wir bisher noch nicht glauben. In dem Sinne wünsche ich uns viel Erfolg bei den Beratungen.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Baasch [SPD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der Regierungskoalition gelesen habe, war ich überrascht über dessen Inhalt. Es ist zu begrüßen und vielleicht sogar ein neuer Politikansatz in der Jamaika-Koalition zur Lösung von

**(Wolfgang Baasch)**

Problemen, konkrete politische Forderungen zu formulieren; nicht erst ein Zukunftslabor, nicht erst Gutachten, sondern die Lösungsvorschläge aufgreifen, die auf dem Tisch liegen. Es ist richtig, die Berichte unserer Beauftragten sehr ernst zu nehmen und sorgfältig auszuwerten.

Diese von der Koalition formulierten Änderungsvorschläge zur Bekämpfung von Altersarmut sind teilweise schon in unserem Antrag „Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme ausbauen“ vom Oktober 2017 benannt. Darin forderten wir, dass die Anrechnungsregelung bei der Grundsicherung zu überprüfen ist. Diese Forderung stellen auch der Sozialverband Deutschland und unsere Bürgerbeauftragte. Wir begrüßen daher, dass sich die Jamaika-Koalition nun auch auf diesen Weg begeben hat.

Des Weiteren weisen wir mit unserem Alternativantrag darauf hin, dass wir Sozialdemokraten bereits im September 2017 mit unserem Antrag „Rente für die Zukunft sichern, Altersarmut verändern“ dieses Thema in den Landtag eingebracht haben. Darum erlauben wir uns, den Antrag der Regierungsfractionen um die Punkte zu ergänzen, die wir bereits im Landtag diskutiert haben; denn die Feststellungen vom September 2017 sind heute im Februar 2018 nach wie vor notwendig, um eine angemessene und verlässliche Altersvorsorge zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, im Alter gut versorgt zu sein. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, und vor allem ist es eine Frage der Würde. Dabei ist die lebensstandardsichernde gesetzliche Rente für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in unseren Sozialstaat von grundlegender Bedeutung. Gerade die Alterssicherung muss sich wie die anderen sozialen Sicherungssysteme immer wieder an wandelnde Verhältnisse anpassen und dabei für alle Generationen verlässlich bleiben.

Die SPD steht dabei für eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung zur Prävention von Altersarmut. Um Altersarmut zu verhindern, muss eine Solidarrente eingeführt werden. Ich bleibe noch einmal bei unserer Begrifflichkeit, Herr Kollege Kalinka: Wir nennen es Solidarrente. Schaut man in den Koalitionsvertrag, der auf Bundesebene ausgehandelt wurde und bei dem jetzt beraten wird, ob ihm zugestimmt wird, sieht man, dass die Solidarrente dort Grundrente heißt. Ich glaube, es gibt einen Weg, wie wir zueinander kommen. Ich bleibe aber bei meinem Lieblingsthema, der Solidarrente.

Wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und Zeiten für Kindererziehung oder Pflege angerechnet bekommt, soll einen Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente, eine Grundrente, haben, die spürbar über der Grundsicherung liegen muss. Dazu gehört auch, dass wir politisch garantieren müssen, dass es kein weiteres Absenken des Rentenniveaus unter 48 % gibt. Eine glaubwürdige Politik muss auch garantieren, dass das Renteneintrittsalter nicht weiter angehoben wird. Wer 67 Jahre alt ist, hat es verdient, in den Ruhestand zu gehen. Dazu wollen wir flexible Renteneintrittsmöglichkeiten fördern und damit unterschiedliche berufliche Belastungen und Erwerbsverläufe berücksichtigen. Das ist sehr wohl eine Möglichkeit, über einen solchen Punkt wie das Renteneintrittsalter diskutieren zu können.

Wichtig ist, dass wir schon im Erwerbsleben die Weichen für eine gute Alterssicherung stellen. Wir müssen in Weiterbildung und Qualifizierung investieren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und auch das Lohnniveau durch eine stärkere Tarifbindung sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns eint in der Rentenpolitik die Anerkennung der Lebensleistung der Menschen und das Anliegen, einen wirksamen Schutz vor Altersarmut in unserer Gesellschaft zu schaffen, der auch einen Schutz vor Armut durch Erwerbsminderung umfassen muss. Da wünsche ich mir einen konstruktiven Dialog, um den Kampf gegen Altersarmut wirksam umzusetzen. Ich bin sehr froh, dass wir das im Sozialausschuss fortsetzen wollen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Dieser Antrag ist ein weiteres Ergebnis dessen, was unsere Koalition ein Stück weit ausmacht: In Schleswig-Holstein nähern sich Parteien mit ihren Positionen an, deren Wahlprogramme kaum Schnittmengen beinhaltet hatten. Das Thema Altersarmut beschäftigt alle Parteien. Für eine armutsfeste Absicherung im Alter sind alle, allerdings unterscheiden sich die Positionen von CDU, FDP und Grünen auf Bundesebene zum Thema Rente ganz erheblich.



(Lasse Petersdotter)

Dennoch freut es mich, dass wir hier in Kiel der Politik in Berlin zeigen, wie es gehen kann. Wir bitten die Landesregierung, eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Altersversorgung auf den Weg zu bringen. Sie beinhaltet ein Maßnahmenpaket gegen Altersarmut. Das ist mehr, als die Große Koalition in Berlin in den letzten vier Jahren zustande gebracht hat.

Aus „Rente mit 70“ wird ein flexibler Eintrittskorridor in den Ruhestand. Manche Menschen sind noch im hohen Alter so fit, dass sie weiter berufstätig sein wollen und können. Auf die Mehrheit der Menschen trifft dies allerdings nicht zu. Genau deshalb halten wir Grüne eine Heraufsetzung der Altersgrenze auf 70 Jahre für falsch. Menschen sollen und können selbst entscheiden, wie lang sie erwerbstätig sein wollen. Ein flexibler Rentenkorridor, zum Beispiel zwischen dem 60. und 70. Lebensjahr, kann dies möglich machen. Dafür setzen wir Grüne uns schon lange ein.

Wer nicht frei entscheiden kann, ob er oder sie arbeiten will, sind Erwerbsgeminderte. Psychische und physische Gesundheit sind Voraussetzungen für die berufliche Tätigkeit. Wer den täglichen Belastungen im Erwerbsleben dauerhaft nicht mehr gerecht werden kann, erhält Erwerbsminderungsrente. Dies wirkt sich massiv auf die Altersrente aus. Abschläge von 0,3 Prozentpunkten pro Jahr bis maximal 10,8 % müssen in Kauf genommen werden. Erwerbsminderung sucht sich keiner freiwillig aus, die Abschläge sind ungerecht und eine doppelte Benachteiligung. Damit muss Schluss sein. Wir Grüne wollen die Abschläge schon lange abschaffen.

Betriebliche und private Altersvorsorge sind wichtig, um im Ruhestand einen angemessenen Lebensstandard zu erhalten. Sie sind gute Instrumente, um sich vor Altersarmut zu schützen.

(Zuruf SPD: Ja, ja!)

- Ja, ja?

Ist die gesetzliche Rente sehr niedrig, besteht der Anspruch ergänzender Grundsicherung, aber unter dem Strich bekommen alle dasselbe Geld: diejenigen, die vorgesorgt haben und diejenigen, die dies nicht getan haben. Eigene Rentenansprüche - egal, ob betrieblich, gesetzlich oder privat - führen in der Grundsicherung nicht zu einem erhöhten Monatseinkommen. Das empfinden die Betroffenen nicht als gerecht. Wer aus eigener Kraft vorgesorgt hat, sollte im Alter auch einen kleinen Vorteil haben.

Auch in der Krankenversicherung der Rentnerinnen und Rentner geht es nicht gerecht zu. Rentnerinnen und Rentner zahlen auf ihre gesetzlichen Rentenleistungen den hälftigen Beitrag von 7,3 %. Das ist logisch, denn der Arbeitgeberbeitrag fehlt. Auf Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge wird allerdings der ganze Krankenversicherungsbeitrag von 14,6 % erhoben. Auch das sehen viele Menschen als ungerecht an.

Viele Menschen wissen nicht, wieviel Rente sie im Alter bekommen werden. Das führt zu Lücken in der Absicherung und fördert Altersarmut. Sicherlich: Es gibt die gesetzliche Rentenauskunft, doch sie ist mehr ein vager Anhaltspunkt und häufig nur die Hälfte der Wahrheit. Es ist sinnvoll, ein Angebot zu schaffen, dass alle individuellen Bausteine der Alterssicherung zusammendenkt. Im digitalen Zeitalter könnte dies ein internetbasiertes Vorsorgekonto sein. Um dem Datenschutz gerecht zu werden, muss natürlich alles freiwillig und mit einem individuell geschützten Zugang erfolgen.

Ein wichtiger grüner Baustein gegen Altersarmut fehlt in unserem Antrag: Wir wollen eine Garantierente einführen, die oberhalb der Grundsicherung liegt - ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Anrechnung von betrieblicher und privater Altersvorsorge. An dieser Stelle kommt Jamaika nicht zusammen, weder in Berlin noch in Kiel. Nichtsdestoweniger werden wir die Diskussion weiter führen, auch mit den sinnvollen Ergänzungen, die die SPD-Fraktion eingebracht hat. Wir werden dies im Sozialausschuss tun, ich freue mich über die Debatte, die hier weit sinnvoller geführt wird, als es in Berlin derzeit der Fall und in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Baasch [SPD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dennys Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Organisation und Finanzierung der Altersvorsorge ist eines der dringendsten sozialen Probleme, die wir in Deutschland haben. Man hat sich zu lange davon gedrückt, Reformen auf den Weg zu bringen, die Altersarmut effektiv bekämpfen können. Altersarmut können wir nur nachhaltig reduzieren, wenn wir besser vorbeugen. Aktuell be-

**(Dennys Bornhöft)**

ziehen 5 % aller Rentner Grundsicherung. In Zukunft werden es wahrscheinlich noch mehr sein.

Die diesbezügliche Verunsicherung unter jungen Leuten ist groß: Rund die Hälfte der Bevölkerung fürchtet sich davor, im Alter arm zu sein. Diesen Trend dürfen wir nicht ignorieren. Das Problem, vor dem wir hier stehen, ist vielschichtig und komplex. Die Wurzeln des Problems der Altersarmut reichen bis ins Kindesalter hinein: 5 % der Rentner sind auf Grundsicherung angewiesen, bei Kindern ist es mehr als jedes fünfte Kind. Kinder, die in ungünstigen sozialen Verhältnissen aufwachsen, haben es schwer, einen Schul- oder Berufsabschluss zu erreichen.

Keinen Schulabschluss zu haben, ist aber der größte Faktor, der Altersarmut begünstigt. Bildung ermöglicht den Erwerb von Vermögen und höheren Rentenansprüchen. Wer Kinderarmut bekämpft, bekämpft somit im Endeffekt auch Altersarmut.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher dürfen wir Altersarmut nicht nur als Problem derjenigen betrachten, die sich derzeit im Grundsicherungsbezug befinden oder eine zu kleine Rente haben. Wir lösen das Problem leider nicht, indem wir einfach nur die Renten erhöhen oder den Kreis der Bezugsberechtigten erweitern.

Es tut mir leid, dass ich hier etwas Wasser in den Wein gießen muss: Die Große Koalition in Berlin wird mit diesen Maßnahmen die Altersversorgung von Millionen von Bürgern nicht verbessern können, weil diese Politik nicht dauerhaft gegenfinanziert ist.

(Beifall FDP)

Denn die gesetzliche Rentenversicherung muss schon jetzt aus dem allgemeinen Steuertopf mit beinahe 100 Millionen € - und somit knapp zu einem Drittel - gegenfinanziert werden. Ich werde nicht müde zu betonen: Wer sich hier oder woanders hinstellt und sagt, allein die gesetzliche Rentenversicherung werde im Alter für ein gesichertes Einkommen sorgen, der belügt die jüngeren Generationen, die Menschen meines Alters und diejenigen, die noch jünger sind.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Herr Baasch, ich möchte gern Ihre Kritik aufnehmen. Ich bin sehr froh, dass wir das Zukunftslabor auf den Weg gebracht haben. Sie haben es ja selbst gesagt: Sie haben jetzt etwas vorgelegt, das Sie im September schon gemacht hatten. Wir haben zwar

schon Ideen, die etwas älter sind. Vielleicht sollten wir aber auch etwas neue Denke in die Altersvorsorge und Alterssicherung bringen. Vom Zukunftslabor erhoffe ich mir neue Impulse und Ideen, die wir von den 73 Personen hier vielleicht nicht bekommen.

(Beifall FDP)

Aber Sie wollten ja auch das Gutachten dafür streichen. Das haben wir ja zum Glück abgelehnt.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie haben doch gar nichts gesagt!)

- Meinen Sie? Vom FDP-Bundestagswahlprogramm habe ich ein, zwei Punkte genommen. Das ist in Ordnung.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Vom Bürgerbeauftragten!)

- Ich will jetzt nicht wissen, was redaktionell älter war, es ist aber auch gut, wenn es dort ähnliche Schnittpunkte gegeben hat.

(Weitere Zurufe SPD)

- Nicht zu laut, sonst merken das die Unionskollegen noch.

Um wieder zur Sache zurückzukommen, liebe SPD-Fraktion. Wir brauchen einen Dreiklang in der Altersvorsorge, bestehend zum einen natürlich aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die auch weiterhin ein wichtiges Instrument ist und bleiben soll. Daneben stehen aber auch die Betriebsrente und die private Altersvorsorge. Denn die eigene Altersvorsorge ist eine Investition, eine Investition in die eigene Zukunft. Bei einer Investition ist es in der Regel vorteilhafter, wenn man sich breiter aufstellt und nicht alles auf eine Karte setzt.

Sie können gerne auf Ihre Rente wetten, Herr Dolgner, aber ich würde es nicht tun.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist eine Wette auf die Langlebigkeit!)

- Je nachdem. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung weniger als bei der privaten Rentenversicherung, Herr Dolgner.

Aber, ich glaube, wir beide sind uns einig, dass es derzeit eine sozialpolitische Ohrfeige ist, wenn Sie tatsächlich eine Wette auf ein langes Leben abschließen und Sie dann - warum auch immer - in die Grundsicherung fallen, dass Sie dann davon nichts mehr haben, obwohl Sie noch ein paar Jahre leben. Das ist doch schade. Das ist etwas, das wir meines Erachtens alle angehen sollten. Denn derje-

**(Dennys Bornhöft)**

nige, der aus seinem eigenen Nettoeinkommen Anstrengungen bestreitet und privat vorsorgt, soll dann auch bitte definitiv mehr haben als diejenigen, die sich nicht um ihre eigene Altersversorgung bemühen.

(Beifall FDP und SSW)

Deswegen möchten wir mit diesem Antrag die bisherige Praxis der Verrechnung von Eigenleistungen für die Altersvorsorge mit der Grundsicherung aufbrechen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der schon länger an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigeht, ist die starre Altersgrenze, erst recht wenn sie pauschal erhöht wird. Warum soll nicht jemand mit 70 noch weiter arbeiten, beispielsweise eine Bürokauffrau oder ein Bürokaufmann, wenn sie oder er es selber möchte? Warum sollte man auf der anderen Seite einem Tiefbauer Steine in den Weg legen, wenn er früher in die Rente gehen will? - Wir müssen uns mehr auf den einzelnen Menschen fokussieren und nicht alles wie ein Mantra vor uns hertragen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Ich sehe gerade, meine Redezeit läuft ab. Wir möchten mit diesem Antrag ein Signal nach Berlin senden, dass es mit dem Denken von gestern in der Altersvorsorge vorbei sein muss. Wir müssen nach vorne gehen, wir müssen neue Ideen einbringen, und ich freue mich auf die weitere Beratung im Sozialausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Altersarmut dürfte es eigentlich gar nicht geben. Umso wichtiger ist es, dass die Jamaika-Koalition diesen Antrag eingebracht hat. Vielen Dank dafür.

Es sind nicht nur die Bilder von Pfandflaschen sammelnden Rentnern, sondern immer mehr Menschen reicht auch schon ein Blick auf die Rentenbescheinigung, damit sie verunsichert werden, um es einmal gelinde auszudrücken.

Die Angst vor Altersarmut in Deutschland ist so groß, aber nicht einmal die Hälfte der Bundesbürger legt etwas für die Altersvorsorge zurück. Woran liegt das eigentlich, und wie kann Politik hier gegensteuern? - Ein Lösungsansatz dazu lautet, dass wir den Menschen wieder mehr Sicherheit geben müssen. Sicherheit nicht nur bei der kurz- und mittelfristigen Lebensplanung, sondern vor allem auch im Hinblick auf ihr Arbeitsleben insgesamt und auf die Zeit, die sich daran anschließt.

Es war die Zinspolitik und die vollkommen wahnwitzige Geldmarktpolitik der EZB in den letzten Jahren, die dazu geführt haben, dass man auf Ersparnis keine Rendite mehr bekommt. Ganz im Gegenteil. Beispiel: Bei der Lebensversicherung beträgt der Garantiezins mittlerweile unter 1 % bei einer Inflation von über 1 %. Das bezeichnet man als Geldvernichtung.

Wenn man sich das vergegenwärtigt, und genau das geschieht immer häufiger, dann verwundert es auch nicht, dass laut ERGO-Risikoreport 2018 50 % der Deutschen davon ausgehen, dass sich eine Finanzkrise wie 2008 innerhalb der nächsten zehn Jahre wiederholen wird. Wie reagieren die Menschen in Sachen Geldanlage, wenn sie unsicher sind? - Sie investieren ihr Geld natürlich nicht in Lebens- oder Rentenversicherungen, auch nicht in Sparpläne oder in Aktienfonds und auch nicht mehr in Gold. Nein, sie fliehen in vermeintlich sichere Anlagen, sie fliehen ins Betongold. Eine wirkliche Lösung ist das aber gesamtgesellschaftlich gesehen nicht, allenfalls für diejenigen, die sich ein Häusle leisten können.

Die angesprochene ERGO-Studie zeigt aber noch etwas. Trotz der Ängste legt nur knapp die Hälfte aller Bundesbürger mehr als 50 € pro Monat für die Altersvorsorge zurück. Jeder fünfte Bundesbürger sorgt sogar gar nicht fürs Alter vor. Nochmals die Frage: Warum ist es so, dass die Menschen trotz ihrer doch weitreichenden Ängste nicht ausreichend Vorsorge betreiben? - Sie misstrauen, egal ob dem Euro, den Banken, den Versicherungen oder auch der gesetzlichen Rentenversicherung. Anders ist es nicht zu erklären, warum knapp 70 % der Befragten erwarten, dass das Rentenniveau in den nächsten zehn Jahren weiter sinken wird.

Auch wenn die GroKo in Berlin in ihrem Koalitionspapier eine Garantie der gesetzlichen Rente von 48 % zusichert, die übrigens nur bis zum Jahr 2025 gilt, werden die Menschen auch weiterhin misstrauisch bleiben, weil die Antwort auf die Fragen „Wie geht es weiter? Was kommt danach?“ wieder einmal nur unzureichend, nein, sogar eigentlich über-

**(Dr. Frank Brodehl)**

haupt nicht beantwortet worden ist. Und wenn man dann nicht mehr weiterweiß, werden fehlende Visionen und Planlosigkeit häufig durch die Bildung von Arbeitsgruppen und Kommissionen ersetzt. Und genau das ist ja auch schon eingeleitet worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Probleme sind seit vielen Jahren bekannt. Passiert ist zwar viel, aber nichts, was den Bürgern wirklich wieder Sicherheit gebracht hätte. Die nach der jüngsten Insa-Umfrage bundesweit zweitstärkste Partei - Sie wissen es - wird in Berlin die Herausforderung anpacken. Gott sei Dank. Drei Ansatzpunkte werden sein: Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Denn nur wer vom Brutto mehr Netto übrig hat, dem bleibt mehr Spielraum für die private Altersvorsorge.

(Beifall AfD)

Zweitens. Ungerechtigkeiten werden aufgehoben. Wer jahrzehntelang sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, muss am Ende selbstverständlich mehr haben, als der derjenige, der nicht eingezahlt hat.

(Beifall AfD)

Drittens. Sicherheiten schaffen. Wer einen sicheren Arbeitsplatz hat und nicht prekär beschäftigt ist, investiert auch in seine Zukunft. Und ganz nebenbei: Er gründet auch eine Familie, und das ist auch ein nicht ganz unwesentlicher Faktor in der Rentenfrage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, das debattierte Thema ist komplex. Ich habe es trotzdem einfach dargestellt. Wenn wir uns wirklich um die dauerhafte Vermeidung von Altersarmut kümmern wollen, müssen wir auch über die Auswirkungen von Kurzarbeit, Mindestlohn, Werkverträgen, gebrochenen Erwerbsbiografien sprechen.

Hier im Haus hat es vor knapp anderthalb Jahren eine entsprechende Initiative für eine zukunftssichere Altersvorsorge gegeben. Ich meine, dies kam damals von der FDP. Aber heute ist es noch nicht zu spät, damit anzufangen; denn niemand hier im Haus will sich mit Altersarmut abfinden. Auch wir nicht. Deshalb freue ich mich auf die Beratung in den Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir zusammen auf der Tribüne unseren Präsidenten der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Herrn

Claus Heller mit Familie. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wer kann schon etwas dagegen haben, Altersarmut zu bekämpfen? Das Problem der Armut im Alter lässt sich nicht leugnen, und schon gar nicht kleinreden. CDU, Grüne und FDP verweisen auf die rund 40.000 Menschen, die laut Statistik auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen sind. Das muss man sich einmal klarmachen: Allein hier in Schleswig-Holstein sind 40.000 Bürgerinnen und Bürger auf finanzielle Hilfe für ihren Lebensunterhalt angewiesen, weil ihre reguläre Rente nicht zum Leben reicht.

Machen wir uns nichts vor: So manche Person in dieser Gruppe mag zwar Lücken in der Erwerbsbiographie haben, aber viele dieser Menschen haben lange Zeit gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt. Für sie ist dieser Umstand wirklich mehr als entwürdigend. Doch ganz grundsätzlich ist die Zahl 40.000 einfach zu hoch. Dazu kommt, dass innerhalb dieser viel zu großen Gruppe nicht danach unterschieden wird, ob jemand Rentenansprüche durch seine Arbeit erworben hat oder nicht. Deshalb sage ich ganz klar: Die Tatsache, dass in diesen Fällen die Lebensleistung nicht anerkannt wird, halten auch wir für ungerecht.

Aus diesem Grund kann der SSW den Antrag und die hier angeregte Bundesratsinitiative auch grundsätzlich unterstützen. Natürlich ist es für sich genommen sinnvoll, wenn die gesetzliche, private und betriebliche Altersvorsorge zukünftig nicht mehr in vollem Umfang auf die Grundsicherung angerechnet wird. Die Bürgerbeauftragte hat in ihrem Bericht die entsprechende Lösung durch einen gestaffelten Rentenfreibetrag angeregt. Damit würde jeder, der in irgendeiner Form Vorsorge geleistet hat, auch im Alter etwas davon merken. Im Ergebnis wäre dann zumindest ein Teil der 40.000 Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, oberhalb des Existenzminimums abgesichert. Mit diesem Schritt wird also eine bestehende Gerechtigkeitslücke kleiner. Das ist natürlich zu begrüßen.

Auch die angeregte Überprüfung der Belastung der Altersvorsorge mit dem vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag ist sinnvoll, genau wie die



**(Flemming Meyer)**

Forderung nach mehr Transparenz durch ein digitales individuelles Vorsorgekonto. Aber ganz ehrlich: Ändert das etwas an der Tatsache, dass sich die betroffenen Rentnerinnen und Rentner auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen? - Ich habe jedenfalls Zweifel daran, dass wir das Problem der Altersarmut so in den Griff bekommen. Hierfür brauchten wir einen echten Systemwechsel in der Alterssicherung. Das bestehende System ist und bleibt kompliziert und im Kern ungerecht. Die großen Armutsrisiken durch Lücken in der Erwerbsbiografie, durch die mangelhafte Absicherung der Selbstständigen oder durch undurchsichtige private Zusatzangebote werden auch durch diesen Antrag nicht eingedämmt.

Im Klartext bedeutet das natürlich, dass wir für eine verlässliche Alterssicherung eine breitere finanzielle Basis brauchen. Heute bekommen die Rentnerinnen und Rentner letztlich nur eine Rente nach Kassenlage. Sie können ein Leben lang hart gearbeitet haben, am Ende sind sie davon abhängig, was die aktuellen Beitragszahler einzahlen. Langfristig sehe ich deshalb keine Alternative zu einem Modell, das alle Erwerbstätigen und alle Einkommensarten mit einbezieht. So werden die Lasten dann endlich nicht nur auf alle Schultern verteilt, sondern die breiteren Schultern tragen dann auch den entsprechend größeren Anteil. Eine Bürgerversicherung ist damit eine wirklich zukunftssichere Altersvorsorge, die diesen Namen auch verdient.

Aber auf der anderen Seite werde ich natürlich jede Initiative unterstützen, die die Altersarmut kleiner macht. Deshalb freue ich mich auf die Auseinandersetzung mit beiden Anträgen. Ich finde, dass die Ergänzungen des SPD-Antrags unheimlich sinnvoll sind. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung darüber im Ausschuss und hoffe, dass wir daraus wirklich etwas Positives für die Betroffenen machen können und dass wir ein Schritt weg von der Altersarmut kommen. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal gestatten Sie mir eine Bemerkung in Richtung der Sozialdemokratie, weil sowohl der Kollege Stegner als auch der Kollege Baasch mit dieser latenten Kritik am Zukunftslabor bei mir etwas ausgelöst haben, und zwar schlicht und ergreifend Unverständnis. Der Kollege Stegner hat es gestern in der Haushaltsdebatte wie folgt formuliert: Man würde sich von anderen das Denken abnehmen lassen wollen. - Nein! Kollege Baasch, Sie haben ähnlich argumentiert, wir würden Dinge in ein imaginäres Labor verschieben. - Uns nimmt niemand das Denken ab. Es ist ausgesprochen wichtig, dass man nicht nur im eigenen Saft schmort, sondern dass man die Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, von Wohlfahrtsverbänden, im Übrigen auch der Sozialdemokratie, also auch der parlamentarischen Opposition bei der zentralen Frage einbezieht, wie man die Alterssicherung und die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund einer digitalisierten Gesellschaft zukunftsfest macht, vor dem Hintergrund einer sich komplett ändernden Arbeitswelt, welche Ideen es dazu gibt, die zukunftsfest zu machen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich lege großen Wert auf die Expertise der Sozialdemokratie beispielsweise, weil ich mir schon wünsche, dass man sich dieser zentralen Zukunftsfragen gemeinsam - alle Demokraten - annimmt. Genau dazu bietet dieses Zukunftslabor einen wunderbaren Raum. Deswegen habe ich die Kritik daran wirklich nicht verstanden. Es ist eine explizite Einladung, gerade auch an Sie, hier Ihre Expertise mit einzubringen.

(Beifall FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um Lebensleistung. Es geht um Würde, es geht um Sicherheit, und es geht im Übrigen bei dem Thema auch um Freiheit. Wer Angst vor Altersarmut hat, kann kein freies Leben führen. Insofern ist mir die reine Fokussierung auf den ökonomischen Aspekt eines umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems viel zu kurz gesprungen.

Ich finde im Übrigen die umlagefinanzierte Rentenversicherung - das zum letzten Beitrag des Kollegen Meyer -, das musste ich auch erst in einem Vierteljahrhundert Politik nach und nach lernen, besser als ihren Ruf in den letzten Jahrzehnten. Sie ist nämlich bei allen Problemen, die es gibt, gut. Insbesondere die Demografie-Anfälligkeit ist ein

**(Minister Dr. Heiner Garg)**

veritables Problem, dem wir uns stellen müssen; ich möchte aber gar nicht wissen, was wir für ein Alterssicherungssystem hätten, wenn wir beispielsweise ausschließlich private Altersvorsorge hätten und was jetzt in der Niedrigzinsphase daraus geworden wäre. Mir kommt es wirklich darauf an - das sage ich im Zweifel auch den eigenen Leuten -: Ich glaube an den Dreiklang, die drei Säulen, sowohl die gesetzliche Rentenversicherung als auch wie vor zentrales Alterssicherungssystem, als auch die Betriebsrente - da bin ich übrigens für das Betriebsrentenstärkungsgesetz ausgesprochen dankbar, das ist ein richtiger und wichtiger Schritt aus der vergangenen Legislaturperiode gewesen, auch wenn es weitgehend erst zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist -, und drittens selbstverständlich die private Vorsorge als dritte Säule.

Um die beiden Punkte aufzugreifen, die der Kollege Baasch angesprochen hat: Ob Solidarrente oder Grundrente, ich glaube, die zentrale Frage, die wir uns stellen müssen, ist, wie wir eine solche Absicherung finanzieren wollen. Ich glaube, nicht das Ob, sondern vor allem die Finanzierungsfrage ist entscheidend. Wenn Sie mich fragen, muss eine solche Absicherung steuerfinanziert sein, um den Kern der beitragsfinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung mit all seinen Facetten dauerhaft stabilisieren zu können. Um beispielsweise auch die beiden Haltelinien, von denen Sie sehr häufig reden und die jetzt möglicherweise wieder in einem Koalitionsvertrag umgesetzt werden können, haben zu können, muss ich eine Grundabsicherung im Zweifel steuerfinanzieren, darüber mit den Leuten auch ins Gespräch kommen und das der Gesellschaft auch ganz offen sagen.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den weiteren Punkt will ich auch gern aufgreifen, das ist die Frage der bisher nicht versicherten Selbstständigen. Der Kollege Bornhöft hat das Bundestagswahlprogramm der Freien Demokraten angesprochen. Ich will auf ein wirklich beachtenswertes, weil sehr vorurteilsfreies Rentenpapier meiner Partei hinweisen, in dem man findet, dass im Zweifel, bevor ein Selbstständiger nicht abgesichert ist, er dann in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert werden muss. Mir ist es lieber, Selbstständige entscheiden sich für ein Modell ihrer Wahl. Aber keine Absicherung ist keine Option und darf in Zukunft auch keine Option sein.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich ganz kurz noch auf die dankenswerterweise gestartete Initiative der Koalitionsfraktionen eingehen. Da werden aus meiner Sicht wichtige, zentrale Punkte, die man gleich - auch ohne Zukunftslabor, Kollege Baasch - lösen kann, aufgegriffen. Der Kollege Kalinka hat das sehr deutlich herausgearbeitet: Das beinhaltet beispielsweise - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist auch ein Gu-ter!)

- Was?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das war nur Hans-Jörn!)

- Ach, das war nur Hans-Jörn. - Das beinhaltet beispielsweise aus meiner Sicht die zentrale Forderung nach Abschaffung der bisher vollständigen Anrechnung von eigenverantwortlicher Vorsorge. Es ist ja ein Hohn, dass wir den Menschen sagen, dass 48 % im Zweifel nicht ausreichen und man müsse vorsorgen, und die, die es dann tun, bekommen es im Zweifel voll angerechnet. Insofern ist da genau die richtige Initiative herausgegriffen worden.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, Wolfgang Baasch [SPD], Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Die hoffentlich positiven Effekte des Betriebsrentenstärkungsgesetzes habe ich angesprochen. Vor diesem Hintergrund freue auch ich mich auf die notwendige Auseinandersetzung im Sozialausschuss. Ich glaube, dass die Koalitionsfraktionen zentrale und wichtige Punkte aufgegriffen haben, die man angehen kann, die ich, wenn der Landtag dann nach der Ausschussbefassung entsprechend beschließt, mit großer Freude in einer Bundesratsinitiative vertreten würde, weil sie zumindest einen Beitrag dazu leistet, ein Problem, das definitiv vorhanden ist, etwas zu verkleinern.

Das ist ein guter Anfang. Vielleicht gelingt es tatsächlich, Herr Kollege Baasch, mit der schleswig-holsteinischen Einrichtung Zukunftslabor noch deutlich weiter darüber hinauszudenken, auch zusammen mit den Sozialdemokraten. Noch mal: Die Einladung gilt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Der Herr Minister hat die Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde jetzt den Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe nicht, dass davon Ge-

**(Vizepräsidentin Annabell Krämer)**

brauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüßen Sie bitte mit mir neue Gäste auf unserer Tribüne. Wir begrüßen herzlich Mitglieder der Jungen Union Kiel. - Herzlichen willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/510 sowie den Änderungsantrag Drucksache 19/549 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Runder Tisch zum Mindestmaß und Rücksetzen von Fischen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/512

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in Deutschland legal angeln möchte, muss erfolgreich einen Fischereilehrgang absolvieren. Der Fischereischein ist der Sachkundenachweis als Angler. Wer in Binnengewässern fischen möchte, muss darüber hinaus im Regelfall noch einem Angelverein beitreten. Er erhält dann einen Fischerpass. Darin steht:

„Deine Pflicht ist: diesen Hort zu schützen, zu hegen und zu pflegen, wo immer es auch sei.“

Wichtig für die jetzige Debatte sind vor allem die Hege und die Pflege der Bestände. Die meisten Angelvereine sind Pächter von Gewässern und erhalten Pachtauflagen. So sollen die Angelvereine für einen gesunden, nachhaltigen Fischbestand sorgen. Dieses eherne Ziel ist nur zu erfüllen, wenn man sorgsam mit seinem Gewässer und der Flora und Fauna umgeht.

Es werden unzählige Stunden und Tage damit verbracht, ehrenamtlich ein Auge auf den Gewässerzustand und dessen Bewohner zu haben - sei es bei

Gewässerreinigung, Wasseranalysen oder der Unterstützung des Laichens und der Aufzucht. Viele Arten, die eigentlich in Schleswig-Holstein heimisch sind wie Meerforelle oder Lachs, sind ohne Zutun der Angler und Vereine nicht mehr in der Lage, in unserem Land für Nachwuchs zu sorgen. Zum Teil gibt es bauliche Hindernisse, die den Laichaufstieg beeinträchtigen, so wie die neue, vor vier Jahren gebaute Wasserkraftanlage, die man von hier aus sehen kann, wenn man rüberguckt.

(Beate Raudies [SPD]: Furchtbar, diese alternativen Energien!)

- Ja, dieses Gerät, das ja eine bauliche Barriere ist, erbringt zum Beispiel ein Drittel einer Windkraftanlage. - Die Fischtreppe wird leider kaum angenommen, sodass Vereinskollegen dauerhaft den Fischen beim Umsetzen helfen müssen. Darüber hinaus sind unsere Fließgewässer leider zu sedimentreich, sodass der Laich häufig verschlammt und abstirbt. Daher müssen die Fische zum Abstreifen gefangen und die Fischbrut vorgestreckt werden.

Ich frage mich: Wem würde auffallen, dass die Wasserbelastung aufgrund einer Leckage in einer Kläranlage oder die Wasserbelastung zu hoch ist, weil beim Düngen etwas schiefgelaufen ist? Oder wem würde auffallen, dass sich fremde, invasive Arten wie Signalkrebs oder Regenbogenforelle massiv ausbreiten oder dass eine heimische Art massiv auf dem Rückzug ist? - Das können nur Angler, und sie nehmen ihre Verantwortung ernst. Die Angelvereine sind gelebter Umweltschutz in unserem Land.

(Beifall FDP)

Der vorliegende Antrag greift eine große Verunsicherung in der Anglerschaft auf, insbesondere in Schleswig-Holstein. Denn bei jedem gefangenen Fisch müssen das Tierschutzgesetz und das Landesfischereigesetz beachtet werden. Das heißt Tierschutz, also Schutz des einzelnen Tieres, und Artenschutz, also Schutz der gefangenen Gattung, beziehungsweise dessen Wechselwirkungen auf andere Arten werden miteinander abgewogen. In anderen Bundesländern wird seitens der Fischereiverbände, vieler Naturschutzverbände und auch der meisten Gerichte den Anglern ein pflichtgemäßes Ermessen zugesprochen. In Fachliteraturzeitschriften ist zu lesen: Das Zurücksetzen von maßigen Fischen, sogenanntes Catch and Release, ist nach pflichtigem Ermessen in ganz Deutschland zulässig, außer in Schleswig-Holstein, wo dies explizit verboten wurde.

**(Dennys Bornhöft)**

Der vorliegenden Norm wird in Schleswig-Holstein allgemein vorgeworfen, dass das Rücksetzen eines Fisches dem triftigen Grund des Verzehrs widerspreche und somit keine gesetzeskonforme Grundlage des Angelns mehr vorliege - Konjunktiv. Fischereiaufseher sowie Prüfer des Lehrgangs verweisen auf das Tötungsgebot, welches durch § 39 Absatz 1 Nummer 3 Landesfischereigesetz verankert wurde. Ein rechtskräftiges Urteil gegen einen Angler wegen des Rücksetzens eines Fisches haben wir in Schleswig-Holstein noch nicht. Das liegt aber wohl daran, dass es schwierig ist, dies festzustellen.

Wichtig bei der Debatte ist: Catch and Release ist nicht mit Trophäenfischerei gleichzusetzen, bei der Fische häufig minutenlang außerhalb des Wassers verbracht werden, schöne Videos und Fotos nach dem Motto gemacht werden, was man doch für ein toller Hecht ist, während man die Kreatur draußen leiden lässt.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, auch der Fisch leidet, aber vermeintlich auch der eine oder andere Angler, der das nicht richtig macht. - Diese Unterscheidung fehlt im Gesetzestext, wodurch Rechtsunsicherheit bei vielen Beteiligten entsteht. Das gilt erst recht, als schon vor der Novellierung in unserem Landesfischereigesetz das Trophäenfischen bundesweit zu Recht verboten gewesen ist.

Als Angelverein ist man verpflichtet, Fangberichte zu erstellen, um die Artentwicklung des Gewässers zu dokumentieren. Hierfür werden auch Gemeinschaftsangeln angesetzt. Die Jugendgruppe meines Vereins verweigert die Teilnahme, weil die Kinder es nicht mehr akzeptieren, ohne Not maßige Fische wie Brassens tot zu knüppeln, weil sie diese Hege gefangen haben, anstatt sie wieder zurückzusetzen. Der verantwortungsvollen Aufgabe des Artenschutzes wird es nicht gerecht, wenn einem, zum Beispiel von der Fischereiaufsicht oder von Tierschutzverbänden, das Gefühl gegeben wird, eine Straftat zu begehen, wenn man einen maßigen Fisch zurücksetzt, anstatt ihn zu töten. Das ist die Unsicherheit, die es in der Anglerschaft gibt, die wir hiermit aufgreifen.

Von dem Runden Tisch erhoffen wir uns konkrete Handlungsempfehlungen, was man als verständiger und pflichtbewusster Angler in unserem Land entscheiden darf und was nicht. Am besten wäre natürlich eine klarstellende Formulierung im Gesetz oder in einer Verordnung. - Ich bedanke mich für Ihre

Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kerstin Metzner.

**Kerstin Metzner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Landtagskolleginnen und -kollegen! Verehrte Gäste! Wir haben hier heute über folgenden Antrag zu entscheiden:

„Die Landesregierung wird gebeten, einen Runden Tisch einzuberufen, der zur Aufgabe hat, den Umgang mit Fischen und Beifang, die das gesetzliche Mindestmaß überschreiten, unter Aspekten des Natur- und Tierschutzes sowie der Hege der Fischbestände in Schleswig-Holstein zu überprüfen. Hierbei sollen Erfahrungen aus anderen Bundesländern einfließen.“

Beim Lesen dieses Antrags stellten sich mir viele Fragen: Worauf bezieht sich der Antrag eigentlich? Auf die Berufs- oder die Freizeitfischerei? Wer soll an dem Runden Tisch teilnehmen? Welches Ziel hat die Überprüfung überhaupt? Wollen die Damen und Herren aus Jamaika eventuell ganz harmlos überlegen, wie unter Aspekten des Tierschutzes und der Hege der Fischbestände verstärkt neue Fanggeräte eingesetzt werden können?

Nun gut, der Antrag ist vage formuliert. Unser FDP-Kollege Bornhöft hat dankenswerterweise vorher schon auf der Landtagsseite ein paar Hintergrundinformationen preisgegeben und auch eben einige Erläuterungen gegeben.

(Christopher Vogt [FDP]: Das waren sogar Vordergrundinformationen!)

Sehr geehrter Herr Bornhöft, liebe Jamaika-Koalition, deshalb zunächst meine Bitte: Formulieren Sie Ihre Anträge doch so eindeutig, dass jeder hier im Plenum den Sinn erfassen kann. - Wir sollen immerhin über den Antrag und nicht über die Rede abstimmen.

(Zuruf und Heiterkeit FDP)

Auch soll es vor allen Dingen um die Freizeitfischerei und § 39 des schleswig-holsteinischen Landesfischereigesetzes gehen. Dieser Paragraph besagt: „das Fischen mit der Handangel, das von Vornher-



**(Kerstin Metzner)**

ein auf das Zurücksetzen von gefangenen Fischen ausgerichtet ist (Catch & Release) sowie ... das Aussetzen von Fischen in fangfähiger Größe zum Zwecke des alsbaldigen Wiederfangs mit der Handangel“ sind verboten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Die Vermutung, es geht vielleicht um die Gemeinsame Fischereipolitik, hat sich offenbar bestätigt. Nun ist es so, dass mit der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union seit dem 1. Januar 2015 schrittweise Rückwurfverbote für Fischereien auf quotierte Arten eingeführt worden sind. Die Fischer und Angler müssen sich an diese Gesetzeslage halten.

In Schleswig-Holstein gibt es dazu das besagte Catch-and-release-Verbot. Die Landesregierung erläutert dazu auf ihrer Seite wichtige Fragen aus der Praxis: „Dorschfangbegrenzung in der Freizeitfischerei“. Frau Präsidentin, ich zitiere daraus mit Ihrer Erlaubnis:

„Unabhängig von der Frage, ob im konkreten Einzelfall überhaupt eine tierschutzgerechte Hälterung von Dorschen im Setzkescher möglich ist, ist es nicht zulässig, Dorsche nur vorübergehend zu halten und dann nach Überschreiten des Fanglimits zurückzusetzen.“

Also nicht nach dem Motto: Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich nicht was Besseres findet.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag der Jamaikaner bestätigt meine Vermutung. Ich zitiere nochmals mit Ihrer Zustimmung, Frau Präsidentin:

„Die jüngste Reform der EU-Fischereipolitik hat Fortschritte in Bezug auf eine schonende Bewirtschaftung und für den Aufbau der Fischbestände gebracht. ... Nachhaltige Angelfischerei in den Vereinen ist gelebter, praktischer Naturschutz und entsprechend anzuerkennen.“

So weit, so gut.

„Wir begrüßen, über ‚Runde Tische‘ Lösungen mit Anglerinnen und Anglern sowie Sportfischerinnen und -fischern zu finden, unter anderem zu Problemen wie die Zulässigkeit des Zurücksetzens von maßigem Beifang oder von maßigen Fischen.“

Da fragt man sich: Was soll hier eigentlich geregelt werden?

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das habe ich gerade erläutert!)

Natürlich sind Runde Tische immer gut zum Gedankenaustausch. Aus unserer Sicht kann ein Runder Tisch insbesondere zum neuen Entwurf des Landesfischereigesetzes sogar sinnvoll und zielführend sein.

Liebe Jamaikaner, wenn Sie allerdings einen Runden Tisch benötigen, um Ihre unterschiedlichen Auffassungen zur nachhaltigen Fischerei zwischen der FDP-Fraktion und dem grünen Ministerium zu diskutieren, bilden Sie doch einfach einen Arbeitskreis!

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Einen Runden Tisch allein zum Zweck, das Catch-and-release-Verbot Schleswig-Holsteins auszuhebeln, lehnen wir als Sozialdemokraten ab. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Zurufe)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klaus Jensen das Wort.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

**Klaus Jensen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Darf ich ein bisschen um Aufmerksamkeit bitten? - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe)

Im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, das Problem der Zulässigkeit des Zurücksetzens von maßigem Beifang oder von maßigen Fischen anzugehen. Dennys Bornhöft hat dies eben in seiner Rede ausführlich erläutert. Deswegen werde ich mich kürzerfassen können. Frau Metzner, ich kann Ihnen versichern, dass hier nichts Mysteriöses oder Geheimnisvolles geplant ist. Wir wollen gewisse Dinge besprechen und geregelt wissen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Im Fischereigesetz ist geregelt, dass ein gezieltes Fischen auf große Exemplare nicht zulässig ist, wenn nicht deren Verwertung bezweckt wird, sondern von vorherein nur ein Zurücksetzen beabsichtigt ist, das sogenannte Catch and Release. Insofern stellt sich schon die Frage, ob dann überhaupt ein

**(Klaus Jensen)**

Regelungsbedarf besteht. Ich werde gleich näher darauf eingehen.

Vorweg möchte ich aber betonen, dass die Anglerinnen und Angler in ihrer allergrößten Mehrheit sehr verantwortungsvoll mit diesem Thema umgehen. Es ist nicht der Fall, dass ein Missstand behoben werden soll. Vielmehr geht es um eine rechtliche Unsicherheit, die es zu prüfen und womöglich zu beseitigen gilt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Tierschutzgesetz das Töten von Tieren ohne vernünftigen Grund verboten ist und unter Strafe steht. Das ist auch gut so. Der „vernünftige Grund“ ist jedoch nicht eindeutig definiert. Ganz allgemein erfüllt der Fischfang zum Zwecke der Ernährung oder der Hege und Bewirtschaftung dieses Erfordernis.

Wie steht es aber mit dem Zurücksetzen von Fischen? Die ehemalige Fischereiministerin Juliane Rumpf hat in einer Plenardebatte 2011 ausgeführt, dass dieses Zurücksetzen von Fischen, für die keine sinnvolle Verwertungsmöglichkeit besteht, weiterhin erlaubt sei. Dies wird in der Praxis auch so gelebt. Dennoch bleibt eine Rechtsunsicherheit, die durch klarstellende Formulierungen beseitigt oder zumindest vermindert werden kann.

Ob dies durch Ergänzungen im Fischereigesetz unmittelbar oder durch andere geeignete Maßnahmen erreicht wird, soll am beantragten Runden Tisch geprüft werden, und das selbstverständlich unter Beachtung des Natur- und Tierschutzes sowie der Hege der Fischbestände.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag der Jamaika-Fraktionen und habe fertig. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Lasse Petersdotter das Wort.

(Lars Harms [SSW]: Langsam kriege ich Hunger! - Serpil Midyatli [SPD]: Er isst noch nicht einmal Fischstäbchen! - Weitere Zurufe)

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich werde das Gefühl nicht los, dass das Thema im Hohen Haus noch nicht ganz durchgedrungen

ist. Das Grundproblem ist, dass ein Gewässer kein Supermarkt ist. Bei aller Spezialisierung, bei allem gewissenhaften Aussuchen von Köder, Gewässer und Wetterbedingungen kommt es doch dazu, dass ich am Ende des Tages nicht den Fisch fange, den ich fangen wollte, nicht in der Größe, nicht in der Art. Wie gehe ich dann damit um? Vereinfacht ausgedrückt: Was ist, wenn ich einen Barsch angeln wollte und einen 2-m-Wels gefangen habe?

(Zurufe)

Damit müssen wir uns auseinandersetzen. - Ich merke, einige hier im Haus haben Ideen, was sie mit diesem Wels machen würden; das freut mich für Sie. Ich hoffe, dass ein großer Ansatz dabei der Nahrungserwerb wäre, denn das ist vom Tierschutzgesetz abgedeckt, allerdings bei einem 2-m-Wels teilweise nicht ganz ungefährlich, wenn man sich die Quecksilberbelastung und andere Dinge anguckt. Ein anderer vernünftiger Grund, der im Tierschutzgesetz definiert ist für die Qual, den Schmerz und den Tod eines Fisches, ist die Hege und Pflege des Fischbestandes.

Beim Nahrungserwerb geht es - wie gesagt - darum, sich zu ernähren, und es gibt Beispiele dafür. Wenn jemand zum Beispiel einen 50-cm-Hecht gefangen hat, obwohl er gern einen 70-cm-Hecht fangen wollte, weil der satter macht - ganz ehrlich, dafür sind Kühltruhen erfunden, und die sind dann dafür zu nutzen.

Das andere ist die Hege und Pflege. Hier ein Beispiel. Bei Schonzeit und Laichzyklus sind die Regelungen klar, dann geht der Fisch wieder zurück ins Wasser. Andere Beispiele, die dafür genannt werden, sind sogenannte Mutterfische, zum Beispiel ein Dorsch, der mit seinem Alter exponentiell mehr laicht. Da kann es Gründe dafür geben, dass dieser im Gewässer bleiben sollte, weil es sich lohnt, weil diese Fische in der Reproduktion deutlich effektiver sind.

Ein anderer Grund kann Raubfischmanagement sein. Wie gehe ich mit einem Wels in einem Gewässer um, in dem gar kein Wels sein sollte? Der frisst ja nicht nur Insekten, Muscheln und kleine Fische, sondern auch Ratten, Vögel und anderes ab einer gewissen Größe. Wie gehe ich dann mit dem Wels um? Auch darüber muss man diskutieren. Das Landesfischereigesetz widmet sich diesem Thema, insbesondere im Bereich Catch and Release. Catch and Release ist nicht nur die Praxis im Sinne der Hege und Pflege, sondern es wird in fast allen Ländern außerhalb Deutschlands auch in der Sport-,

**(Lasse Petersdotter)**

Event- und Tourismusbranche praktiziert. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

Ich nenne ein Beispiel: Es gab den Karpfen Mary. Karpfen Mary lebte in einem See bei Ludwigshafen am Rhein und führte eigentlich ein ganz idyllisches Leben. Das Problem war, dass Karpfen Mary über 40 kg wog, und wir wussten alle fast monatlich, wie viel Kilo er zugenommen hat, weil er immer wieder aus dem See herausgefischt, gewogen und fotografiert wurde, für Facebook, Instagram und so weiter, und danach wieder ins Wasser zurückgeschmissen wurde.

(Zurufe SPD)

Das stand immer wieder zur Debatte, immer wieder wurde dieser Karpfen herausgezogen, bis er 2013 schließlich verendet ist. Ich habe kein Verständnis für diese Selfie-Fischerei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem besteht nicht nur aus Tierschutzsicht, sondern auch ganz viele Anglerinnen und Angler sind davon genervt, von diesen Leuten, die den Fisch immer wieder herausziehen und nur an den See kommen, um einen Fisch herauszuziehen, ein Foto zu machen und ihn anschließend wieder reinzuschmeißen. Auf diese Leute hat die Szene häufig keinen Bock, weil das ein falsches Bild der Fischerei im Land vermittelt. Dennys hat es angesprochen, viele haben ein großes Interesse am Gewässerschutz, viele haben ein großes Interesse daran, wie es mit dem Gewässer in Zukunft weitergehen soll und wie sich der Artenbestand entwickeln wird.

Wir müssen an dem Runden Tisch diskutieren, weil es Punkte gibt, über die man sprechen kann. Im Bereich Raubfischmanagement, im Bereich Mutterfische, im Bereich Hege und Pflege wird man darüber diskutieren können und auch in Teilen beim Nahrungserwerb, wenn man einen 2-m-Wels angelt, der aber häufig nicht verzehrbar ist. Es gibt aber auch Gefahren. Ich möchte davor warnen, die Tür von Catch and Release weit zu öffnen, denn das führt zu etwas, was dem Tierschutz in unserem Sinne definitiv nicht entspricht.

Insofern freue ich mich auf kritische und konstruktive Debatten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einzeln CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich gebe zu, bis heute Mittag habe ich ernsthaft daran gedacht, diese Rede nur zu Protokoll zu geben, werter Herr Kollege Bornhöft; denn der Antrag erschien mir doch auf den ersten Blick recht dünn. Die Kollegin Frau Metzner hat das ja auch schon ausgeführt. Wer kann schon etwas gegen einen Runden Tisch haben? Es ist ja völlig in Ordnung, wenn man miteinander redet, wenn man mit den Experten und Betroffenen an einem Tisch zusammenkommt und die Probleme, die es gibt, offen bespricht. Das gilt natürlich auch für die Freizeitfischerei. Wir sind davon überzeugt, dass nur im Dialog mit den Anglern und Fischern ein tragfähiges Ergebnis für dieses Problem zu erzielen ist. Somit ist das Ansinnen des Antrags natürlich positiv zu bewerten.

Grundsätzlich muss man aber sagen - Kollege Jensen hat es auch schon erwähnt -, es gibt kein Tötungsgebot für Fische, die über das Schonmaß hinausgehen. Insofern ist die Begründung für den Runden Tisch für mich nicht ganz nachvollziehbar. Ich gehe davon aus, dass Angler aus einem guten Grund angeln gehen, nämlich um den gefangenen Fisch auch zu verwerten. Insofern können sie als Fachleute vor Ort selbst entscheiden, was mit ihrem Fang geschieht, und ihn gegebenenfalls zurückwerfen. Das funktioniert ja in der Praxis auch ganz gut, weil die meisten Angler doch sehr verantwortungsbewusst sind.

Hintergrund des Antrags scheint der Wunsch zu sein, ein höheres Maß an Rechtssicherheit für Angler und Fischer zu erreichen. Das wiederum ließe sich aber nur über eine Änderung des Landesfischereigesetzes herstellen. Wir wissen alle, dass genau das im Koalitionsvertrag nicht vereinbart wurde. Deswegen wird es eine Gesetzesänderung und mehr Rechtssicherheit für Angler mit den Grünen nicht geben - wir haben es gerade noch einmal gehört -, zumindest solange Jamaika am Ruder ist.

Mit der AfD wird es immer alternative Lösungen geben, auch wenn es um Freizeitfischer geht. Die AfD steht für eine Beteiligung der Fischer und Angler an der Gesetzgebung. Wir befürworten diesen Runden Tisch und wünschen ihm viel Erfolg. Wir befürworten auch die Überweisung des Antrags in den Ausschuss. Wir wünschen auch, dass es irgendwann einmal mit einer Gesetzesänderung klappt. - Viel Glück!

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vorab eine Bemerkung zu Runden Tischen. Sie sind ein Instrument, das sich bereits in vielen Fachbereichen bewährt hat. Gerade durch die Einbindung der Betroffenen aller Seiten kann man auf einer guten Grundlage viel erreichen. Nicht zuletzt im sozialen Bereich hat sich das gezeigt. An einem Runden Tisch ist manches möglich, was nicht in dem starren Rahmen einer Ausschusssitzung einfach möglich ist. Darum hat der SSW in der Vergangenheit die Runden Tische immer unterstützt. Natürlich dürfen sie weder Regierungshandeln noch den parlamentarischen Entscheidungsprozess ersetzen. Sie können aber eine sinnvolle Ergänzung sein, weil sie ein niedrigschwelliges und informelles Gremium für die Betroffenen sein können.

Mein bisheriger Eindruck war, dass CDU und FDP eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, wenn es um die Etablierung von Runden Tischen ging, zumindest in der Sozialpolitik,

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und vereinzelt SPD)

zuletzt bei dem Wunsch der Landeskoordinierungsstelle für Hospiz- und Palliativmedizin, in Zeitintervallen einen Runden Tisch abzuhalten. Aber der vorliegende Antrag zeigt ja, dass Sie durchaus gewillt sind, auch einen Runden Tisch als Möglichkeit einzurichten.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im vorliegenden Antrag geht es um die Fische, die ich hätte fast gesagt - länger als erlaubt sind, nein, die das Mindestmaß überschreiten. So muss beispielsweise ein Wels mindestens 70 cm groß sein, damit er auch gefangen und mitgenommen werden darf. Für diesen Wels gilt: Guten Appetit! Denn Fische, die das Mindestmaß überschreiten, sind ausdrücklich zum Verzehr vorgesehen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Anders sieht es mit den Fischen aus, die das Mindestmaß unterschreiten. Hier gibt es ganz klare Regeln. Ich zitiere die Binnenfischereiverordnung des Landes Schleswig-Holstein:

„Es ist verboten, Fische, die das für sie festgelegte Mindestmaß unterschreiten ... , sich anzueignen, anzulanden, zu befördern, zu verkaufen oder anderweitig zu verwerten sowie ... zu töten.“

Ausnahmen gelten nur für Fische, die offensichtlich nicht überlebensfähig sind, weil sie beim Fischen verletzt wurden. Fische, die das Mindestmaß erreichen oder darüber liegen, sind für den Verzehr vorgesehen. So ist die Rechtslage.

Einigen Anglern geht es aber gar nicht um den Fisch, sondern um das Angeln an sich. Wer aber nur angelt, um die Fische anschließend wieder freizulassen, das sogenannte Catch and Release, verhält sich demnach zumindest in Schleswig-Holstein gesetzeswidrig. Fangen und Aussetzen widerspricht dem Tierschutz und ist deswegen verboten.

Nun wissen wir, dass Catch and Release bei einigen Anglern sehr beliebt ist und dass es auch Fischarten gibt, die ab einer bestimmten Größe nicht mehr zum Verzehr geeignet sind. Vielleicht hat man aber auch einen Fisch an der Angel, den man gar nicht haben wollte. Somit entstehen durchaus Fragen, die in diesem Zusammenhang geklärt werden sollten, meinetwegen auch im Rahmen eines Runden Tisches.

Doch aus dem Antrag geht nicht hervor, wer an dem Tisch teilnehmen soll. Da muss man erst einmal im Koalitionsvertrag nachgucken, was man als Opposition ja auch tut, wenn man einen Antrag der Koalition nicht eindeutig versteht.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Dort sind dann auch die Teilnehmer des „Runden Tisches“ aufgeführt. Er soll sich aus Anglerinnen und Anglern sowie Sportfischerinnen und -fishern zusammensetzen. Diese sollen dann über die Zulässigkeit des Zurücksetzens von maßigen Fischen diskutieren. Hier stellt sich für mich die Frage, wer bei diesem Punkt bei den Koalitionsverhandlungen nicht richtig aufgepasst hat. Das kann doch nicht so gemeint sein. Das ist doch so, als würde man einen Runden Tisch zur Lkw-Maut einführen, an dem nur Teilnehmer aus der Logistikbranche teilnehmen.

Ich habe einmal gehört, dass ein Koalitionsvertrag keine Bibel ist. Ich gehe davon aus, wenn es der Koalition ernst mit diesem Thema ist, dass sich die Zusammensetzung des Runden Tisches ganz anders darstellen wird; denn wir brauchen eine bestimmte Vielfältigkeit. Ansonsten ist ein Runder Tisch für die Katz. Ich bin gespannt darauf, wie das Ergebnis eines solchen Runden Tisches aussieht. - Jo tak.



(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Liebe Kollegen, ich weiß, es ist spät. Aber es wäre schön, wenn Sie jetzt auch noch unserem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck, die ihm zustehende Aufmerksamkeit zollen würden. Herzlichen Dank.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Ich danke ebenfalls. Die Debatte hat ja gezeigt, dass das Problem, das so niedlich daherkommt, tatsächlich real existiert und die Abgrenzung oder Abwägung gut überprüft werden kann. Sollte der Landtag den Antrag ablehnen, wovon ich nicht ausgehe, würde ich den Runden Tisch trotzdem einberufen.

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Wenn Sie zustimmen, dann umso lieber. Ich fand die Anregung des Kollegen Flemming Meyer, auch den Beirat für Tierschutz oder Tierschutzorganisationen mit einzubeziehen, sehr hilfreich. Das werden wir bestimmt hinbekommen. - Vielen Dank für die Debatte. Schönen Feierabend!

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Herr Schnurrbusch, Sie sagten vorhin, Sie befürworten die Überweisung in den Ausschuss. Mir liegt aber kein Antrag auf Ausschussüberweisung vor. Ich gehe davon aus, dass Sie einen solchen nicht gestellt haben.

(Heiterkeit - Volker Schnurrbusch [AfD]:  
Danke für die Korrektur - nehme ich gern entgegen!)

Insofern stimmen wir jetzt in der Sache ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU und AfD bei Enthaltung der SPD so angenommen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

**Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.04.2017 bis 30.06.2017**

Bericht des Petitionsausschusses  
Drucksache 19/506

Hierzu erteile ich das Wort der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein.

**Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Gäste! Der Umweltminister wollte uns schon so schnell in den Feierabend entlassen, aber ich muss Ihnen noch 5 Minuten Zeit abnehmen.

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat im Berichtszeitraum 85 neue Petitionen erhalten. In drei Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus dem vorigen Quartal noch anhängigen Verfahren befasst. Die Petitionen kommen aus allen Lebensbereichen. Einen größeren Rahmen nehmen zum Beispiel Windenergie, kommunale Angelegenheiten, der Strafvollzug oder auch Rentenangelegenheiten ein, um hier einige Themen beispielhaft zu nennen. Dabei sind dem Petitionsausschuss in gewissen Fällen durchaus Grenzen gesetzt, etwa wenn eine Sache gerichtlich ausgeklagt oder anhängig ist oder wenn es sich um Angelegenheiten kommunaler Selbstverwaltung handelt, bei denen dem Ausschuss in verfassungsrechtlicher Hinsicht allerdings die Möglichkeit gegeben ist, Rechtsverstöße zu überprüfen. Im Übrigen ist es immer möglich zu prüfen, ob der Geschäftsablauf als solcher ordnungsgemäß war.

Vergeblich sind solche Eingaben dennoch nicht, weil etwa das Anliegen des Petenten umfangreich von den zuständigen Fachbehörden geprüft wird, sodass er gewiss sein kann, dass eine angegriffene Entscheidung zumindest in rechtlicher Hinsicht nicht zu beanstanden ist. In einem Fall zum Beispiel hatte sich der Petent gegen die Art und Weise der Behandlung von Widersprüchen durch das Dienstleistungszentrum Personal in Beihilfeangelegenheiten gewandt. Durch Vermittlung des Petitionsausschusses konnte hier für die Zukunft eine geänderte Verfahrensweise erreicht werden.

In einem anderen Fall ging es um die steuerliche Begünstigung von wirtschaftlichen Aktivitäten der gemeinnützigen Tafeln. Es ging hier um die Frage, ob Tafeln, wenn sie sich unternehmerisch betätigen, im Hinblick auf ihren sozialen Zweck nicht steuerbegünstigt sein sollten. Hier konnte der Ausschuss

**(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)**

im Hinblick auf das geltende Steuerrecht dem Anliegen des Petenten nicht Rechnung tragen.

Die Arbeit im Ausschuss offenbart auch Gesetzeslücken oder Ungerechtigkeiten. Hierdurch können wertvolle Anregungen für die weitere Parlamentsarbeit gewonnen werden.

Im Berichtszeitraum wurden 87 Petitionen abschließend behandelt. Davon erledigte der Ausschuss sechs Petitionen, das sind 6,9 %, im Sinne der Petenten und neun, das sind 10,3 %, teilweise im Sinne der Petenten. 72 Petitionen, das sind 82,8 %, hatten keinen Erfolg. Zudem hat der Ausschuss im Berichtszeitraum eine Anhörung von Vertretungen der Landesregierung durchgeführt. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der Geschäftsstelle und den weiteren Mitarbeitern des Landtags für die gute und wertvolle Unterstützung danken.

(Beifall)

Der Ausschuss bittet den Landtag, vom Bericht Kenntnis zu nehmen und die Erledigung dieser Petitionen zu bestätigen. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 19/506 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich schließe die heutige Sitzung und unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

**Schluss: 18:04 Uhr**